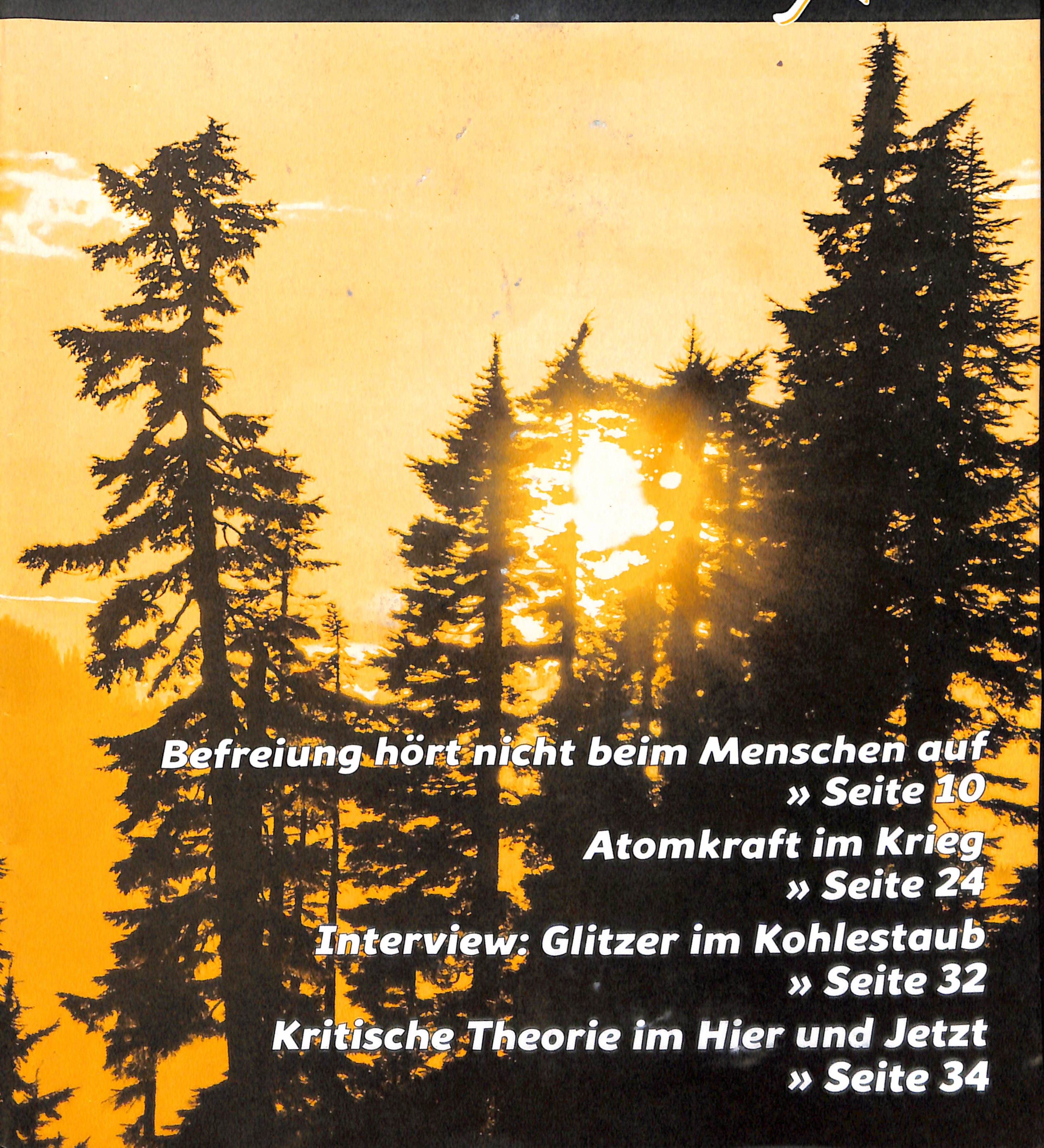
Herbst 2022
Nr. 77, 28. Jahrgang
Ladenpreis: 4,90 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Inhaltsverzeichnis

Editorial

Liebe Leser*innen,

die Krisen der letzten Jahre haben auch unserem Magazin zuschaffen gemacht. Als ein auf ehrenamtlichem Engagement aufbauendes Projekt wirkten sich auch auf das grüne blatt die persönlichen Herausforderungen aus der Covid-19-Pandemie ebenso aus wie die Eindrücke der russischen Invasion in der Ukraine. Das verlangte vielen von uns Energie ab, die eigenen Abläufe und Prioritäten neu zu sortieren, sich zu informieren und die Geschehnisse und Auswirkungen einzuordnen. Manche haben ihre Tätigkeitsschwerpunkte verlagert und haben nun weniger Zeit für das grüne blatt. So kommt es, dass wir es 2021 erstmals in der Geschichte des Projekts nicht geschafft haben, zumindest eine jährliche Ausgabe zu produzieren. Und auch mit dem vor euch liegenden Heft waren wir mehrere Monate in Verzug.

Während die Coronakrise aus der Wahrnehmung zu schwinden scheint, aber immer noch Rekordzahlen und gefährliche Belastungen des Gesundheitssystems bewirkt, hat sich die "Friedensordnung" in Europa, von der nach dem Ende des Kalten Krieges viel die Rede war, mit Putins Krieg binnen Wochen in Luft aufgelöst. Plötzlich soll auch Atomkraft wieder "notwendig" sein - und die Parteien, die 2011 den sogenannten "Atomausstieg" beschlossen hatten, wollen nun eine Kehrtwende unternehmen.

Trotzdem hat es uns auch Spaß gemacht, wieder Themen zusammenzustellen, zu recherchieren und die Seiten zu layouten. Wir hoffen, dass auch ihr die Mischung interessant findet und es uns nachseht, dass einzelne Berichte noch aus dem Jahr 2021 stammen. Wir fanden, dass diese trotzdem wertvoll sind und Platz in der neuen Ausgabe haben sollten.

Die Redaktion

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de
Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Postfach 320119
D-39040 Magdeburg
Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS
Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333
Autor*innen dieser Ausgabe
Bruno Kern, Didem Aydurmus, Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Friederike Schmitz, Hannah Engelmann, Jan Kummerfeldt, Jean Trauerweide, Ursula Schönberger, u.a.

Redaktion

Falk Beyer, Zimt

Satz und Layout
Falk Beyer, Jan Kummerfeldt, Zimt

Auflage: 800 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter https://gruenes-blatt.de gelesen werden. Zu vielen der hier abgedruckten Artikel existieren ausführlichere Fassungen und / oder Referenzangaben auf der Internetseite des grünen blatts.

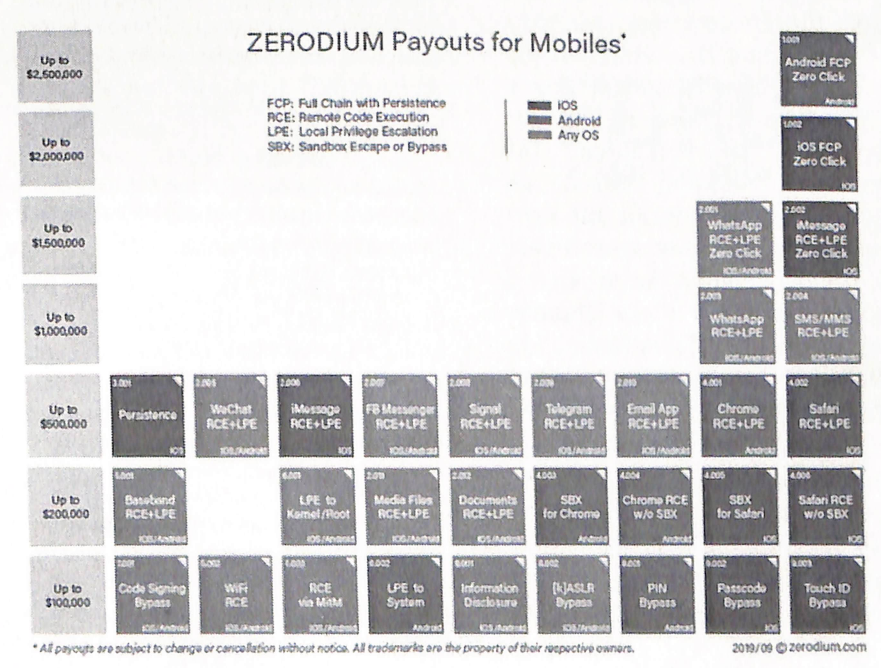


Mehr Unsicherheit durch Regierungsaufträge im privaten Spionagesektor

fb Im Sommer 2021 machte ein Bündnis von Journalist*innen und NGOs[1] den umfangreichen weltweiten Einsatz privater Spionagedienstleistungen zur illegitimen Verfolgung von Whistleblowern, Demokratieaktivist*innen, Journalist*innen, Regierungsmitgliedern und Anderen bekannt. Am Beispiel des „Pegasus“ genannten Tools der israelischen Firma „NSO Group“ *(vgl. ZEIT 2021)* wurde die Frage aufgeworfen, ob demokratische Gesellschaften durch dessen Einsatz einerseits die Datensicherheit für alle Nutzer*innen aktueller Technologie aufs Spiel setzen, andererseits demokratische Werte selbst unterlaufen *(vgl. Krack 2021; Marczak et al. 2020)*. Denn hierbei wird ein oft in einer Grauzone agierender Markt für geheimgehaltene Sicherheitslücken und Werkzeuge zu deren Ausbeutung genutzt. Pegasus ist ein Werkzeug, mit dem praktisch jeder Mensch mit Smartphone lokalisiert, überwacht und deren privateste Kommunikation sowie Präferenzen durch Eingriffe in sämtliche auf dem Gerät installierten Dienste einschließlich solcher, die nicht aktiv benutzt werden, abgegriffen werden können. Ermöglicht wird dies durch kontinuierliche Beschaffung geheimer Sicherheitslücken, die von Hacker*innen für viel Geld nur an die Käufer*in kommuniziert werden. Je nach individuellem Sicherheitsverhalten kann diese Komplettüberwachung mehr oder weniger perfekt realisiert werden – ganz schützen können sich die Nutzer*innen kaum *(vgl. Biermann 2021a, 2021b; Chawla 2021; Hegemann 2021; Kirchgaessner et al. 2021)*. Die in diesem Text argumentierte These lautet, dass der über Nationalstaatsgrenzen hinweg erfolgende Einkauf von Spionagedienstleistungen unter Ausnutzung von Sicherheitslücken und deren Geheimhaltung durch demokratische Regierungen zu einer globalen Verringerung von Datensicherheit führt.

Das früheste Beispiel für eine solche von Regierungen eingesetzte Cyberwaffe ist der Computerwurm W32.-Stuxnet, der 2010 entdeckt wurde, auf der Ausnutzung unveröffentlichter Sicherheitslücken aufbaute und die Sabotage von Industrieanlagen, vermutlich iranischer Atomanlagen, zum Ziel hatte *(vgl. Falliere et al. 2011)*. Als Verantwortliche für diese Schadsoftware werden US-amerikanische und israelische Sicherheitsorgane verdächtigt *(vgl. SPIEGEL 2013)*. Vergleichbar mit Pegasus: die Schadsoftware war so angelegt, dass sie prinzipiell auf jedem Windows-PC der Welt funktionierte und eine vom Hersteller Microsoft unbekannte Sicherheitslücke ausnutzte *(vgl. Beuth 2020)*. Pegasus wiederum wird nicht nur, wie anfangs kritisiert, in autokratischen Systemen zur Verfolgung von Demokratieaktivist*innen eingesetzt, sondern auch in der Bundesrepublik zumindest durch den BND und das BKA *(vgl. Biermann 2021a, 2021b)*. Die öffentliche Skandalisierung führte in den USA dazu, dass NSO Group auf eine Embargoliste gesetzt wurde, denn sie „developed and supplied spyware to foreign governments that used this tool to maliciously target government officials, journalists, businesspeople, activists, academics, and embassy workers“ *(ECR 2021)*. Die deutsche Bundesregierung dagegen sieht keinen Grund, die Zusammenarbeit mit dem Unternehmen in Frage zu stellen *(vgl. Biermann 2021a)*. Ein weiteres Beispiel ist der von der israelischen Spionagesoftwarefirma Candiru angebotene browserbasierte Zero-Click[2]-Angriffsvektor „Sherlock“, der vom Hersteller als „untraceable“ beworben wird und auf Windows-, iOS- und Android-Systemen funktionieren soll. Auch Candiru behauptet, seine Spionagetools ausschließlich an Regierungen zu verkaufen. Mit seiner Software ist es auch möglich, gefälschte Beweise auf den Geräten der Opfer zu platzieren, was in einzelnen Fällen von forensischen Spezialist*innen nachgewiesen werden konnte. Ebenso wie NSO Group steht auch Candiru auf der US-Embargoliste *(vgl. ECR 2021; Pandey 2021)*.[3]

Den Softwareherstellern unbekannte Sicherheitslücken (Zero-Day-Exploits) stellen die gefährlichsten Instrumente dar, wenn es um das Knacken von IT-Security und die davon geschützten Prozesse, Daten oder Funktionen geht, weil Angriffe ausgeführt werden können, bevor Entwickler*innen Abwehrmaßnahmen überhaupt nur ersinnen können *(vgl. Zetter 2014: Chapter 1)*. Solange diese Lücken nicht geschlossen sind, können sie von Angreifer*innen genutzt werden, die das Wissen darüber von Zero-Day-Exploits-Märkten eingekauft oder selbst potenzielle Angriffsszenarien entworfen haben. Wenn nun demokratisch legitimierte Organe selbst solche Sicherheitslücken aufkaufen und geheim halten, vergrö-



Quelle: https://zerodium.com/program.html

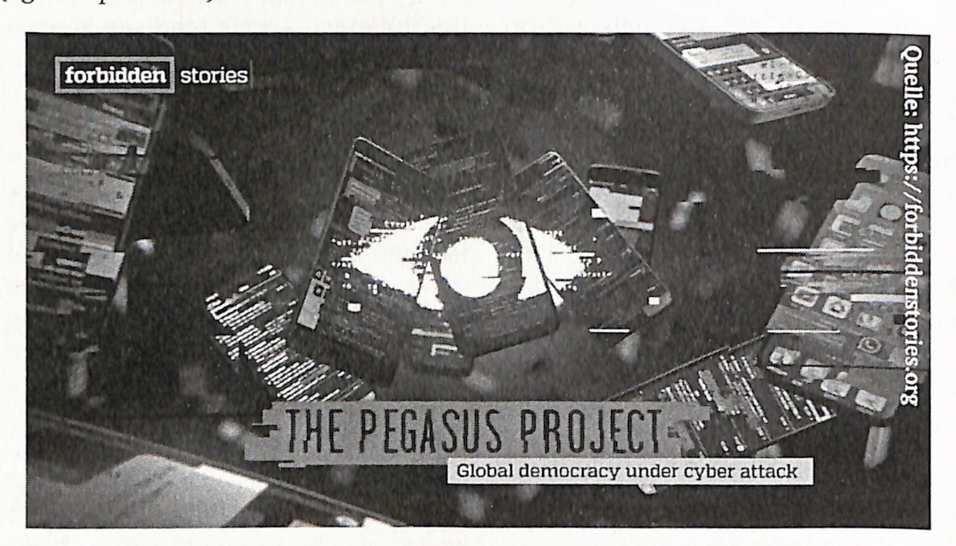
Beispiel für Preisangebote für bislang unveröffentlichte Sicherheitslücken.

ßert sich für die Nutzer*innen der betroffenen Technologien mit jedem weiteren Tag nicht nur das Risiko von diesen Institutionen infiltriert zu werden, sondern auch Opfer von anderen Kriminellen zu werden, die sich finanzielle Vorteile aus ihren Attacken versprechen *(vgl. Chawla 2021; Hegemann 2021)*.

Die Preise, die für solche Zero-Day-Exploits (siehe Abbildung auf S. 3) erzielt werden, belaufen sich je nach Bedeutung der angreifbaren Sicherheitsarchitektur auf mehrere hundert bis zu mehrere Millionen US-Dollar *(vgl. Zerodium 2021)*. Neben Märkten im Darknet preisen auch einige Regierungsplattformen hohe Summen für die unterschiedlichsten noch unveröffentlichten Angriffsszenarien aus. Statt Hacker*innen und Andere, die Sicherheitslücken auf die Spur gekommen sind, dazu zu motivieren, Öffentlichkeit oder zumindest Softwarehersteller zu informieren, werden starke Anreize geschaffen, diese Information an die Höchstbietenden zu verkaufen. Auch der Einkauf solcher Zero-Day-Exploits oder kommerzieller Spionagesoftware durch demokratische Regierungen auf Märkten in einer legalen, teils auch offensichtlich illegalen, Grauzone verschafft diesen Legitimität und macht es unwahrscheinlicher, dass effektiv gegen den Missbrauch von Sicherheitslücken vorgegangen wird. So wird eine Industrie gefördert und aufgebaut, die sich auf das Eindringen in Sicherheitsarchitekturen millionenfach verbreiteter Geräte und den Einsatz von Schadsoftware spezialisiert *(vgl. Biermann 2021b; Hegemann 2021; Snowden 2021)*.

Was ist die Motivation für Sicherheitsorgane, solche IT-Securityprobleme nicht zu lösen, sondern Sicherheitslücken offen zu halten? Innenpolitiker*innen und Lobbyist*innen argumentieren, dass es ohne den Bruch von Sicherheitsarchitekturen schwerer oder gar unmöglich wäre, organisierte Kriminalität und Terrorismus effektiv zu bekämpfen. Individuelle Sicherheit und öffentliche Sicherheit werden somit als konträr präsentiert; der allgemeinen Sicherheit müssten die Interessen der Individuen untergeordnet werden. Dem widersprechen Datenschützer*innen, die meinen, dass die systematische Verbesserung von Datensicherheit einen größeren Nutzen in Aussicht stellt, da das Ausmaß von Cyberattacken auf einfache Leute, Unternehmen und Behörden, das auch auf solche Sicherheitslücken zurückgeführt werden kann, ausgeufert ist *(vgl. Keeper 2017)*. Statt den wachsenden Spionagesoftwaremarkt mit Einkäufen zu fördern, sollte der kommerzielle Handel mit Sicherheitslücken und diese ausnutzende Tools global verboten und so die Motivation für Unternehmen wie NSO Group, mit Cyberangriffen Profite zu machen, beendet werden *(vgl. Bamford 2016; Biermann 2021a; Krack 2021; Marczak et al. 2020; Snowden 2021)*.

Schadsoftware wie Pegasus, die neben Autokratien auch Länder wie die Bundesrepublik benutzen, stellt eine Gefahr für alle Nutzer*innen von Smartphones dar, weil diese dem Wohlwollen oder der Willkür aller, die darauf Zugriff erlangen, ausgesetzt werden. Außerdem führen derartige Geschäftsmodelle dazu, dass Hacker*innen motiviert werden, Sicherheitslücken nicht zu veröffentlichen, sondern an die Meistbietenden zu verkaufen. Die Nutzung von Märkten, deren Geschäftsmodell auf dem Profit aus Zero-Day-Exploits oder Spionagesoftware basiert, durch demokratische Sicherheitsorgane legitimiert diese Branche und behindert die Schließung von Schwachstellen in weitverbreiteten Technologien. Eine internationale Politik[4], die mehr Sicherheit bewirken will, sollte den Handel mit Angriffsvektoren und Schadsoftware unterbinden, den transparenten Umgang mit Sicherheitslücken fördern und Hacker*innen, die dabei behilflich sind, unterstützen[5]. Wie genau dies umgesetzt werden kann, bleibt zu ergründen. Ein Ansatz könnte sein, Studien zur Wirkung von OpenSource-Technologien und damit verbundene Communitys auf Instrumente und Mechanismen zu untersuchen, die hier wirksam werden könnten.



Quelle: https://forbiddenstories.org

UaFOQF

1 - Auf die geleakten Pegasus-Daten hatten zuerst Forbidden Stories und Amnesty International Zugriff, die ein internationales Konsortium von 80 Journalist*innen aus 17 Ländern einbezogen; in der BRD gehören dazu ZEIT, Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR *(vgl. Biermann 2021; Kirchgaessner et al. 2021; ZEIT 2021)*.

2 - „Zero-Click"-Angriffe sind solche, die ein Einschleusen von Schadsoftware ohne Benutzer*inneninteraktion ermöglichen, wo also nicht einmal ein Link angeklickt werden muss, sondern Sicherheitslücken einer Anwendung genutzt werden, um über diese im Hintergrund das Programm herunterzuladen und zu installieren *(vgl. Becker 2021)*.

3 - Ein weiteres Beispiel ist das – der NSO Group angeschlossene – Spionageunternehmen „Circles", das Schwachstellen im globalen Telekommunikationsnetzwerk ausnutzt, um Anrufe, Textnachrichten und Informationen über Standorte der Opfer weltweit abzufangen. Dabei hinterlässt seine Technologie im Gegensatz zu Pegasus keine auf den Geräten erkennbaren Spuren *(vgl. Marczak u. a. 2020)*.

4 - Marczak et al. *(2020)* führen im „Citizen Lab Research Report No. 133" eine Reihe von Empfehlungen für konkrete technische und politische Maßnahmen auf, die zum Schutz der Telekommunikationsnetzwerke international vorgenommen werden sollten.

5 - Interessant könnten dabei communitybasierte Geschäftsmodelle wie „HackerOne" sein, welches eine Plattform für Hacker*innen sein möchte, die „Gutes" tun wollen, und eine Schnittstelle zu Hard- und Softwareherstellern bildet, um IT-Security zu testen, Schwachstellen zu finden und Lösungen anzubieten *(siehe https://www.hackerone.com)*. 2016 rief das US-amerikanische Verteidigungsministerium in Kooperation mit HackerOne zu einem Wettbewerb „Hack the Pentagon" auf *(vgl. DoD 2016)*.


Literaturangaben zu den im Text referenzierten Veröffentlichungen finden sich in der Onlinefassung des Artikels auf der Internetseite des grünen blatts.

Ist digitale Souveränität möglich?

fb In den letzten zehn Jahren ist auch in westlichen Demokratien das Thema „digitale Souveränität" ein prägender Aspekt der Diskussionen um die Rolle des Internets und die Implementierung von Internetpolitik geworden (vgl. Pohle/Thiel 2019: 70). Die vorausgegangenen Diskurse um staatliche Souveränität vs. eine digitale globalen Netzwerkwelt brachten äußerst unterschiedliche Perspektiven und Deutungen zu diesem Spannungsfeld hervor, die in einer Vielzahl ganz verschiedener Definitionen digitaler Souveränität im aktuellen Diskurs wiedergefunden werden können (vgl. Goldacker 2017: 3). Voraussetzung für die Beantwortung der Frage, ob digitale Souveränität unter den aktuellen Umständen möglich ist, ist es, einen sinnvollen Rahmen dafür zu setzen, was unter digitaler Souveränität verstanden werden soll.

Vom Fraunhofer Kompetenzzentrum Öffentliche IT wird folgende Kurzdefinition vorgeschlagen: "Digitale Souveränität ist die Summe aller Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können." *(Goldacker 2017: 3)*

So elegant und prägnant dieser Formulierungsvorschlag wirken mag, ist mit dieser Definition eine Beweisführung für das Zutreffen der Fragestellung dieses Beitrags unmöglich. Etwas, das alle Fähigkeiten und Möglichkeiten umfasst, kann nur eine Zielformulierung, eine Vision sein, aber unmöglich in einer komplexen Realität mit höchst unterschiedlichen Individuen, gesellschaftlichen Prozessen und Machtverteilungen Erfüllung finden[1]. Wird die angebotene Definition dagegen als Vision verstanden, der sich die realen Gegebenheiten möglichst perfekt annähern sollen, ist eine Argumentation zumindest möglich.

Weiterhin ist eine Einschränkung auf Demokratien notwendig, da die Ziele und Interpretationen digitaler Souveränität von autokratischen Systemen wie China und Russland in wesentlichen Teilen von den aktuellen Diskursen in demokratischen Gesellschaften abweichen *(vgl. Pohle/Thiel 2019: 70 ff.)*. Es handelt sich somit um verschiedene Ideen digitaler Souveränität, die vermutlich sich widersprechende Argumentationslinien erfordern würden. Bei Fokussierung auf die demokratische Perspektive kann dagegen festgehalten werden, dass es um „Selbstbestimmungsfähigkeit im digitalen Raum" *(Pohle/Thiel 2019: 70)* geht, was die Sicherheit staatlicher und in Unternehmensbesitz befindlicher IT-Infrastrukturen, Datenschutz, Stärkung von Nutzer*innenrechten und wirtschaftliche Stabilität umfasst *(vgl. Pohle/Thiel 2019: 72)*. Digitale Souveränität meint somit nicht nur die staatliche Souveränität, sondern auch die Souveränität des Individuums *(vgl. Pohle/Thiel 2019: 73)*. Diese Definition voraussetzend, kann nun gezeigt werden, dass digitale Souveränität sowohl sinnvoll als auch möglich ist.

Selbstbestimmung bedeutet insbesondere über die Bedingungen der Verwendung der eigenen Daten entscheiden zu können. Dies erfordert sowohl rechtliche Rahmenbedingungen als auch digitale Kompetenzen. Die Nutzer*innen müssen verstehen, was mit ihren Daten geschieht, welche Interessen an deren Verwendung durch Dritte bestehen können, wie sie vertraglich und softwareseitig ihre Datenfreigaben konfigurieren können und müssen Zugriff auf geeignete Programme haben. Die Unternehmen und Einrichtungen, die persönliche Daten verarbeiten, wiederum müssen wirkungsvoll dazu bewegt werden, diese Möglichkeiten zu schaffen und entsprechende Wünsche der Datengeber*innen zu respektieren. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, drohen eine ganze Reihe von Nachteilen für die Datengeber*innen – angefangen mit Übervorteilung bei der Profiterzielung im Zuge der Weiterverwendung über die unerwünschte Erzeugung umfangreicher Personenprofile, die manipulative Selektion bereitgestellter Inhalte und Angebote bis hin zu kriminellen Akten wie Identitätsdiebstahl *(vgl. Goldacker 2017: 3, 5, 7, 12)*. Datenschutz und die Sicherstellung von Nutzer*innenrechten sind somit augenscheinlich sinnvoll für die Mitglieder der Gesellschaft.

Mit zunehmender Digitalisierung der Gesellschaft steigt nicht nur die Abhängigkeit von IT-Sicherheit bei Unternehmen, die digitale Dienstleistungen anbieten oder auch nur Daten digital verarbeiten, sondern auch bei staatlichen Einrichtungen und Individuen: Die Grundprinzipien der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von Daten werden wichtiger, da immer mehr Informationen digital verfügbar sind bzw. bereitgestellt werden müssen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Immer

mehr Aktivitäten und Dienstleistungen erfolgen über digitale Wege und ein Ausfall von Systemen kann zumindest temporär zum Ausschluss aus Kommunikation und Nutzung von privaten sowie beruflich erforderlichen Diensten führen. Die Vertrauenswürdigkeit, dass diese nicht manipuliert wurden, wird umso bedeutungsvoller, umso mehr auf digitale Daten gesetzt wird. Die IT-Infrastruktur von Staat und Wirtschaft kann sowohl das Ziel feindlicher Attacken (Terrorismus, kriegerische Aktivitäten, externe politische Einflussnahme) als auch von Wirtschaftskriminalität (Identitätsdiebstahl etc., um sich fremden Besitz anzueignen) werden. Sie vor solchen Szenarien zu schützen, ist daher sowohl auf der Makroebene für den Staat, als auch auf der Mesoebene für Unternehmen und Vereinigungen, sowie auf der Mikroebene für die individuellen Bürger*innen sinnvoll.

Von einer derzeit nationalstaatlich organisierten Welt ausgehend, in der nur einzelne Themenfelder durch globale Institutionen und meist auf hohem Abstraktionsniveau reguliert sind, ist zu beobachten, dass die Bedürfnisse der Nutzer*innen digitaler Infrastrukturen realistisch nur von den Nationalstaaten oder institutionell dicht verfassten Regionalorganisationen abgesichert werden können. Einerseits unterscheiden sich die Interessen der beteiligten Unternehmen je nach Profitakkumulierungsstrategie, andererseits sind auch die Bedürfnisse der Bürger*innen abhängig von den jeweiligen Diskursen. Daher verwundert es nicht, dass auch die softwareseitigen Angebote regional variieren und beispielsweise auf Datenschutzinteressen unterschiedlich passend eingehen. Diskussionen beispielsweise in der EU über Ansätze zur Datenlokalisierung im EU-Raum verweisen auf die häufig anzutreffende Überzeugung, dass eigene wirtschaftliche und fachliche Kompetenzen Voraussetzung seien, diesen verschiedenen Interessen gerecht zu werden *(vgl. Pohle/Thiel 2019: 72)*. Damit einher geht die bereits angesprochene wirtschaftliche Stabilität als eines der Elemente des aktuellen Diskurses um digitale Souveränität. Soll die Umsetzung innerhalb eines politischen Systems ausgehandelter Standards nicht von Akteuren außerhalb der eigenen politischen Sphäre abhängig sein, müssen entsprechende Kapazitäten in der eigenen Region und von dort verankerten Institutionen geschaffen werden.

Regelungen zur Stärkung von Nutzer*innenrechten einschließlich der Gewährleistung von Datenschutz sind möglich, wie die Einführung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung von 2018 zeigte. Auch an den technischen Möglichkeiten einer Umsetzung besteht kein Zweifel – dies zeigen Anpassungen beispielsweise in gängigen Browsern oder auch bei der Konfigurationsfähigkeit von Webdiensten hinsichtlich der verwendeten Trackingdienste. Dass einige Unternehmen dadurch weniger Profit machen, steht außer Frage, aber offensichtlich können diese trotzdem wirtschaftlich arbeiten, und auch unabhängig davon könnte normativ argumentiert werden, dass es keinen Rechtsanspruch auf Profitmaximierungsmodelle gibt, die auf massivem Eingriff in die Grundrechte der Bürger*innen basieren. Selbstbestimmungsfähigkeit kann durch die Förderung der digitalen Kompetenzen der Nutzer*innen und durch eine rechtliche Verankerung ihres Anspruchs auf Dienste, die eine Adaption an ihre Bedürfnisse ermöglichen, hergestellt werden *(vgl. Goldacker 2017: 7 ff.)*. Dass auch kritische IT-Infrastruktur durch restriktivere Regelungen geschützt werden kann, zeigen die auf dem niedrigeren Niveau von Alltagsanwendungen und Unternehmenssoftware implementierten Sicherheitsmerkmale sowie die Existenz solcher Regelungen für konventionelle Teile der kritischen Infrastruktur. Problematischer erscheint die Möglichkeit des Aspekts wirtschaftlicher Stabilität: Offensichtlich ist diese sehr voraussetzungsreich, da sie vermutlich eine hohe Wirtschaftskraft der betreffenden Gesellschaft erfordert, um sich Produktions- und Bereitstellungsinfrastrukturen sowie hochspezialisierte Fachkräfte leisten zu können. Möglicherweise ist dies ein Kriterium, das nur für wirtschaftlich starke Gesellschaften erreichbar ist.

Offensichtlich ist digitale Souveränität, wie hier definiert, sinnvoll. Ob sie auch möglich ist, umfasst eine Reihe an Voraussetzungen, von denen die Wirtschaftskraft einer Gesellschaft womöglich die problematischste ist. Zumindest für westliche Demokratien, wie die der BRD oder auch im Rahmen der Europäischen Union, kann die Frage nach der Möglichkeit digitaler Souveränität bejaht werden. Beide erörterte Aspekte haben allerdings theoretischen Charakter, weswegen in der praktischen Umsetzung immer auch Herausforderungen zu erwarten sind. Da digitale Souveränität aber sinnvoll und möglich erscheint, kann durchaus von der Politik gefordert werden, dass sie sich um deren möglichst optimale Umsetzung bemüht.

UaFOQF

1 - Die These könnte durch ein einziges Gegenbeispiel, bei dem es nicht gelingt, den Fähigkeiten bzw. Möglichkeiten eines Individuums (oder Personengruppe) gerecht zu werden, widerlegt werden.



Literaturangaben zu den im Text referenzierten Veröffentlichungen finden sich in der Onlinefassung des Artikels auf der Internetseite des grünen blatts.

Rezension:

Lehren aus dem Ukrainekonflikt – Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern

fb Dieser von Andreas Heinemann-Grüder, Claudia Crawford und Tim B. Peters herausgegebene Tagungsband erschien kurz vor der Invasion der russischen Armee in der Ukraine im Frühjahr 2022. Er trägt Beiträge von Expert*innen verschiedener Felder zusammen und umfasst sowohl militärische als auch politikwissenschaftliche Perspektiven, behandelt die Sondermission der OSZE, diskutiert sowjetische und russische Außenpolitik in Hinblick auf die Drohung mit dem größten Atomwaffenarsenal der Welt sowie die Positionen verschiedener Regierungen in diesem Konflikt. Obwohl das Thema des Buches nicht der aktuelle Krieg ist, sondern die sieben vorausgehenden Jahre einschließlich der Annexion der Krim durch Russland 2014 und der Ausrufung der prorussischen Separatisten-Republiken im Donbass zugrunde liegen, zeichnet es erstaunliche Parallelen insofern, als Erkenntnisse und Positionen, die seit dem 24. Februar 2022 medial oft als „neu" präsentiert werden, in Fachkreisen schon seit vielen Jahren erörtert werden.

Auf den Punkt bringt diese Einschätzung die Verwendung des Begriffs der „Zeitenwende", die heute im allgemeinen – bestätigt durch eine Fachartikelrecherche in politikwissenschaftlichen Datenbanken – Putins seit dem Frühjahr laufende „Militärische Spezialoperation" meint und insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz zugeordnet wird, der diesen Begriff bei seiner Ansprache vor dem Bundestag kurz nach Kriegsbeginn benutzte. Tatsächlich wurde dieser Terminus aber bereits seit 2014 auf die veränderte russische Politik gegenüber der EU und den USA nach der Rückkehr Putins ins Präsidentenamt und insbesondere im Angesicht der militärischen russischen Interventionen in der Ukraine angewandt.

Sicherlich sind Stellungnahmen und Einschätzungen in Kriegszeiten besonders kritisch zu beäugen, weil auch um Informationen und die öffentliche Meinung Krieg geführt wird, und nicht nur die direkt kämpfenden Parteien Ukraine und Russland hierbei gewichtige Interessen verfolgen, sondern auch viele andere Staaten und Akteur*innen Deutungshoheit anstreben. Aspekte wie Transparenz, Ehrlichkeit und offene Diskussionskultur sind in einem laufenden Krieg noch schwieriger als ohnehin schon einzuordnen, weil einerseits der direkte Zugang zu Orten und betroffenen Personen komplizierter, teils sogar nicht möglich, ist, andererseits weil unterstellt werden muss, dass Akteur*innen, die das Töten von Menschen als – unter Kriegsbedingungen – alltägliche Normalität und legitim betrachten, auch mit Informationen strategisch umgehen. In diesem Zusammenhang ist der Kontext der Publikation nicht unbedeutend. Die Tagung, von deren Vortragenden einige diesem Buch – aktualisierte – Beiträge beisteuerten, fand im September 2020 in Wien statt und wurde von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert. Dass diese ihre Veranstaltungen – wie andere Parteistiftungen auch – strategisch ausrichtet und durch eine eigene Agenda motiviert Redner*innen und Beiträge auswählt, kann als sicher angenommen werden. Dies sollte im Hinterkopf behalten werden, auch wenn die Analysen von unabhängigen Expert*innen verantwortet werden. Die Auswahl der behandelten Fakten, die Analyseperspektiven und die Interpretationen können dadurch beeinflusst sein.



Der Tagungsband ist angesichts des andauernden Blutvergießens in der Ukraine und der grundsätzlichen Infragestellung des in der Konsequenz des Zweiten Weltkriegs entwickelten internationalen Rechts sowie der nach dem Ende des Kalten Krieges entstandenen europäischen Friedenssicherungsinstrumente hochbedeutend und aufschlussreich. Die Eskalation der nun Wirklichkeit gewordenen, im Buch erst noch erörterten, außenpolitischen Aggression des Putinschen Regimes wird zu einem Zeitpunkt erörtert und diskutiert, als viele der Autor*innen noch hofften, dass es nicht dazu kommen würde, unterliegt damit also einem geringeren Risiko der kriegerischen Instrumentalisierung von Information, als dies der Fall ist, wenn der Krieg gerade aktiv geführt wird und die Verfas-

ser*innen aus Staaten kommen, die, wenn derzeit auch nur indirekt, am Kriegsverlauf beteiligt sind. Vorteilhaft in diesem Sinne erscheint auch, dass die damalige Russlandpolitik der CDU-geführten Bundesregierung einen deutlich anderen Kurs hatte und Russland bevorzugt behandelte. Die hier publizierten Einschätzungen entsprechen daher kaum einer Strategie zur Unterstützung der (damaligen) deutschen Regierungspolitik.

Tatsächlich ist jeder einzelne Beitrag spannend und voller interessanter Informationen und Einschätzungen. Hier im Detail auf alles einzugehen, ist unmöglich. Stattdessen sollen nur beispielhaft einzelne Themenfelder angerissen werden. So wird zu Beginn ein politikwissenschaftlicher Überblick verschiedener Theorierichtungen in den Internationalen Beziehungen geboten, welcher nicht nur die Grundzüge dieser Denkschulen umfasst. Vielmehr werden die theoretischen Perspektiven und Schlussfolgerungen, die sich aus diesen ergeben, anschaulich auf den seit 2014 in der Ukraine laufenden Krieg angewendet. Diese Theorien sind nicht nur Fachkreisen vorbehalten, sondern spiegeln sich in den medialen Analysen und Positionierungen wider, die bekanntermaßen von imperialistischen Ambitionen des Diktators Putin bis zu einer Schuldzuweisung an „den Westen“ für den russischen Angriff auf die Ukraine reichen. Auch wenn solche, oft sich diametral widersprechend scheinenden, politischen Statements in den Medien ideologisch fundiert wirken, basieren einige ihrer Ideen auf den außenpolitischen Theorieschulen der Internationalen Beziehungen. Diese Theorien nehmen in Hinblick auf den Ukrainekonflikt oft verschiedene Perspektiven ein, beleuchten unterschiedliche Aspekte – und müssen sich deshalb nicht immer widersprechen, auch wenn die öffentlich daraus gezogenen Schlussfolgerungen zu entgegengesetzten Beschuldigungen bzw. Stellungnahmen führen. Auf diesen, teils kombinierten, Interpretationen russischer Außenpolitik bauen wiederum geläufige politische Antworten, auch deutscher, Politiker*innen auf, die vereinfacht als „Entspannungspolitik“, „Eindämmung/Abschreckung“ oder „Systemwandel“ bezeichnet werden können. Somit hilft der Tagungsband zu verstehen, auf welchen Annahmen und Sichtweisen gängige politische Forderungen basieren, aber auch zu erkennen, dass sie jeweils nur Antworten auf Teile des komplexen politischen Gesamtbildes sein könnten.

Einer intensiven Analyse wird die deutsche Russlandpolitik unterworfen. Hierbei geht es um Grundannahmen über die Intentionen und Verhaltensweisen der russischen Regierung, die Argumentation deutscher Positionen und die tatsächlichen Handlungsmuster Russlands in den letzten zehn Jahren. In diesem Zusammenhang wird einerseits die veränderte Rolle der Bundesregierung als aktiver Part bei der europäischen Sanktionspolitik infolge der Krimannexion, andererseits ihr widersprüchliches Auftreten mit konsequenzlosen Megakooperationen wie Nord Stream 2, mit denen Russlands Politik gegen die Ukraine gefördert wird, angesprochen und herausgestellt, wie diese Inkonsequenz der russischen Führung gezeigt hat, dass die deutsche Politik sich beeinflussund erpressbar hält.

Faszinierend ist auch die Erörterung der Geschichte russischer Innenpolitik seit der Auflösung der Sowjetunion sowie des Einflusses der Einstellungen relevanter Geburtenjahrgänge des Landes auf die Außenpolitik. Hier spielten die enttäuschten Hoffnungen auf Annäherungen des Lebensstandards an die westlicher Länder offenbar eine wichtige Rolle bei der Rückkehr zum kurzzeitig überwundenem Feindbild „Westen“. Nachdem die anfangs von Putin angestrebte Verbreiterung des Mittelstandes in Russland zugunsten einer winzigen Elite von Superreichen scheiterte, tauschte dieser seine politische Zielgruppe aus und orientierte seine Argumentation von da an an den anti-westlichen Ressentiments der älteren Bevölkerungsgruppe.

Spannend wäre es zu erfahren, wie die Autor*innen ihre Analysen und Einschätzungen nach Beginn der russischen Offensive in der Ukraine bewerten bzw. aktualisieren würden. Vieles deutet darauf hin, dass sie ihre Prognosen und Annahmen der Basis von Putins Handeln und der erforderlichen Antwort der internationalen Gemeinde im Wesentlichen als bestätigt betrachten würden.

Heinemann-Grüder, Andreas; Crawford, Claudia; Peters, Tim B. (Hrsg.): Lehren aus dem Ukrainekonflikt. Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern. Verlag Barbara Budrich, Opladen 2022. 249 Seiten, Paperback. ISBN: 978-3-8474-2555-7.



Rezension:

Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch

fb Mit dem Beginn von Putins Invasion der Ukraine wurde einmal mehr deutlich, dass die globale Außenpolitik von militaristischen Sicherheitsvorstellungen dominiert wird. Kommentator*innen argumentierten, "der Westen" hätte Russland den Großmachtstatus aberkannt und keine eigenen "Einflussspähren" zugestanden und somit Putin zum Angriff auf das kleinere Nachbarland genötigt. Oder dass nur militärische Stärke und Abschreckung russischen Expansionsdrang im Keim hätte ersticken können und zuviel kooperiert worden sei. Solche Denkmuster passen in die akademische Schule des Politischen Realismus, der von Vorstellungen aus dem Kalten Krieg geprägt ist und diesen am Laufen hielt. Mit diesem sogenannten "Realismus" setzt sich die Autorin Kristina Lunz intensiv auseinander, zeigt problematische Grundannahmen und desaströse Konsequenzen auf, und argumentiert, dass eine Neuausrichtung der Außenpolitik unbedingt erforderlich sei. Der aktuelle Fokus auf Sicherheit als eine Frage militärischer Stärke und nationaler Souveränität müsse auf die umfassendere menschliche Sicherheit gerichtet werden. So sollen die menschlichen Grundbedürfnisse erfasst, geschlechtsspezifische Aspekte nicht länger ausgeblendet und von einem von männlicher Toxizität bestimmten Blickwinkel Abstand genommen werden. Wenn Lunz "feministische Sicherheit" als neues Grundmodell einfordert, meint sie damit eben auch, dass Menschenrechte, Schutz der Lebensgrundlagen, Gesundheitsversorgung und wirtschaftliche Sicherheit erfasst werden. Insbesondere sollen die Bedürfnisse und Perspektiven mehrfach unterdrückter (z.B. rassistisch und sexistisch) Gruppen von Menschen berücksichtigt werden. Es müsse anerkannt werden, dass diese eine bedeutende Rolle bei der Erlangung fairer, friedlicher und bedürfnisgerechter Verhältnisse spielen können. Sie versteht unter Feminismus also mehr als nur die Berücksichtigungen von Frauen in einer männlich dominierten Gesellschaft. Vielmehr geht es um einen intersektionalen Ansatz, der auf die Bedürfnisse aller unterrepräsentierten Gruppen Rücksicht nimmt und somit die Analyse mehrerer Unterdrückungsverhältnisse zum Erkennen von Missverhältnissen in der Interessenvertretung nutzt.



Kristina Lunz zeigt diese Missstände in den Internationalen Beziehungen aus dem Blickwinkel einer Diplomatin und feministisch engagierten Aktivistin auf und veranschaulicht vieles anhand ihrer persönlichen Erfahrungen. Tiefgehende Einblicke erhielt sie als Studentin der Diplomatie, während ihrer Arbeit in internationalen Organisationen und beim Aufbau einer vielbeachteten NGO für feministische Außenpolitik, dem *CFFP - Centre for Feminist Foreign Policy*. Lunz berichtet von extremem Hass und Gewalt, womit sie, wie viele andere den diskriminierenden Status quo kritisierenden Frauen, durch ihre öffentliche Stellungnahme konfrontiert ist. Sie weist auf die systematisch anzutreffenden Muster patriarchaler Dominanz in einer Gesellschaft hin, die oft von sich annimmt, die jahrhundertelange Diskriminierung von Frauen überwunden zu haben. Lunz berichtet von rechten Netzwerken frauenfeindlicher Gruppierungen und Diskurse, mit denen diese Einfluss auf internationale Verhandlungen, aber auch lokale innenpolitische Entscheidungen nehmen. Ein anderes Thema sind die in der männlich dominierten Geschichtsschreibung weitgehend ausgeklammerten Wurzeln feministischer Außenpolitik. Vor über hundert Jahren stellten Aktivistinnen in feministischen Friedenskongressen Forderungen auf, die teils später von männlichen Politikern übernommen wurden, ohne die initiierenden Kämpferinnen zu würdigen. Kristina Lunz zieht auch Bilanz feministischer Außenpolitiken, die weltweit bislang von einer Handvoll Staaten in ihr Profil aufgenommen wurden.

Natürlich werfen die Kritik an der herrschenden Politik ebenso wie die bestehende Machtverhältnisse herausfordernden Ideen feministischer Außenpolitik gerade jetzt viele Fragen auf - im Kontext eines massiven Krieges in Europa, der uns in der EU lebenden, privilegierten und meist eher von Wohlstandssorgen beherrschten Menschen plötzlich sehr nahe kommt und scheinbare Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt hat. Offenbar gibt es keine einfachen entweder-oder-Lösungen für komplexe Herausforderungen, vielmehr bedarf es der Differenzierung und den konkreten Umständen angemessener Ansätze. Hier zeigt sich das Konzept Feministischer Außenpolitik als tragfähig und durchaus robust, sowohl strukturelle und systematische Probleme mittels Entmilitarisierung angehen zu wollen, sich aber konkreten, akuten Unterstützungsleistungen nicht zu verschließen: „Im Angesicht der massiven Gewalt, der die Menschen in der Ukraine ausgesetzt sind, müssen wir sie so unterstützen, wie sie das fordern. Wenn da Waffen dazugehören, dann gehören die dazu, keine Frage.“ *(Kristina Lunz am 19. April 2022[1])*. Kristina Lunz' Buch erschien ausgerechnet an dem Tag, an dem Putin die Ukraine mit Blut und Vernichtung überzog, und handelt genau von dem System, das solche schrecklichen Aggressionen ermöglicht und fördert. Es ist ein bereichernder, augenöffnender Beitrag zu einer wichtigen Debatte.

Lunz, Kristina: Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch, Wie globale Krisen gelöst werden müssen. Ullstein Buchverlage, Berlin 2022. 441 Seiten, Hardcover. ISBN: 978-3-430-21053-9.

1- https://enorm-magazin.de/gesellschaft/gleichstellung/feminismus/kristina-lunz-feministische-aussenpolitik-setzt-andere-prioritaeten

Befreiung hört nicht beim Menschen auf

– Ein Aufruf an unsere Genoss*innen –

Als Linke hinterfragen wir den Status quo: Wir bekämpfen strukturelle Ausbeutung und Gewalt, reflektieren Selbstverständlichkeiten und untergraben starre Traditionen. Auf Dauer ist keine Norm vor uns sicher. Wir analysieren und kritisieren Formen der Unterwerfung, Marginalisierung und Ausgrenzung. Diese Grundsätze verbinden uns über unsere vielen Strömungen und Ansätze hinweg. Bei all unseren Unterschieden wollen wir solidarisch miteinander sein. Das heißt unter anderem, die Forderungen und Anliegen anderer Gerechtigkeitsbewegungen mitzudenken und zu unterstützen – oder die Kämpfe direkt zu verbinden. Die Idee, die Verdammten dieser Erde trotz all unserer Unterschiede zu vereinen, trägt emanzipatorische Projekte seit eh und je. Dass wir einander fremd sind, ist für uns kein Grund, nicht zusammen zu kämpfen. Wir nähern uns an, streiten uns auch; doch wo immer es gelingt, machen wir Politik auf Grundlage unserer Gemeinsamkeiten.

Nun gibt es von jeher auch Linke, die Solidarität mit jenen üben, mit denen sie sich nicht gemeinsam organisieren und keine politische Debatte führen können. Mit den ganz Anderen. Mit jenen, von denen wir uns scheinbar abgrenzen müssen, um als vollwertige Menschen zu gelten:

Solidarität mit den Tieren

„So lange ich denken kann, lag der Ursprung meiner Revolte gegen die Mächtigen immer in meinem Schrecken über das Leid, das den Tieren angetan wird", schrieb die Kämpferin der Pariser Kommune, Louise Michel. Auch Rosa Luxemburg sah sich in einer Schicksalsgemeinschaft mit den unterdrückten und ausgebeuteten Tieren. Sie schildert in einem ihrer Briefe aus dem Gefängnis, wie ihr die Tränen herabrannen, als sie Zeugin von Gewalt gegen einen Lastbüffel wurde: „wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht".

Heute sehen wir ein krasses Missverhältnis zwischen einer Industrie, welche die Ausbeutung tierlicher Körper auf ein nie gekanntes Niveau perfider Perfektion gehoben hat, und einer Linken, welche die Hauptbetroffenen dieser systematischen Gewalt zu häufig ignoriert. Es gibt viele gute Gründe, die Tierindustrie politisch zu bekämpfen – die Massenproduktion von Fleisch, Milch und Eiern heizt die Klimakatastrophe an, schädigt Ökosysteme lokal und global und ist für massive Ungerechtigkeiten gegenüber Menschen verantwortlich. Aber darüber hinaus müssen wir die Situation der Tiere wahrnehmen, die diesem System vollständig ausgeliefert sind.

Ein Herrschaftsverhältnis par excellence

Die moderne Nutzung von Tieren bedeutet die totale Unterwerfung des Lebens unter die Ratio des Kapitals. Einige Schlaglichter am Beispiel der Hühner: Die Zucht von Hochleistungsrassen legt den Tieren quälende körperliche Eigenschaften in die Gene. Anders ist das Wachstum vom 40-Gramm-Küken zum kiloschweren Broiler in vier bis sechs Wochen nun einmal nicht zu haben. Ihr kurzes Leben verbringen sie in hochtechnisierten Hallen ohne Tageslicht zwischen rund 40.000 Leidensgenoss*innen. Ausmisten ist Bauernhofromantik: Gereinigt wird der Stall das erste Mal, nachdem die Tiere zur Schlachtung abgeholt sind, alles andere wäre zu aufwändig. Nach einigen Stunden im Käfig-LKW erreichen die Hühner eine moderne Variante der ältesten Fließband-Fabrik der Welt: den Schlachthof. Ein Fleischkonzern, der auf sich hält, löscht in jeder solchen Anlage mindestens 100.000 Leben aus – am Tag. Was von den konsumierten Körpern übrig bleibt, landet auf der Müllhalde. Geolog*innen sagen, dass die dort gesammelten Hühnerskelette als prägendes Fossil die Erdschicht des Anthropozäns kennzeichnen werden.

Die Details unterscheiden sich, sind in der Milch- und Eierproduktion, in der Schweinemast oder der Pelztierzucht aber nicht weniger grotesk. Und entgegen verbreiteten Vorstellungen sieht es in Biobetrieben – die ohnehin nur einen kleinen Bruchteil der verkauften Tierprodukte erzeugen – in zentralen Hinsichten nicht anders aus. Auch auf jedem tiernutzenden Ökohof werden Tiere mit ihren Interessen und Vorlieben den Bedarfen der Produktion untergeordnet. Wenn wir am Beispiel der Hühner bleiben, so werden sie auch im Bio-Bereich in Gruppen von einigen Hundert bis zu mehreren Tausend Tieren gehalten, wo sie keine feste Sozialstruktur aufbauen können. Die so genannten Legehennen legen aufgrund der Züchtung mehr Eier, als gesundheitlich gut für sie wäre. Kein wirtschaftlich genutztes Huhn bekommt die Gelegenheit, die eigenen Küken aufzuziehen – auch Bio-Hühner werden in Brutschubladen ausgebrütet. Und in welchen Wirtschaftszweig wir auch schauen: Die Tiere werden gewaltsam getötet, in aller Regel schon nach einem Bruchteil ihrer möglichen Lebensdauer.

Das Tier als Prototyp des Anderen

Die Strategie der Entmenschlichung, der Bezeichnung von Menschen als ‚nicht vollwertig', als ‚Tier' oder ‚Stück Fleisch' hat eine lange Tradition in rassistischen, sexistischen und ableistischen Unterdrückungsverhältnissen. Daher das linke Grundprinzip, Menschen niemals ihre einzigartige Würde als Menschen abzusprechen. Die Forschung z.B. zu Rassismus und Sexismus zeigt aber auch Zusammenhänge zwischen der Herabwürdigung von Tieren und der Unterdrückung von Menschen. Auf dem Weg in eine gerechte Gesellschaft gilt es, all diese Unterdrückungsformen hinter uns zu lassen.

Natürlich unterscheiden wir Menschen uns in wichtigen Hinsichten von anderen Tieren. Manche dieser Unterschiede sind auch für linke Kämpfe relevant – zum Beispiel gehört zur Befreiung aus Unterdrückung für Menschen dazu, der eigenen Stimme Geltung zu verschaffen und die eigene

Identität und die eigenen Ziele im politischen Diskurs selbst zu definieren, anstatt nur von Anderen vertreten zu werden. Diese Fähigkeit haben die Tiere nicht.

Jemand, nicht etwas

Kein Mensch kann aber abstreiten, dass alle fühlenden Lebewesen grundlegende Bedürfnisse teilen. Wer einem Tier gegenüber steht, sieht jemanden, nicht etwas. Jemand anderen, sicher – aber seit wann sähe eine Linke im Anderssein eine Legitimation für Ausbeutung und Unterwerfung? Aus einer Perspektive der Gerechtigkeit ist schlicht nicht begründbar, warum tierliche Grundbedürfnisse den Interessen der Agrarkonzerne oder überhaupt irgendwelchen wirtschaftlichen Logiken untergeordnet werden sollten.

Allein aufgrund ihres Tierseins werden Milliarden fühlender Lebewesen heute ihrer grundlegenden Rechte beraubt. Solidarität und Gerechtigkeit sehen anders aus. Wir lehnen Ausbeutung und systematische Gewalt grundsätzlich ab und stehen konsequenterweise fest an der Seite aller Unterdrückten. In der Befreiung der Tiere und der Emanzipation der Menschen sehen wir ein und denselben Kampf.

Deshalb:

Lasst uns Tiere in unsere Analyse und Kritik stets einbeziehen! Lasst uns miteinander über das Spektrum unserer Kämpfe hinweg solidarisch sein! Lasst uns die Ablehnung von Gewalt und Ausbeutung gegenüber fühlenden Lebewesen als gemeinsame politische Praxis leben! Lasst uns zusammen kämpfen – für eine antikapitalistische Agrarwende, für ein zukunftsfähiges Verhältnis zur Natur, und ganz klar auch: für die Tiere.

Worüber wir mit Euch diskutieren wollen

Veganismus wird oft missverstanden als individuelle Lifestyle-Entscheidung hipper Großstädter*innen. Wie können wir Veganismus stattdessen als politische Praxis fassen, die sich effektiv gegen die systematische Gewalt und Ausbeutung fühlender Lebewesen richtet? Als eine Haltung, die menschliche und tierliche Bedürfnisse zusammendenkt – im eigenen Verhalten ebenso wie in der kollektiven Organisierung? Damit einhergehend:

1. Wie können wir die Auswirkungen für Tiere konkret mit einbeziehen beim Schreiben von Aufrufen und Papieren, wenn es z.B. um Klimakatastrophe, Umweltzerstörung, Ausbeutung oder Gewalt im Kapitalismus geht – um immer sichtbar zu machen, dass nicht nur Menschen zu den Opfern des gegenwärtigen Gesellschaftssystems gehören?

Befreiung hört nicht beim Menschen auf!

#SolidaritätMitTieren

#vegan

Illustration: Alissa Mirea Weidenfeld

2. Wie befreien wir uns von einem Denken in den Kategorien der Spezies, in dem das individuelle Tier lediglich als ‚Exemplar' herhält? Was verändert sich in unseren Analysen und Aktionen gegen Umweltzerstörung und Artensterben, wenn wir einzelne Tiere als Lebewesen mit eigenen Bedürfnissen und Interessen anerkennen?

3. Können wir Veganismus als allgemeines Prinzip bei Veranstaltungen etablieren, die wir als linke Bewegungen organisieren – nicht nur bei Camps, sondern auch bei Workshops, Veranstaltungen in Seminarhäusern, Straßenfesten? Als Statement gegen Tierausbeutung und Umweltzerstörung, aber auch aus Rücksicht auf diejenigen von uns, die sich dem Thema wirklich öffnen und für die es schwer erträglich ist, ständig mit der als normal verkauften Gewalt in Form von getöteten und verarbeiteten Tierkörpern konfrontiert zu sein?

4. Wie können wir für eine Menschenwürde streiten, die sich nicht durch die Abgrenzung von den unterworfenen anderen Tieren definiert?

5. Wie können wir den veganen Ökolandbau stärken, um zukunftsfähige und weniger gewaltvolle Alternativen zur herrschenden Agrarindustrie zu etablieren?

6. Was würde sich wohl in unserer Gesellschaftsanalyse tun, wenn in linken Lesekreisen öfter einmal Texte der kritischen Mensch-Tier-Studien gelesen würden (zum Beispiel die soziologischen Grundlagentexte von Birgit Mütherich, die feministische Kritik der Fleischindustrie von Carol J. Adams, die antirassistischen Arbeiten zu Black Veganism von Aph Ko und Syl Ko)?

7. Wie können wir über die Grenzen von Staaten und linken Strömungen hinweg Solidarität organisieren, wenn Aktive der Tierbefreiungsbewegung wieder einmal mit Repression überzogen werden?

8. Was hält viele von uns davon ab, die Normalität der allgegenwärtigen Tötung, Zerstückelung und Vernutzung tierlicher Körper zu hinterfragen? Woher kommt die Angst davor, das Leid und das Unrecht der Tierindustrie an sich heran zu lassen? Welche Kraft könnten wir daraus ziehen, wenn wir dieses abwehrende Unbehagen in Wut und Widerstand verwandeln würden? **Wir freuen uns auf eine solidarische Diskussion!**

*Initiator*innen des Aufrufs: Hannah Engelmann, Friederike Schmitz, Didem Aydurmus*

Zum Aufruf:

https://befreiung-hoert-nicht-beim-menschen-auf.org

*Update: Eine der Initiator*innen hat gerade ein thematisch anschließendes Buch mit dem Titel "Anders satt: Wie der Ausstieg aus der Tierindustrie gelingt" veröffentlicht. Mehr Informationen beim Verlag:*

https://www.ventil-verlag.de/titel/1932/anders-satt

Aktionsbericht Westfleischblockade in Oer-Erkenschwick am 01.02.2021

#TEARDOWNWESTFLEISCH

teardownwestfleisch In diesem Nachbericht möchten wir die Aktion vom 01. Februar 2021 in Oer-Erkenschwick reflektieren und aus unserer Perspektive berichten. Dazu möchten wir zum Beispiel auf das Verhalten der Polizei, warum wir eine Aktion während einer Pandemie machen, was besser hätte laufen können und was wir gelernt haben, eingehen.

Zunächst fragen wir uns: War die Blockade „erfolgreich“? Unsere Antwort: Ja und Nein.
Mithilfe von drei Betonfässern, an denen jeweils zwei Personen festgekettet waren und einem Tripod, in dem ein Mensch mit Hängematte hing und eine weitere Person mit einem Bügelschloss festgekettet war, haben wir für etwa 6 Stunden die Hauptzufahrtsstraße eines der größten Schlachtbetriebe in Europa blockiert. Statt den Betrieb für die Zeit einzustellen und die Tiertransporter abzubestellen beziehungsweise soweit wie möglich zu anderen Standorten umzuleiten, wurden die LKW nach unserer Beobachtung schon nach circa ein bis zwei Stunden durch einen kleineren zweiten Eingang umgeleitet.

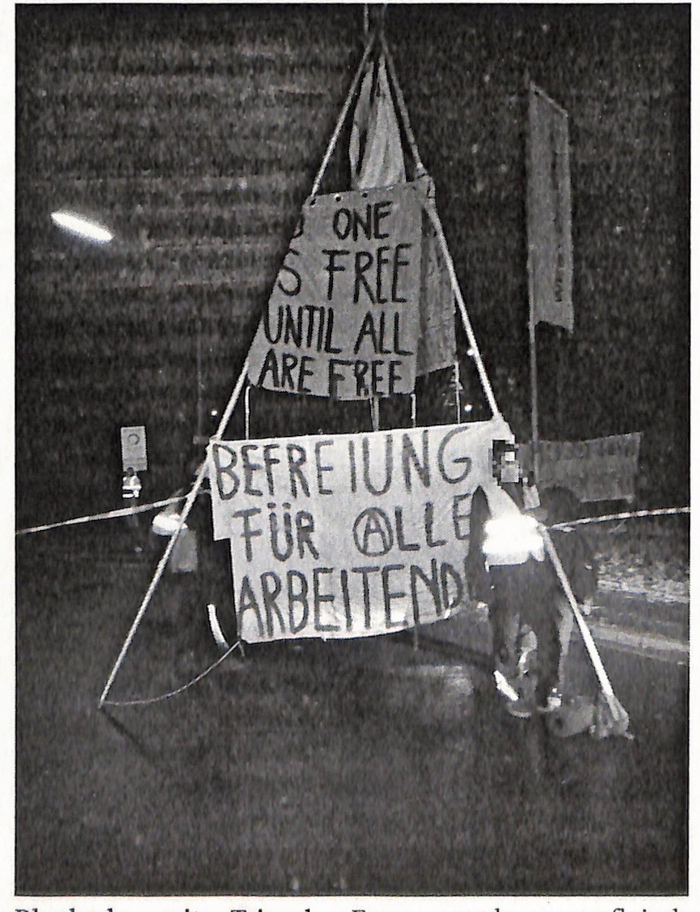
Wir denken, die Blockade hat trotzdem kräftig gestört. Wir konnten für einen Tag eine Menge Sand ins Getriebe dieses Betriebes streuen, für logistischen Mehraufwand sorgen, und Aufsehen erregen. Medial haben wir viele diverse Zeitungen, Radios und Fernsehsender erreicht, die mit uns gesprochen und über uns berichtet haben. Dabei haben wir sowohl in bürgerlichen Kreisen die generelle Diskussion über eine tierausbeutungsfreie Lebensweise und Alternativen zur Lohnarbeit, als auch Bewegungs-intern einen Diskurs über den Unterschied zwischen Tierrecht und Tierbefreiung, und wie letzteres mit anderen sozialen Kämpfen verknüpft ist, angestoßen.

Wir haben uns selbstorganisiert, uns so viele Fähigkeiten wie möglich angeeignet und zumindest unsere, aber auch hoffentlich die allgemein düstere Stimmung, Trägheit und Vereinzelung in der links-anarchistischen Bewegung, ausgelöst durch die Corona-Pandemie, kurzzeitig unterbrochen und hoffentlich andere dazu motiviert, selbst Aktionen gegen die Gesamtscheiße zu machen.
Gerade während des Lockdowns, welcher ja zurzeit in vielen Ländern bedeutet, dass das „Soziale Leben“ verboten oder fern der Realität ins Digitale getrieben wird, während die Wirtschaft weiter geht, war es uns wichtig, widerständig zu bleiben und neue Wege zu finden, den antikapitalistischen Kampf auf die Straße zu tragen, ohne sich und andere einem unverhältnismäßigen Infektionsrisiko auszusetzen.

Mit den uns in Zeiten einer globalen Pandemie zur Verfügung stehenden Kapazitäten und nur 8 Blockierenden haben wir uns mehr oder minder bewusst mit einer Minimalbesetzung in die Aktion getraut, was sich im Nachhinein auf jeden Fall als Fehler erwiesen hat. Soziale Konflikte, Ausbrennen und Traumata sind die Früchte dieser Fehleinschätzung und Ergebnisorientiertheit. Wir bedauern, dass wir uns vom kapitalistischen Effizienzgedanken „jetzt, sofort, krasser, größer, schneller“ haben treiben lassen, der in uns allen brodelte. Lernen können wir daraus jedoch, unseren „Machzwang“ kritisch zu hinterfragen und verschiedene Szenarien besser durchzurechnen, anstatt immer das positivste Szenario, „ach, das zweite kleine Tor wird schon nicht benutzt“ oder „ach, die werden uns schon nicht wegtragen“, als Grundlage zu nehmen.

Unser Konzept, den Aufbau der Blockade durch verschiedene technische Elemente zu verkomplizieren und die Blockadezeit so in die Länge zu ziehen, hat gut geklappt. Um uns zu räumen, musste die Polizei verschiedene Spezialeinheiten anfordern. So ließ sich der Start der Räumung um mehrere Stunden verzögern.

Wir wollen es auch als Erfolg betrachten, die sichtlich übermotivierte Polizei Recklinghausen mit diversen und kreativen Aufgaben für einen ganzen Tag gut beschäftigt zu haben. Wohl um die 100 kapitalschützende Freund:innen & Helfer:innen dieser Gesellschaft haben an diesem Tag Westfleischs Megaschlachthof „vor uns gerettet“. Bei der Wiederherstellung von Recht & Ord-



Blockade mit Tripod Foto: teardownwestfleisch

nung haben die Einsatzkräfte die Gefahr in Kauf genommen, sechs Arme abzutrennen und haben einen Menschen, der die solidarische Mahnwache besuchen wollte, verprügelt, zwei Rippen gebrochen und die Hörgeräte der Person kaputt gemacht, weil die Person sich weigerte, die Personalien anzugeben, da sie ja auf dem Weg zu einer Versammlung unter dem Schutz des Versammlungsgesetzes steht.

Auch die Erwähnung der ehrenwerten technischen Einheit Bochum darf an dieser Stelle nicht fehlen, die sich mit einer Art „väterlichen Fürsorge" rührend um die Angeketteten kümmerte und ihnen dabei auch mal den Kopf tätschelte oder die Beine streichelte. Wenn jemensch schrie, wurde die Person gleich als „Heulsuse" oder "Jammerlappen" beschimpft. Anstatt die Betonkübel wie erhofft am Blockadeort aufzuhämmern, entschied sich die technische Einheit Bochum einfach mal dazu, die mehrere hundert Kilo schweren Betonfässer samt festgeketteten Personen in einen LKW zu verladen, um die Lock-Ons an einem anderen Ort unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu öffnen.
Die Unversehrtheit der Festgeketteten war hier natürlich mal wieder zweitrangig. Lieber sechs gebrochene Arme als ein wütender Konzern. Auch die wegen der Vorschriften anwesenden Sanitäter:innen ließen diesen gefährlichen Vorgang einfach geschehen. Sie liehen der Einheit ihre Trageliegen und schauten, von der Tankstelle auf der gegenüberliegenden Seite des Schlachthofes aus, gelassen zu, während die Angeketteten unter Schmerzen schreiend mit den Fässern weggetragen wurden.

Wir sind froh, dass hierbei der Arm einer Aktivistin nur stark überdehnt und nicht gebrochen wurde. Für die nächsten Aktionen ist also klar: Macht eure Fässer UNTRAGBAR!

Die Aktivistin mit dem überdehnten Arm wurde nach dem zweistündigen Aufhämmern des Locks ins Krankenhaus gebracht. Auch hier haben sich Rettungsanitäter:innen von ihrer besten Seite gezeigt.
Es hieß, es gäbe keine Behandlung ohne Namen: „Wir sind hier, um dir zu helfen – wir sind nicht die Polizei, du kannst uns den Namen sagen und der bleibt bei uns."
Nachdem die Aktivistin ihren Namen verriet, wurde dieser dann natürlich direkt an die Polizei weitergegeben. Trotz bereits bekannter Personalien wurde sie noch mehrere Stunden im Krankenhaus festgehalten.
Von einer medizinischen Versorgung im Krankenhaus kann keine Rede sein, denn die Untersuchungen wurden durchgehend von zwei Kommissaren der Kriminalpolizei unterbrochen. Sowohl die Polizist:innen als auch die Krankenhausmitarbeitenden schikanierten sie während des gesamten Aufenthaltes mit transfeindlichen Kommentaren.
Das Krankenhaus Prosper Hospital in Recklinghausen glänzte somit nicht nur in allgemeiner Unprofessionalität und Missbrauches ihrer Macht, sondern auch in Transfeindlichkeiten.
NEVER TRUST A SANI. ALL ÄRZT:INNEN ARE COPS!

Die anderen Blockierenden landeten auf einem Gelände der Kriminalpolizei Recklinghausen. Deren Gefangenensammelstelle, kurz GeSa, ähnelte eher einem mittelalterlichen Kerker: Ein Garagenhof mit Metallkäfigen; mit etwas Glück bekommt mensch noch eine dreckige Decke und Isomatte, um nicht auf dem kalten Boden sitzen zu müssen. Wasser, Essen und Toilettengänge sind nur möglich, wenn gerade mal eine Beamtenperson in der Nähe ist.
Um die Personalien der Gefangenen zu ermitteln, wurden alle möglichen Chemikalien, unter anderem auch Aceton, auf die präparierten Hände (offene Schnittwunden, verschiedene Kleb- und Farbstoffe) gekippt und mit Bürsten geschrubbt. Und auch das, mittlerweile schon fast wieder alte, neue Polizei Gesetz, mit der sieben Tage Haft bei ID-Verweigerungsklausel, hat wohl leider auch der letzte Ruhrpottcop schon inhaliert. So sind insgesamt nur zwei der acht Blockierenden ohne Namen davon gekommen. Dass die Zeit der ID-Verweigerung zumindest in NRW sich so langsam dem Ende neigt, haben wir schon länger befürchtet, doch wir blicken auch frohen Mutes in die Zukunft und wollen neuen widerständigen Umgang mit der Repression finden. Selbst- bzw. Laienverteidigung und kreative Antirepression könnten bei den kommenden Prozessen eine größere Rolle spielen.

Natürlich haben wir kein Tier vor dem Tod gerettet, keine arbeitende Person aus den Lohnzwängen befreit, keinen Chef von Westfleisch oder strippenziehende Person im Tierausbeutungskomplex zu Fall gebracht, jedoch sehen wir diese Aktion eher als kleinen Schlag, dem hoffentlich weitere kleine oder auch große Schläge folgen. Doch auch wenn Zusammenhänge sich verändern und nicht mehr das zusammenhängt, was mal zusammenhing, was bleibt, sind hoffentlich die keimfähigen Samen, die wir streuten und der Frühling naht.

#TearDownWestfleisch
@StopWestfleisch (twitter)
teardownwestfleisch (ät) riseup.net



Betonfass mit Angeketteten wird verladen Foto: teardownwestfleisch

Mehr als nur ein WALD

Dieser Text wurde von einem Individuum aus der Waldbesetzung „Moni" geschrieben. Es besteht kein Anspruch auf Repräsentation, Objektivität und Vollständigkeit.

Nach der Danni-Räumung[1] sprossen unzählige Waldbesetzungen in ganz Deutschland aus dem Boden. Jeder Kampf gegen die Rodung eines Waldes, gegen den Bau einer Autobahn oder die Ausweitung eines Tagebaus bekam ihre eigene Waldbesetzung.

Weil wir den Erfolg dieser Praxis gesehen hatten? Naja.

Die meisten von uns waren durch die Rodung traumatisiert, ausgebrannt, desillusioniert. Der Danni, das Zuhause von vielen, die die neuen Waldbesetzungen angestoßen hatten, wurde innerhalb weniger Wochen brutal geräumt. Und trotzdem entschieden wir uns, weiterzumachen. Wir besetzten neue Wälder, zogen zurück in Baumhäuser, bereiteten uns auf die nächste Rodung vor.

Die Gründe, weiterzumachen, sind vielfältig. Manche argumentieren mit der Auswirkung, die der Danni auf die breite Gesellschaft hatte, bauen auf Basisarbeit und ein Umdenken in der Gesellschaft. Andere versuchen, sich einfach von ihren Traumata abzulenken und die Räumungen der letzten Jahre zu vergessen.

Doch eines ist uns allen gemeinsam: Wir versuchen, in unseren Wäldern Freiräume zu schaffen. Wir bauen uns Orte in der Hoffnung, dass sie uns helfen, dass sie die Wunden in unseren Köpfen flicken. Wir bauen Barrios, in denen wir alle willkommen heißen wollen, die so leben wollen wie wir. Wir bauen uns Plattformen, auf denen wir allen zeigen wollen, dass es ein gutes Leben geben kann.

Jede Person, die politisch aktiv ist, hat ihre eigenen Themen. Und während wir alle Personen, die zu uns kamen, aufnahmen, erweiterten sich auch unsere Themen und Kämpfe.

Die aus dem Klimaschutz gewachsenen Besetzungen fanden alle ihren eigenen Weg, wie sie sich zu einem Freiraum verhelfen konnten. Wir lernten, wie viele verschiedene Arten von Hierarchien uns von einem guten Leben abhielten. Unser Aktionsradius erweiterte sich.

Klimaschutz steht für mich schon lange nicht mehr an erster Stelle. Ich lebe in Wäldern und kann mir kaum noch ein anderes Leben vorstellen, doch ich verbringe meine Zeit nicht damit, mich auf Räumungen und Rodungen vorzubereiten. Statt zu warten, bis eines Morgens eine Hebebühne mich aus dem Baumhaus holt, nutze ich den Wald als Ausgangspunkt für andere Aktionen. Richtungen dafür gibt es genug.

Da wären die großen, weltweiten Zusammenhänge:

Die Zerstörung von Biotopen und der Ausbau des Individualverkehrs tragen ihren Teil zum Klimawandel bei, genauso wie große Konzerne es tun. Ein Kampf gegen den Klimawandel ist also ein antikapitalistischer Kampf.

Doch die Rodung von Wäldern geschieht nicht nur aus Interessen von Firmen. An der polnisch-belarussischen Grenze wurde nun eine 450km lange Schneise durch den letzten Urwald Europas geschlagen, um dort eine Mauer gegen Fliehende zu bauen. Hier zeigt sich stark, dass ein klimagerechter Kampf sich auch gegen das Konstrukt von Grenzen richtet. Zu diesem Schluss lässt sich auch von der anderen Seite gelangen: Durch den Klimawandel kommt es bereits in vielen Regionen der Welt zu starken Temperaturschwankungen, Dürreperioden und Flutwellen, durch die Lebensbedingungen dort stark verschlechtert werden. Unzufriedenheit und Ressourcenknappheit führen zu Konflikten, die, angestachelt durch Rüstungsindustrie und Kapitalismus, immer öfter bewaffnet verlaufen. Das sind Gründe, die Menschen zur

1: Danni: Waldbesetzung bei Marburg, die sich gegen den Bau der A49 durch einen gesunden Mischwald und ein Trinkwasserreservoir richtete. Die Räumung fand im November und Dezember 2020 statt.

Was ist die Moni?

Die Moni ist eine Waldbesetzung bei Seehausen (Altmark). Wir sind eine Gruppe autonomer Individuen, die im Antifaschismus, Anarchismus und Queerfeminismus eine gemeinsame Basis gefunden haben und versuchen, dort eine Utopie zu leben.

Warum Seehausen?

Die konkreten Straßen, gegen die unsere Besetzung aktiv ist, sind die B190N, welche parallel zur bereits existierenden kaum ausgelasteten B190 verlaufen soll, sowie die A14, die größtenteils den Verlauf der ebenfalls kaum ausgelasteten B189 teilt. Die Mehrauslastung der Straßen ist vor allem durch das Amazon-Logistikzentrum bei Schwerin und Magdeburg, den Nato-Truppenübungsplatz Schnöggersburg, den Frachtflughafen Halle-Leipzig, VW und Rheinmetall zu erwarten. Prognosen zu Folge sollte dieser Verkehr durch eine weitere Spur auf beiden schon gebauten Straßen oder der Wiederbelebung des hiesigen Schienennetzes abfangbar sein. Der Bau dieser beiden Straßen ist nicht nur unnötig und kostenintensiv, er hat auch große Nachteile. Die Altmark ist jetzt schon die regenärmste Region Deutschlands. Sie wird noch unfruchtbarer und trockener, wenn fruchtbare Acker, Wiesen und Wälder versiegelt werden. Die Autobahn wird weniger dafür sorgen, dass mehr in der Altmark ansässige Personen einen Job haben, sondern viel mehr, dass billigere Arbeitskräfte von weiter weg angestellt werden. Der eh schon spärlich ausgebaute ÖPNV wird komplett versiegen. Wer kein Auto hat, kommt dann gar nicht mehr von A nach B.

(https://moni.blackblogs.org/)

Flucht bewegen. Wir kämpfen also auch für Menschen, die sich schon auf diese lange und beschwerliche Reise begeben haben und die, die es tun werden.

Und da kommen wir auch schon zu den Kämpfen, die sich aus unserem Zusammenleben ergeben. Wenn wir uns auf die Fahnen schreiben wollen, einen Freiraum zu schaffen, muss dieser auch für alle Menschen frei sein. Das bedeutet: auch für Menschen, die laut den Gesetzen des deutschen Staates nicht frei sind. Dafür müssen wir eine Zone erschaffen, in die der Staat nicht eingreifen und diesen Menschen ihre Freiheit rauben kann. Aber wir müssen auch an unseren eigenen, internalisierten Rassismen arbeiten.

Als in Europa aufgewachsene und von der europäischen Gesellschaft geprägte Menschen sind wir stark von den Vorurteilen und Normen unseres Umfelds geprägt. Neben Rassismus zählen dazu unter anderem auch Sexismus, Heteronormativität, Ableismus, Spezizismus, Klassismus und vieles mehr.

Auch wenn wir aktiv gegen all diese Unterdrückungsmechanismen stehen, teilweise von ihnen betroffen sind und sie nicht reproduzieren wollen, haben wir doch Denkmuster, Vorurteile und Prägungen aus unserer Zeit vor den Wäldern internalisiert und verhalten uns nicht optimal.

Unser Kampf gegen Diskriminierungen bedeutet also nicht nur Solidarität mit Betroffenen und der Kampf gegen die, die diese Oppression aktiv nutzen und verstärken wollen, sondern auch gegen unsere Prägungen und Sozialisierungen.

Konkret auf die Moni bezogen kämpfen wir auch einen starken antifaschistischen Kampf – ein Kampf, der für alle linken Strukturen obligatorisch sein sollte, für uns aber einen Überlebenskampf bedeutet.

Allgemein sind alle diese Kämpfe, eine totale Intersektionalität, wichtig, um es allen Menschen zu ermöglichen, Teil unserer Bewegung zu sein.

Gerade, wenn wir uns eine Bewegung von Unten nennen, müssen wir, hauptsächlich weißen, einigermaßen reichen Westeuropäer*innen, dafür sorgen, dass wir auch die einbeziehen, die in der Hackordnung der Gesellschaft noch weiter unten stehen als wir.

Und so ist die Hauptarbeit unserer Besetzung nicht, die Rodung einer Monokultur zu verhindern, sondern alle Menschen der Umgebung, die noch an eine bessere Zukunft glauben, zu vernetzen, einzubinden und auf die Weise das Thema „keine-A14“ als nebenlaufendes Projekt zu verbreiten. Wir sind ein linker Gegenpol, nicht nur eine Verkehrswendeinitiative.

Zeitleiste

- **24.04.2021**: Der Wald ist besetzt!
- **Zwischendurch**: Angriffe, Pöbeleien, Böller auf Aktivisti, Faschos jagen uns mit Baseballschlägern, Spitzhacken und Autos durch den Wald.
- **20.06.**: Ku-Klux-Klan-Attentat am Bahnhof: ein Faschist schießt auf Personen am Bahnhof.
- **22.06.**: Das VG Magdeburg entscheidet: Es handelt sich beim Protestcamp um eine Versammlung.
- **01.07.**: Polizei begeht Schulterschluss mit AfD: eine Hundertschaft Polizisten unterstützt die rechtsextremen Anhänger dabei, in den Wald einzudringen und ihre menschenfeindliche Ideologie zu verbreiten.
- **03.07.**: Eine faschistisch motivierte Gruppe zerstört in der Nacht Bodenstrukturen und bedient sich an auf dem Boden gelassenem Material.
- **07.07.**: Erster Besuch der späteren „wöchentlichen Delegation“: Ordungsamt und voll gepanzertes BFE sowie Kripo-Beamte spazieren durch das Barrio und üben sich in passiver Agressivität.
- **01.10.**: Der Storbecker Forst „Störi“ ist besetzt.
- **04.10.**: Der Landkreis Stendal setzt der Moni einen uneinhaltbaren Auflagenbescheid für die Versammlung vor: Baumhäuser dürfen nicht betreten werden, keine Barrikaden mehr gebaut, kein Essen mehr zubereitet werden. Es darf nicht mehr aufs Klo gegangen werden und Werkzeug ist auch tabu.
- **Dann**: wöchentlicher Besuch von Riotpolizei, Kripo und Ordnungsamt: immer schön in Formation und zugbereitem Schlagstock zieht die Staatsmacht wöchentlich durch die Versammlung, fotografiert, schreibt Anzeigen gegen Unbekannt, schubst Menschen herum, droht und spielt sich auf. Hin und wieder zäunen sie ein paar Baumhäuser ein.
- **07.10.**: Dreißig teilweise vermummte Magdeburg-Hools marschieren in den Störi. Der Wald wird abgebaut.
- **18.05.2022**: Zum Zweck der Personalienfeststellung fahren die Cops mit Hebebühne durch den Wald, kontrollieren Personalien von allen Versammlungsteilnehmenden und nehmen einige Aktivisti mit auf die Wache.
- **18.06.**: In einem persönlichen Gespräch bietet der Landratsvorsitzende Besetzenden an, in Verhandlungen zu gehen und den Wald gegen ein anderes Grundstück einzutauschen.
- **10.07.**: Eine noch unbekannte Gruppe aus dem rechten Milieu steckt den Bahnhof in Brand. Er brennt ca. zur Hälfte ab.
- **17.07.**: Pressemitteilung der Moni: Wir wollen gehen.

Wie man eine ~~Revolution~~ Reformation macht

Oder: eine Anleitung zum konservativen Weltverbessern.

Jes Wir alle wissen es, in diesem gesellschaftlichen System ist so einiges im Argen. Und manchmal wünscht man sich eine Revolution, um alles neu und besser zu machen. Das gilt für viele Bereiche der Gesellschaft und ganz sicher auch, wenn man sich damit beschäftigt, für das Gesundheitssystem. Aber niemand weiß, was aus einem System wird, wenn es mal eine Revolution gibt. Und friedlich sind Revolutionen auch nur sehr selten. Alles gute Gründe, lieber doch nicht so sehr an den bestehenden Dingen zu rütteln. Auf der anderen Seite tötet das bestehende System täglich Menschen. An den Grenzen, auf den Straßen oder im Gesundheitssystem. Und der Status Quo wird dies nicht ändern.

Ein Einblick in das Gesundheitssystem in Deutschland

Gerade im Gesundheitssystem, was eigentlich ja das Leben der Menschen schützen soll, läuft vieles verkehrt. So ist die Bürokratie der Krankenkassen und ihre große Macht gegenüber den Bürger:innen oft schuld daran, dass Menschen nicht gesund und manchmal sogar erst krank werden. Auch die Arbeitsbedingungen für Pfleger:innen oder Ärzt:innen töten jedes Jahr viele Menschen. So sind 12-Stunden-Dienste Normalität und extrem viele, die in diesem Bereich arbeiten, sind seit Jahren absolut am Limit. Dass dabei vermeidbare Fehler passieren, ist nur logisch.

Trotz all dieser Probleme ist es für die meisten Menschen besser, bei Krankheit in das medizinische System hereinzukommen, als gar nicht behandelt zu werden. Wer aber jetzt denkt, dass das in Deutschland einfach ist, der irrt. Denn es gibt in Deutschland weder für medizinische Einrichtungen noch für medizinisches Fachpersonal eine Behandlungspflicht. Nur im Notfall ist ein Mensch (übrigens unabhängig seiner medizinischen Fachkenntnis) verpflichtet, einen anderen Menschen zu retten. Das bedeutet im medizinischen System aber nicht heilen, sondern, nach Möglichkeit, seinen unmittelbaren Tod abzuwenden.

Dazu gehört zum Beispiel, dass ein:e Ärzt:in eine Wiederbelebung versuchen muss, nicht jedoch, dass er/sie die Medikamente, die den Menschen heilen können, zur Verfügung stellen muss, selbst wenn er/sie diese besitzt. So können wir aus unserer eigenen Erfahrung beim MediNetz bezeugen, dass Menschen mit Hepatitis C, welche geheilt werden könnten, aufgrund des Medikamentenpreises von 26.000 € lieber sterben gelassen wurden, weil niemand die Medikamente bezahlen wollte. Das selbe passierte auch immer wieder Krebspatient:innen, die keine Operation oder Chemotherapie bekommen haben, wenn die Finanzierung nicht geklärt war. Dass Menschen mit Stoffwechselerkrankungen wie Lipoproteinlipase-Defizienz (Medikamentenkosten hier 900.000 €) dann nicht adäquat behandelt werden, ist dann nur Teil der Systemlogik. Dass aber auch Menschen mit Diabetes (eher günstige Medikamentenkosten) nicht versorgt werden, wenn sie nicht versichert sind, zeigt dann schon die Kaltherzigkeit der Menschen, die man leider auch nicht unterschätzen darf.

Dazu kommt, dass es Menschen gibt, die gar nicht erst versuchen, zum Arzt zu gehen, weil sie keinen legalen Aufenthaltstitel haben und Angst haben müssen, abgeschoben zu werden, wenn jemand ihre Papiere überprüft. Das ist zwar im Rahmen einer medizinischen Behandlung illegal, im Rahmen einer Rechnungsstellung für diese Behandlung aber nach Ansicht einiger Richter dann doch erlaubt.

Erstmal aktiv werden

Um all diesen Menschen zu helfen haben sich seit 1994 dutzende Vereine gegründet, welche unter Namen wie „MediNetz", „Medibüro", „Armut und Gesundheit" oder „medizinische Flüchtlingshilfe" diesen Menschen ehrenamtlich helfen. Da vielen dieser Menschen auch mit geringen Mitteln geholfen werden konnte, ist dies eine legale Hilfe, die unmittelbar hilft. Zudem können solche Gruppen die Problematik sichtbar machen und so Öffentlichkeit dafür schaffen. Das kann manchmal dazu führen, dass Systeme so geändert werden, dass Probleme kleiner werden oder sogar verschwinden. Die Kampagne gegen klimaschädliche FCKW-Gase in den 1980ern hat gezeigt, dass dies sogar bei globalen Problemen erfolgreich sein kann.

Leider ist der Versuch, das Gesundheitssystem in Deutschland zu verbessern, nicht so erfolgreich gewesen. Stattdessen sind diese Vereine, welche sich für eine bessere Versorgung im Gesundheitssystem einsetzen, ständig an ihre finanziellen Grenzen gestoßen. Gleichzeitig sind sie auch immer davon abhängig, dass sich genug ehrenamtliche Menschen finden, die bereit sind, sich in ihrer Freizeit für das Grundrecht auf medizinische Versorgung zu engagieren. Weil es auch immer, bei jedem Fall, um konkrete Menschen geht, deren Gesundheit von der Unterstützung abhängt, kämpft man schnell um jeden Einzelnen, statt um eine Änderung im System.

Da dies kein Zustand ist, der beibehalten werden soll, setzen sich mittlerweile viele der Vereine dafür ein, die Aufgabe der unmittelbaren Versorgung von Menschen an den Staat abzugeben. Aber wie kann man das machen?

Wie man im System etwas verändert

Natürlich gibt es viele Möglichkeiten, innerhalb eines Systems etwas zu verändern. Wenn z.B. kein Mensch sich an eine Regel hält, kann der Staat sie kaum durchsetzen. Dazu braucht es dann aber eine wirklich große Bewegung dahinter, die einen großen Teil der Menschen dazu bringt mitzumachen. Da nur eine Minderheit in Deutschland aus dem Gesundheitssystem ausgeschlossen ist, hat sich eine solche kritische Menge nie gefunden.

Eine andere Möglichkeit, in einer Demokratie viel zu verändern ist, sich selbst wählen zu lassen. Aber die



Grünen beweisen, dass eine solche Bewegung Jahrzehnte braucht und nicht wirklich etwas ändert. Weitere Möglichkeiten sind juristische Grundsatzurteile zu erzeugen, ziviler Ungehorsam oder das langfristige Beeinflussen einer ganzen Gesellschaft. All diese Möglichkeiten brauchen sehr viel Zeit und Energie. Mehr als die Gruppen, die sich für die Gesundheit der Benachteiligten einsetzen, aufbringen konnten.

Der meiner Meinung nach einfachste Weg in einer Demokratie führt daher eigentlich immer über die Kooperation mit Verwaltungen und Politik. Natürlich haben juristisch nur die Politiker die Macht, Veränderungen durchzusetzen, aber die Verwaltung ist durchaus in der Lage, Projekte länger als eine Legislaturperiode zu verzögern. Auf der anderen Seite sind Verwaltungen oft auch durch ihre Interpretation der Gesetze in der Lage, viel zu helfen oder zu stören. So gibt es Sozialämter, die sich entscheiden, einfach Menschen medizinisch zu unterstützen, die bei ihnen in Not geraten sind, auch ohne ihren Aufenthaltstitel zu prüfen.

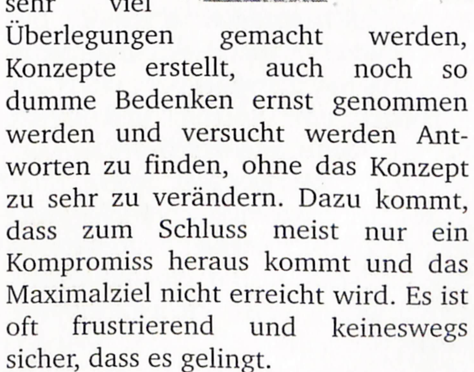
Die meisten Sozialämter jedoch entscheiden sich erst einmal, festzustellen ob es nicht vielleicht einen Grund gibt nicht helfen zu müssen und damit Kosten zu sparen. Alleine dadurch, dass diese Prüfungen oft lange dauern, können Menschen versterben.

Um diese Menschenrechtsverletzungen zu beenden, haben wir in Thüringen entschieden, einen Anonymen Krankenschein politisch in Zusammenarbeit mit den Parteien zu fordern. Ein anonymer Krankenschein ist ein Dokument, welches die Kosten für eine Behandlung übernimmt, wenn kein anderer Kostenträger einspringt, ohne die Identität des zu Behandelnden zu offenbaren.

Um dies zu schaffen, haben wir schon im Wahlkampf das Thema durch kleine Aktionen, aber vor allem durch direkte Gespräche mit den Parteien auf die Tagesordnung gebracht. Dabei hat auch geholfen, dass wir Menschen in unseren Netzwerken hatten, die auch in Parteien Mitglied waren. Insgesamt haben wir es bei allen demokratischen Parteien versucht, die im Parlament waren oder gute Chance hatten dort hineinzugelangen. Dies waren in Thüringen die CDU, die SPD, die Linke, die Grünen und die FDP. Die AfD sehen wir nicht als demokratische Partei. Insgesamt haben 3 Parteien dann damals den Wunsch nach einem anonymen Krankenschein in ihr Wahlprogramm aufgenommen: die SPD, die Linke und die Grünen.

Als dann genau diese Parteien die Regierung gestellt haben, haben wir aktiv darauf gedrängt, dass dieses Wahlversprechen auch umgesetzt wird. Denn nur, weil etwas im Wahlprogramm steht, heißt es leider noch lange nicht, dass es umgesetzt wird.

Dazu haben wir direkte Gespräche mit dem Gesundheitsministerium gesucht und auch ein konkretes Konzept eingereicht, was auf alle Bedenken des Ministeriums Antworten geliefert hat. Dies ist auch kein einfacher Weg. Zum einen müssen ehrenamtlich sehr viel Überlegungen gemacht werden, Konzepte erstellt, auch noch so dumme Bedenken ernst genommen werden und versucht werden Antworten zu finden, ohne das Konzept zu sehr zu verändern. Dazu kommt, dass zum Schluss meist nur ein Kompromiss heraus kommt und das Maximalziel nicht erreicht wird. Es ist oft frustrierend und keineswegs sicher, dass es gelingt.


Anonymer Krankenschein
für Patientinnen / Patienten ohne Papiere
AKST e.V.

All diese Prozesse haben in Thüringen dann mehr als ein Jahr gebraucht. Aber zu guter Letzt haben wir es geschafft. Seit 2017 gibt es einen anonymen Krankenschein in Thüringen, um Menschen ohne Krankenversicherung zu versorgen. Und wir können unser ehrenamtliches Engagement auf andere Bereiche des fehlerhaften Gesundheitssystems umlenken.

Veränderung erreicht, und nun ?

Damit, dass man ein erstes Ziel erreicht hat, ist die Arbeit noch nicht vorbei. Nun geht es darum, zum einen das Projekt auszubauen und zum anderen, es gegen die Tendenz, es wieder abzuschaffen, zu verstetigen. Gerade zu Beginn ist es aufgrund der Unbekanntheit neuer Konzepte einfach, solche Projekte wieder zu beenden. Je länger eine Veränderung aber besteht, um so mehr gewöhnen sich die Menschen daran und so stabiler werden die Veränderungen. Wenn jetzt nach 5 Jahren der Anonyme Krankenschein wieder abgeschafft werden würde, würden fast alle Ärzt:innen das bemerken und sich darüber aufregen.

Auch das Ausbauen von Projekten innerhalb des Systems ist dabei der einfachere Weg, als gleich auf ein Maximalziel zu bestehen. So wurde uns zu Beginn ein eher kleines Budget für die Behandlung von Menschen ohne Krankenversicherung gewährt, die Arbeitsbedingungen für die dort Arbeitenden waren aufgrund des geringen Budgets sehr schlecht und gleichzeitig das Bezahlen stationärer Behandlungen über einen anonymen Krankenschein untersagt.

Aber in den folgenden Jahren wurde das Budget des Projektes, gerade weil der Bedarf nachweisbar wurde, immer weiter erhöht, so dass jetzt viel mehr Menschen geholfen werden kann.

Auch die Arbeitsbedingungen für die Angestellten haben sich verbessert und schon nach einem Jahr konnten wir anfangen, stationäre Behandlungen zu übernehmen, die als Kompromiss im ersten Jahr noch aus unserem Konzept entfernt worden waren.

All das braucht eine stetige Unterstützung, am besten auch von Strukturen, die nicht von staatlichen Geldern abhängig sind. Denn wenn ein Projekt erst einmal innerhalb des Systems etabliert worden ist, kann es nur noch schwer gegen die Verhältnisse rebellieren.

Deshalb empfehlen wir, für jede Idee, die innerhalb des bestehenden Systems verwirklicht werden soll, eine neue Struktur zu schaffen. In unserem Fall haben wir einen neuen Verein für das Projekt gegründet und sind als MediNetz Jena weiter unabhängig geblieben. Und wir können uns für andere Menschen ehrenamtlich einsetzen, die anders diskriminiert werden, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem kritisieren oder sogar Gruppen in anderen Ländern bei der medizinischen Versorgung unterstützen.

Ein weiterer Erfolg ist, dass dadurch, dass dieses Projekt jetzt gut läuft, auch diverse andere Kommunen oder Länder ähnliche Projekte begonnen haben oder dies planen, so dass auch dort immer weniger Menschen sich ehrenamtlich um Menschen ohne Krankenversicherung kümmern müssen und Zeit für andere Projekte haben.

Und die Revolution?

Am Ziel sind wir damit noch lange nicht. Denn erst wenn alle Menschen gleich behandelt werden, ohne Einschränkungen und nach ihren Bedürfnissen, sehen wir als MediNetz unser Ziel eines menschenrechtsgerechten Gesundheitssystems erreicht. Und vielleicht braucht es dafür wirklich eher eine Revolution als kleine Schritte für einzelne besonders Benachteiligte.

Aber bis dahin können wegen dieser Projekte hunderte Menschen weiterleben. Und für sie ist es revolutionär, dass sie nicht auf dem Weg der Revolution geopfert werden.

Und wer weiß, vielleicht kann man auch in anderen Bereichen durch eine Reformation der bestehenden Systeme so viel verändern, dass es einem irgendwann wie eine Revolution vorkommt. Ganz ohne Blutvergießen, Hunger und Zerstörung.

** Mehr Informationen zum Anonymen Krankenschein in Thüringen: www.aks-thueringen.de*
** Informationen zu ähnlichen Initiativen in ganz Deutschland, die daraufhin entstanden sind: www.anonymer-behandlungsschein.de*

Klimaschutz heißt Pazifismus

Das Militär – der größte Klimasünder?

Bruno Kern Krieg und Militär seien, so kann man es immer wieder vor allem von friedenspolitischen Organisationen hören, die größten Verursacher von Treibhausgasen und Umweltzerstörung. Insinuiert wird mit solchen populistischen Slogans natürlich, dass allein Abrüstung und Entmilitarisierung zugleich auch das größte derzeitige Menschheitsrisiko, die Klimakatastrophe, beseitigen könnten. Indirekt wird damit kleingeredet, vor welch tiefgreifender gesellschaftlicher Transformation wir stehen und wie sehr alle unsere Lebensbereiche davon betroffen sein werden. Wie so oft, sind auch hier die Zusammenhänge nicht so schlicht, wie man es gern hätte.

Welchen direkten Einfluss haben Rüstung, Militär und Krieg tatsächlich auf das Klima? Das genau zu beziffern ist kaum möglich: Die internationalen Klimakonventionen klammern diesen Bereich völlig aus, sehen weder Emissionsziele noch Berichtspflichten hierfür vor. Dasselbe gilt für nationale Klimaschutzberichte. Die energieintensive Produktion der Rüstungsfirmen unterliegt keiner umfassenden Rechenschaftspflicht. Dennoch lassen sich aus den vorliegenden Teilstudien seriöse Schätzungen ableiten. Der derzeitige UN Generalsekretär António Guterres hat immer wieder öffentlich geäußert, dass Rüstung und Militär für etwa 5 bis 6 % der Treibhausgase weltweit verantwortlich seien. Legt man das zugrunde, worüber uns Einzeluntersuchungen Aufschluss geben, dann dürfte er mit dieser Einschätzung einigermaßen richtig liegen.

Neta Crawford von der Boston University errechnet, dass allein die Einsätze des US-Militärs im Jahr 2017 59 Mio. t CO_2 verursachten. Rechnet man die Emissionen der Rüstungsindustrie dazu, so kommt man für den Zeitraum 2011 bis 2017 auf einen Durchschnittswert von 153 Mio. t im Jahr. (Zum Vergleich: Deutschland emittiert im Jahr etwa 800 Mio. t CO_2).[1] Stuart Parkinson von der US-amerikanischen Organisation Scientists for Global Responsibility (SGR) hingegen beziffert die CO_2-Emissionen des US-Militärs aufgrund akribischer Recherchen auf 250 Mio t (hier sind die etwa 800 Militärbasen, die die USA weltweit unterhalten, einbezogen), die Großbritanniens auf immerhin noch 11 Mio. t.[2]

Ist dies in Bezug auf die Klimakatastrophe nun eine eher zu vernachlässigende Größenordnung? Keineswegs! Vor dem Hintergrund der verzweifelten Lage, in der wir uns inzwischen befinden, können wir uns dieses Ausmaß an Energie- und Ressourcenverschwendung nicht mehr leisten. Die letzten IPCC-Berichte machen uns darauf aufmerksam: Die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze bezüglich der durchschnittlichen Erderwärmung wäre nur möglich, wenn wir bereits in diesem Jahrzehnt und dann auch in den darauf folgenden Dekaden den CO_2-Ausstoß weltweit halbieren und zusätzlich Kohlendioxid mittels bislang kaum erprobter Techniken aus der Atmosphäre holen. Reduktionen in diesem Ausmaß würden nur durch einen konsequenten, drastischen industriellen Rückbau in den reichen Ländern gelingen. Damit stehen eben nicht zuletzt Rüstung und militärische Infrastruktur zur Disposition.

Dazu kommt: Die immensen Rüstungsausgaben stehen natürlich in Konkurrenz zu den finanziellen Anstrengungen für den Aufbau der Infrastruktur einer dekarbonisierten Wirtschaft, für die soziale Abfederung der Transformation und für die Abmilderung von Folgen der Klimakatastrophe. Das renommierte Stockholmer Institut SIPRI hat die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahr 2019 auf knapp 2 Billionen US-Dollar beziffert.[3] Die Tatsache, dass man in Deutschland im Gegenzug zu den absurden Aufrüstungsplänen, die zudem im Grundgesetz verankert werden sollen, den Entwicklungshilfeetat deutlich gekürzt hat, spricht wohl für sich.

heißt Klimaschutz

Sicherheitsrisiko Klimakatastrophe

Ausgerechnet hochrangige Militärstrategen scheinen ein besonders geschärftes Bewusstsein dafür zu haben, welch hohes Sicherheitsrisiko die Klimakatastrophe darstellt. So bezeichnete der ehemalige US-Verteidigungsminister Chuck Hagel bereits im Jahr 2014 die Klimakatastrophe als „‚Bedrohungsmultiplikator' [...], weil sie das Potenzial hat, viele der Herausforderungen, mit denen wir bereits heute konfrontiert sind – von Infektionskrankheiten bis hin zu bewaffneten Aufständen – zu verschärfen ..."[4] Inzwischen kann diese Aussage jeder einigermaßen aufmerksame Zeitungsleser nachvollziehen. Der Konflikt im Südsudan galt vielen als der „erste Klimakrieg", und der grausame Bürgerkrieg in Syrien begann bekanntermaßen im Jahr 2011 mit zunächst friedlichen Protesten angesichts einer klimabedingten Dürre.

Michael T. Klare, der weltweit renommierteste Analytiker des US-Militärs, verweist auf das erhebliche Risiko bevorstehender Kriege um die Ressource Wasser (etwa zwischen den Anrainern des Flusses Brahmaputra, unter anderem Indien und China), auf die Klimakatastrophe als Fluchtursache und auf die Gefahr, dass im Zuge von massiven Umweltkatastrophen vermehrt „ungoverned spaces", Regionen außerhalb jeder Regierungskontrolle, entstehen könnten, die ebenfalls ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Ebenso macht er aber darauf aufmerksam, dass im Pentagon hochrangige Militärs die Aufgabe der Landesverteidigung angesichts der zu erwartenden Katastrophenszenarien für zunehmend unmöglich erachten.[5] Für einiges Aufsehen sorgte der bereits im Jahr 2004 veröffentlichte Yoda-Report, der die damalige Bush-Regierung (die den Klimawandel in Abrede stellte) in Verlegenheit brachte. Diese von Andrew Marshall (Spitzname „Yoda" aufgrund seiner Beteiligung am Star-Wars-Programm) und Peter Schwarz für das Pentagon erstellte Studie bezeichnet die Klimakrise als größte Bedrohung der Sicherheit und entwirft ein apokalyptisch anmutendes Szenario, das aus heutiger Sicht als nur allzu realistisch erscheint. Unter dem Druck zusammenbrechender Nahrungsketten könnten, so die Studie, Länder mit labilen Regierungen wie Pakistan oder Russland versucht sein, im Kampf um Nahrung und Rohstoffe ihre Nuklearwaffen einzusetzen. Die Welt könnte innerhalb weniger Dekaden in Anarchie versinken.[6] Eine konsequente, radikale Klimapolitik ist angesichts solcher Szenarien die beste Friedenspolitik. Umgekehrt gilt aber auch: Die große Gefahr, dass Klimaveränderungen zu bewaffneten Konflikten bis hin zur nuklearen Eskalation führen können, macht präventive Abrüstung zum Gebot der Stunde.

Der Kampf um schwindende Ressourcen

Wir befinden uns in einer Zangengriffkrise: Zur abnehmenden Tragfähigkeit unserer Ökosysteme und zur kaum mehr aufzuhaltenden Erderwärmung gesellt sich der rapide Schwund nicht erneuerbarer Ressourcen, allen voran fossiler Energien. Diese Ressourcenklemme behindert gleichzeitig den Ausbau einer Infrastruktur erneuerbarer Energien, der ja seinerseits zunächst auf einen erheblichen EnergieInput angewiesen ist. Wiederum sind es Militärs, die das große Sicherheitsrisiko erkannt haben, wenn wir, anstatt den industriellen Rückbau gezielt einzuleiten und solidarisch zu gestalten, den wahrscheinlichen Zusammenbruch der Ökonomie in Kauf nehmen. So heißt es etwa in einer sicherheitspolitischen Studie der Bundeswehr aus dem Jahr 2010: „Der Peak Oil kann dramatische Konsequenzen für die Weltwirtschaft haben. Das Ausmaß dieser Konsequenzen wird sich – nicht nur, aber eben auch – durch einen Rückgang des Wachstums der Weltwirtschaft messen lassen. [...] Ein ökonomischer Tipping Point besteht dort, wo – zum Beispiel infolge des Peaks – die Weltwirtschaft auf unbestimmte Zeit schrumpft. In diesem Fall wäre eine Kettenreaktion die Folge, die das Wirtschaftssystem destabilisiert. [...] Mittelfristig bricht das globale Wirtschaftssystem und jede marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft zusammen [...] Eine auf unbestimmte Zeit schrumpfende Wirtschaftsleistung stellt einen höchst instabilen Zustand dar, der unumgänglich in einem Systemkollaps endet. Die Sicherheitsrisiken einer solchen Entwicklung sind nicht abzuschätzen .[7]

Die Konkurrenz um die schwindenden fossilen Ressourcen ist spätestens seit Beginn unseres Jahrhunderts eine treibende Kraft der Geopolitik. Der nach dem damaligen US -Vizepräsidenten so genannte Cheney-Report vom Mai 2018 dokumentiert, dass der Zugang zu den weltweiten Ölquellen ein integraler Bestandteil der US-Militärstrategie und Außenpolitik ist. Dabei wird das Streben nach Versorgungssicherheit immer konflikttrπächtiger. Die Interessen der Großverbraucher (EU, China, Indien, Japan, USA) treffen vor allem in Zentralasien und am kaspischen Meer zusammen. Für die EU und insbesondere Deutschland sind überdies die russischen Gasreserven von Bedeutung, die allerdings ihr Fördermaximum bereits überschritten haben dürften.

Auch die NATO hat spätestens mit ihrer neuen Doktrin anlässlich ihres fünfzigjährigen Bestehens ihr Verständnis von „Verteidigung" im konventionellen Sinn hintenangestellt und sich zu einem Instrument der militärischen Durchsetzung ökonomischer Interessen, näherhin der Sicherung von Handelswegen und des Zugangs zu Rohstoffen, entwickelt. Insbesondere die USA drängten auf die strategische Orientierung auf mögliche Krisen in der Golfregion und in der Straße von Taiwan. Mit der Selbstmandatierung der NATO für Einsätze außerhalb ihres Bündnisgebietes hat sich das Bündnis von völkerrechtlichen Vorgaben verabschiedet.[9] Die Orientierung hin auf die militärische Absicherung ökonomischer, Handels- und Rohstoffinteressen wurde seither regelmäßig in den „Strategischen Konzepten" bis hin zum jüngsten aus dem Jahr 2010 bestätigt. Darin heißt es etwa: „Alle Länder sind zunehmend auf die lebenswichtigen Kommunikations-, Transport- und Transitwege angewiesen, auf die sich der Welthandel, die Energiesicher-

heit und der Wohlstand stützen. [...] Einige NATO-Staaten werden, was ihren Energiebedarf angeht, immer stärker von ausländischen Energieversorgern und in einigen Fällen von ausländischen Energieversorgungs- und Verteilernetzen abhängig. Da ein immer größerer Teil des weltweiten Verbrauchs rund um den Globus transportiert wird, ist die Energieversorgung immer störungsanfälliger." Deshalb, so die Konsequenz, müsse die NATO „die Fähigkeit entwickeln, zur Energiesicherheit beizutragen, auch durch den Schutz kritischer Energieinfrastruktur und von Transitgebieten und -routen".[10]

Es sei daran erinnert, dass sich seinerzeit Bundespräsident Horst Köhler aufgrund heftiger öffentlicher Kritik zum Rücktritt veranlasst sah: Er hatte schlicht das ausgesprochen und als „selbstverständlich" affirmiert, was jeder nachlesen konnte: dass sich die NATO als militärisches Bündnis der Sicherung der Grundlagen unseres „Wohlstands" versteht. Auch die EU bereitet sich seit Langem schon auf Kriege um Ressourcen vor. Bereits im Jahr 2004 hat das ISS (Institute for Security Studies) im Auftrag des EU-Rates ein Strategiepapier, das European Defense Paper, vorgelegt, das konkrete militärische Planspiele zur Rohstoffsicherung enthält. Der „Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen" wird darin als ein „vitales Interesse" der EU und als eines der wichtigsten Ziele von Militärinterventionen definiert. Die EU, so die Verfasser des Papiers, müsse „Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen" führen. „Humanitäre Interventionen" seien auf bis zu 5000 km um die Hauptstadt Brüssel zu beschränken. Allerdings: Innerhalb dieses Radius befinden sich sämtliche Ölstaaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie die Öl- und Gasfelder am Kaspischen Meer.[11]

Bestätigt wurde dieser Kurs in jüngerer Zeit auf einer Konferenz des ISS zusammen mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) im Dezember 2021. Der Klimawandel wurde hier unter anderem unter dem Gesichtspunkt des Zugangs zu Ressourcen debattiert. Bereits 2019 erörterten die EU-Verteidigungsminister den „geostrategischen Wettbewerb um Ressourcen und Seewege" in einer künftig vom Eis befreiten Arktis.[12]

Ein neuer (Öko-) Imperialismus?

Der schwierige Transformationsprozess hin zu einer Ökonomie auf der Basis erneuerbarer Energien verschärft allerdings die Kriegsgefahr aufgrund der Konkurrenz um Rohstoffe erheblich. Die Umstellung auf CO_2-freie Verfahren und der Ausbau erneuerbarer Energien ist nicht zuletzt mit einem Bedarf an knappen Rohstoffen verbunden: Neodym (für die Generatoren von Windrädern), Grafit, Kobalt und Lithium für Batterien ... Bereits jetzt spielt das Militär in vielen Regionen der Welt eine wichtige Rolle zur Absicherung von Bergbau- und anderen Infrastrukturprojekten, wenn diese auf den Widerstand der lokalen Bevölkerung stoßen. Gerade der Rohstoffbedarf für eine dekarbonisierte Ökonomie könnte diese Tendenz noch verstärken, wenn etwa die Lithium-Gewinnung lokal zu akutem Wassermangel führt. Es eröffnet sich damit aber auch ein neues Feld der Konkurrenz der Großverbraucher.

Dass China sich einen großen Teil der Lizenzen für den sehr knappen, aber künftig essenziellen Rohstoff Lithium gesichert hat, ist inzwischen bekannt. „Grüner Wasserstoff" könnte in naher Zukunft ein zentrales internationales Konfliktfeld eröffnen. Will man die Ökonomie der reichen Industrieländer auf gegebenem Niveau dekarbonisieren, so sind dafür riesige Mengen von grünem, also mittels Elektrolyse aus Wasser erzeugtem Wasserstoff und hierfür wiederum entsprechende Mengen an Strom aus erneuerbaren Quellen erforderlich. Die Umstellung etwa der deutschen Stahlproduktion, das heißt die Ersetzung des Reduktionsmittels Koks durch Wasserstoff, würde einen Mehrbedarf von 130 TWh bedingen, die Umstellung der Chemieindustrie würde 685 TWh zusätzlichen Strom erfordern, also deutlich mehr als die gesamte heutige Stromproduktion.[13]

Sowohl die EU-Wasserstoffstrategie als auch die entsprechende deutsche sehen deshalb Importe in großen Mengen vor. Neben Saudi-Arabien, Russland, der Ukraine, Chile, Island und Australien spielen hierfür vor allem Marokko sowie ganz Westafrika aufgrund seiner großen Potenziale von Sonne- und Windenergie eine große Rolle. Das inzwischen gescheiterte Desertec-Projekt in der Sahara, ein Parabolrinnenkraftwerk, das mit einem kaum vorstellbaren Materialinput lediglich 15 % des Strombedarfs der EU decken sollte, lässt erahnen, dass die entsprechenden Potenziale wahrscheinlich deutlich überschätzt werden. Dazu kommt, dass der Effizienzgrad je nach Nutzung sehr niedrig ist.

Von der ursprünglich eingesetzten Energie bleiben nach Verflüssigung, Transport und den Umwandlungsprozessen in Elektrizität und zum Beispiel in kinetische Energie weniger als 20 % des ursprünglichen Energieinputs übrig.[14] Vor allem aber braucht man für die Erzeugung von grünem Wasserstoff nicht nur entsprechend viel Energie aus erneuerbaren Quellen, sondern große Mengen an Süßwasser (die Entsalzung von Meerwasser würde ja die Energiebilanz zusätzlich verschlechtern), das gerade in den afrikanischen Ländern, die über viel Sonne und Wind verfügen, ein sehr knappes Gut ist! Marokko und die westafrikanischen Gebiete südlich der Sahara leiden unter einer mehr als dreißig Jahre anhaltenden Trockenperiode. Wasser ist vor allem in Form einer fossilen Ressource als Grundwasser verfügbar. Die entsprechende Nutzung für die Wasserstofferzeugung steht in direkter Konkurrenz zum Wasserbedarf für Landwirtschaft und Begrünung.

Die Ressourcen, auf die die Verbraucher hier zugreifen wollen, um ihr Niveau an Industrialisierung aufrechtzuerhalten, sind also so knapp, dass harte Konkurrenzkämpfe zu befürchten sind, die in kriegerische Auseinandersetzungen münden könnten. Der starke Einfluss Chinas auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch die Verwurzelung Frankreichs in Westafrika aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit bergen ein erhebliches Konfliktpotenzial.



Soziale Verteidigung als Alternative

Das Völkerrecht erkennt das Recht auf militärische Verteidigung bei einem Angriffskrieg an. Jenseits dieser juristischen Ebene aber ist die Frage nach Rationalität und ethischer Verantwortbarkeit einer solchen militärischen Verteidigung zu stellen. Angesichts des heutigen Potenzials an Destruktivkraft auch bereits unterhalb der Schwelle von Massenvernichtungswaffen und der zu erwartenden Opfer an Menschenleben und angesichts der Gefahr einer atomaren Eskalation ist auch militärische „Verteidigung" keine sinnvolle und verantwortbare Option mehr. Die Alternative ist aber keineswegs Wehrlosigkeit. Die Friedensforschung hat bereits in den Fünfzigerjahren das Konzept der Sozialen Verteidigung entwickelt.

Es geht davon aus, dass ein Aggressor nicht einfach ein Territorium besetzen will, sondern danach vor allem die Bevölkerung eines Landes kontrollieren muss. Genau hier eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten der Nichtkooperation mit dem Aggressor, der Verweigerung, des zivilen Ungehorsams, von Generalstreiks, etc., die letztlich die gewaltsame Besetzung eines Landes für den Aggressor unattraktiv machen. Es gibt zahlreiche historische Beispiele für den Erfolg dieser gewaltfreien Strategie. Natürlich ist sie mit keiner Erfolgsgarantie verbunden, aber das ist die hoch riskante militärische „Verteidigung" schließlich auch nicht. Angesichts des hohen Blutzolls und angesichts der Gefahr einer atomaren Vernichtung erweist sich jede militärische Antwort als „ultima irratio". Wer sich in die militärische Logik hineinbegibt, kommt letztlich in ihr um. Wer auf dem Recht auf militärische Vereidigung beharrt, wird konsequenterweise auch weitere Aufrüstung akzeptieren müssen. Die einzig legitime militärische Intervention ist heute die militärische Sicherung von Fluchtkorridoren bei einem drohenden Genozid durch direkt der UNO unterstellte Truppen (also nicht wie bisher durch nationale Kontingente). Auch wer für eine militärische Antwort auf einen Aggressor plädiert, affirmiert damit letztlich das Recht des Stärkeren. Die Menschheit ist um ihres Überlebens Willen darauf angewiesen, diese Logik hinter sich zu lassen.[15]

Unmittelbare politische Konsequenzen

►Voraussetzung für die Friedenssicherung ist eine konsequente Klimapolitik, die vor allem auf Suffizienz setzt und die den unausweichlichen industriellen Rückbau solidarisch und geplant gestaltet, anstatt einen Zusammenbruch der Ökonomie zu riskieren.

►Vor allem mit Ländern, die zu einem großen Teil vom Export fossiler Energien abhängig sind, sind – bilateral oder im Rahmen internationaler Vereinbarungen – Energiepartnerschaften auszuhandeln, die eine planvolle Reduktion und eine Umstellung auf erneuerbare Energien ermöglichen und damit Instabilitäten vorbeugen.

►Die Bundesrepublik muss die NATO, deren Zweck es nach eigenem ausdrücklichen Selbstverständnis ist, geopolitische Interessen militärisch durchzusetzen, verlassen und außenpolitisch auf deren Auflösung und Ersetzung durch andere kollektive Sicherheitssysteme hinwirken.

►Die Rüstungsproduktion ist vollständig einzustellen. Es ist an Absurdität kaum zu überbieten, sich mit einem erheblichen Ressourcenaufwand auf Kriege um knapper werdende Ressourcen vorzubereiten. Der Gesetzgeber hat es in der Hand, durch ein ausnahmsloses Exportverbot und die Einstellung der eigenen Beschaffung die Rüstungsproduktion zu beenden. Nach Möglichkeit sind Konversionskonzepte zu erarbeiten.

►Anzustreben ist eine Bundesrepublik ohne Armee, da im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen militärische Verteidigung keine sinnvolle und verantwortbare Option mehr ist. Die frei werdenden menschlichen, technischen, materiellen und finanziellen Ressourcen werden dringend benötigt, um die ökologische Krise und deren Folgen zu bewältigen.

►Für die Erreichung dieser Ziele ist ein Zusammenschluss des pazifistischen Teils der Friedensbewegung mit dem radikalisierten, nicht bloß auf technische Lösungen fixierten Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung nötig. Möglichst zu gewinnen sind progressive Teile der Zivilgesellschaft, progressive Teile von Kirchen und ArbeitnehmerInnenorganisationen, etc.

*1 Andres, Jaqueline, Krieg und Klima. IMI-Analyse 2020/34: www.imi-online.de/2020/07/21/krieg-und-klima/
*2 https://umwelt-militaer.org/militaer-klimawandel-cop26/ (aufgerufen am 7. 4. 2022).
*3 Vgl. dazu Anm. 1. *4 Anm. 2.
*5 How the Pentagon Thinks About the Climate Crisis. Professor and author Michael T. Klare explores how the U.S. Military is preparing for climate change in his new book „All Hell Breaking Loose", in: Rolling Stone, September 2019: www.rollingstone.com/politics/politics-features/how-the-pentagon-thinks-about-the-climate-crisis-887832/ (aufgerufen am 7. 4. 2022).
*6 Spiegel online, 22. Februar 2004:www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,287518,00.html
7 Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Hamburg 210, 47–50.
8 Vgl. dazu vor allem Zumach, Andreas, Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?, Köln 22005, 100–113.
9 Andreas Buro, Die NATO – ein Instrument zur Absicherung wirtschaftlicher Expansion: https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/die-nato-ein-instrument-zur-absicherung?fbclid=IwAR02USvV8qiBnG7nF7avuPrCsOgYYHn1zWaOvnxkshUbhft2Lw_vAmTv3cQ#block-nodeblock-16956 (aufgerufen am 7. 4. 2022).
10 www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/strat/strat-konzept-2010.html (aufgerufen am 7. 7. 2022).
11 Zumach, Die kommenden Kriege, aaO., 132–138.
12 www.german-foreign-policy.com/news/detail/8818/ (aufgerufen am 7. 4. 2022).
13 Roadmap Chemie 2050. Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland. Eine Studie von DECHEMA und FutureCamp für den VCI, September 2019.
14 Vgl. dazu Bruno Kern, Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich 22020, 75. 81.
15 Mit anderen Waffen. Die Pazifistin Christine Schweitzer ruft die Ukraine zu sozialer statt militärischer Verteidigung auf. Warum dies weder naiv noch ignorant ist: www.nd-aktuell.de/artikel/1162475.gewaltfreier-widerstand-im-ukraine-krieg-mit-anderen-waffen.html?fbclid=IwAR3RdjpHjU6I3ApVERy564v2YSGP2tCsdBbrzAVWOmjdPXw41iFGPaAfeow (aufgerufen am 7. 4. 2022).

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 31.01.23

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Quellenangaben und weiterführende Links zu den Artikeln befinden sich auf der grünen blatt-Internetseite.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Laufzeitverlängerung - sinn

Am 27.09.2022 erklärte Wirtschaftsminister Habeck (Grüne), dass er einen Weiterbetrieb der beiden Atomkraftwerke (AKW) Ohu 2 (Isar 2) und Neckarwestheim 2 über den 31.12.2022 hinaus "Stand heute" für nötig halte.[1] Gleichzeitig veröffentlichte er seine Vereinbarungen mit den beiden AKW-Betreibern für den Weiterbetrieb.[2] Ob dies das letzte Wort sein wird, ist fraglich. Kurz vor Ende der Atomenergienutzung in Deutschland wittern Verfechter der Atomkraft Morgenluft angesichts möglicher Energieengpässe durch den Ukrainekrieg und die verhängten Sanktionen gegen Russland.

Jahrelang wurde versucht, Atomkraft wieder hoffähig zu machen, indem der Atomstrom als billig und klimafreundlich deklariert wurde - von denselben Akteur*innen, die einen Energiepreisdeckel oder ein Tempolimit ablehnen.[3] Nachdem in der aktuellen Debatte auch der Verweis auf die Probleme bei der Gasversorgung nicht so richtig gezogen hat, da Atomkraft die Wärmeversorgung durch das Gas kaum ersetzen kann, ist das neue Argument die Solidarität mit Frankreich bzw. die Netzstabilität, die durch die desolate Atompolitik Frankreichs in Frage stehen würde. Eine Laufzeitverlängerung für AKW ist für die Energiesicherheit unnötig, hochriskant und senkt die Abhängigkeit von Russland in keiner Weise.

Frankreichs Desaster

Die Stromproduktion in Frankreich liegt aufgrund einer völlig verfehlten, einseitig auf Atomkraft setzenden Energiepolitik ziemlich darnieder. Seit Beginn 2022 wird bis auf wenige Ausnahmen täglich Strom aus Deutschland nach Frankreich in einer Größenordnung von bis zu über 100 Gigawattstunden (GWh) exportiert. Ein konventionelles oder nukleares Großkraftwerk erzeugt ca. 20 bis knapp 30 GWh pro Tag. Die deutschen AKW (und mindestens ein weiteres Kraftwerk) laufen also rechnerisch nur für den Export und stützen so die verfehlte Atomenergiepolitik Frankreichs, die trotz der offensichtlichen Probleme mit den Reaktoren weiterhin auf Atomkraft statt auf Erneuerbare Energie setzt.

Die Rolle der Grünen

Befeuert wurde die Debatte um die Laufzeitverlängerung durch Grünen-Politiker*innen. So erklärte beispielsweise die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Katrin Göring-Eckardt (Grüne), bereits am 24.7.2022 in einer Talkshow, dass Atomkraft notwendig werden könnte, um die Stromversorgung von Krankenhäusern aufrecht zu erhalten.[4] Selbst bei etwaiger Knappheit wird hier in Anbetracht der Kapazitäten Deutschlands ein unrealistisches (Horror-)Szenario aufgemalt, das Ängste schürt, anstatt eine zielorientierte Energiewende-Debatte voranzubringen.

Ebenfalls im Juli 2022 haben SPD und Grüne der Stadt München im Aufsichtsrat der Stadtwerke München beschlossen, sich für einen Weiterbetrieb des AKW Ohu 2 einzusetzen. Die Stadtwerke München halten 25% an dem AKW. Die restlichen 75% sind im Besitz der PreussenElektra GmbH, einer 100%igen Tochter des E.ON-Konzerns. Die 2. Bürgermeisterin in München, Katrin Habenschaden (Grüne), verteidigte ihre Entscheidung gegenüber dem Bayerischen Rundfunk: „Die Versorgungssicherheit der Münchnerinnen und Münchner hat da für mich wirklich Vorrang".[5]

Die für die Atomaufsicht und Reaktorsicherheit zuständige Grüne Umweltministerin Lemke hält sich bedeckt. Der Grüne Wirtschaftsminister führt seine Partei Stück für Stück aus der Ablehnung der Atomenergienutzung heraus, immer mit dem Verweis auf angebliche objektive Sachzwänge. So durften die Entscheidung für einen Reservebetrieb die Übertragungsnetzbetreiber begründen.

Im Wesentlichen außen vor bleibt dabei das Stromeinsparpotential, das in vielen Bereichen auf der Hand liegt. Auch eine stundenweise Reduzierung stromintensiver Produktion wäre ein Beitrag zur Netzstabilisierung. Während es im Gassektor bereits Vorkehrungen für eine eventuelle Rationierung von Gas gibt, ist dies im Stromsektor nicht der Fall.

AKW als Reserve?

Wirtschaftsminister Habeck hat im Juli 2022 die vier Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Amprion, Tennet und Transnet BW mit einem sogenannten "Stresstest" beauftragt. Sie sollten erklären, ob und wie die Stromnachfrage im Winter gedeckt und die Netzstabilität erhalten werden kann.

Im Stresstest[10] wurden nach Vorgaben des Wirtschaftsministeriums verschiedene Szenarien geprüft. Parameter waren die Verfügbarkeit französischer AKW, mögliche Einschränkungen bei der Versorgung deutscher Kraftwerke mit Kohle auf dem Wasserweg wegen dauerhaften Niedrigwassers, Nicht-Verfügbarkeit von Gaskraftwerken, extreme Kälte und ein deutlich erhöhter Verbrauch durch elektrische Heizlüfter. Ergebnis: Je nach Szenario kann es im Winter stundenweise zu Netzengpäs-



los, gefährlich und teuer

sen kommen. Dagegen soll ein Bündel an Maßnahmen helfen. Laut Minister Habeck gehört dazu auch, die beiden AKW Ohu 2 und Neckarwestheim 2 am 31.12.2022 nicht endgültig abzuschalten, sondern in die Reserve zu überführen bzw. weiterzubetreiben. Und das, obwohl die AKW nur einen extrem kleinen Beitrag leisten könnten und selbst in einem sehr kritischen Strombedarfsszenario im Winter den Bedarf an Redispatchkraftwerken im Ausland nur um 0,5 GW senken können und nicht um die Nennleistung der AKW.[10]

Streckbetrieb

Das Zauberwort in dieser Debatte um eine Laufzeitverlängerung: „Streckbetrieb". Bei einem Streckbetrieb, der bereits in anderen AKW im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Laufzeit durchgeführt wurde, nimmt durch eine bewusste Reduktion der Kühlmitteltemperatur die Dichte des Kühlmittels im Reaktor zu. Die Neutronen werden besser abgebremst, wodurch mehr Neutronen für die Spaltung zur Verfügung stehen. Diesen Effekt macht man sich zu Nutze und betreibt den Reaktor über sein natürliches Zyklusende hinaus. Dadurch wird die Neutronen-Moderation verbessert und man kann ein bisschen mehr Energie aus dem Brennstoff rausholen als beim Betrieb mit 100 % Leistung. Die Stromproduktion wird durch Streckbetrieb nicht nur in die Länge gezogen, sondern insgesamt leicht erhöht. Das bringt nicht viel an zusätzlicher Energie. „Ein solcher Betrieb ist für mindestens 80 Tage realisierbar. Da ein Reaktorblock im Streckbetrieb täglich ca. 0,5 % seiner Leistung einbüßt, wäre er nach 80 Tagen noch bei ca. 60 % seiner ausgelegten Leistung."[11]

Laut dem niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies sind die Brennelemente im AKW Lingen 2/Emsland zum Ende des Jahres aufgebraucht.[12] Anders sieht die Situation beim bayerischen AKW Ohu 2 und baden-württembergischen Neckarwestheim 2 aus.

AKW Ohu 2

Am 07.09.2022, nur zwei Tage, nachdem Habeck erklärte, Ohu 2 in die Reserve überführen zu wollen, wandte sich der Chef von PreussenElektra gegen die Pläne des Ministers. Knott erklärte in einem Brandbrief an Minister Habeck, dass in einem Streckbetrieb „ein flexibles Anheben oder Drosseln der Leistung nicht mehr möglich ist". Minister Habeck fühlte sich missverstanden und stellte klar, dass es nicht um ein beliebiges Zu- und Abschalten der beiden AKW gehe, sondern dass im Dezember bzw. Januar die Lage erneut beurteilt und entschieden werde, ob sie in Streckbetrieb gehen sollten und dann für die folgenden Wochen in Betrieb bleiben würden - unabhängig, ob dies für die Versorgung bzw. Netzstabilität tatsächlich nötig sei.[14]

Zwei Wochen später wurde bekannt, dass es eine Leckage an einem Sicherheitsventil in Ohu 2 gibt. Nachdem PreussenElektra noch im August betont hatte, dass es kein Problem wäre, Ohu 2 bis Ende 2022 unter Volllast zu fahren und anschließend in den Streckbetrieb zu überführen, erklärt der Betreiber nun, dass das Ventil für den Streckbetrieb ausgetauscht werden muss und zwar noch im Oktober: "Bis 31. Dezember bereite das keine Probleme, die Anlage könne sicher weiterlaufen. Ganz anders sehe das bei einem möglichen Betrieb bis Mitte April aus - dann sei eine Reparatur fällig, und das rasch, noch im Oktober. Grund: Schon im November hätten die Brennelemente des Reaktorkerns "eine zu geringe Reaktivität, um die Anlage aus dem Stillstand heraus dann wieder hochzufahren".[15]

In der Vereinbarung zwischen dem Wirtschaftsminister und den Betreibern werden die Reserven nach unten korrigiert. Das leckende Ventil soll im Oktober in einem einwöchigen Stillstand ausgetauscht werden. Der Reaktor wird dann wieder weiterbetrieben. Im Dezember entscheidet der Wirtschaftsminister, ob das AKW Ohu 2 in den Streckbetrieb gehen soll. Falls ja, werde dieser vermutlich bis Anfang März aufrechterhalten werden können, mit anfangs 95 % und am Ende 50 % Leistung und ca. 2 TWh Stromproduktion.[2]

AKW Neckarwestheim 2

Das AWK Neckarwestheim 2 soll zum 31.12.2022 abgeschaltet und der Reaktorkern anschließend innerhalb von 2-3 Wochen rekonfiguriert werden. Im Dezember entscheidet der Wirtschaftsminister, ob das AKW Neckarwestheim 2 in den Streckbetrieb gehen soll. Im Januar wird diese Entscheidung nochmals überprüft. Es könnte dann bis zum 15.04.2023 weiterlaufen, mit anfangs 70 % und am Ende 55 % Leistung und ca. 1,7 TWh Stromproduktion.[2]

Neckarwestheim 2 steht seit Jahren in der Kritik wegen der enormen Versprödung sicherheitsrelevanter Bauteile. Bisher wurden mehr als 300 Risse in den Rohren der Dampferzeuger entdeckt. Sie können zum Abriss der Rohre führen und einen schweren Kühlmittelverluststörfall auslösen, der bis zur Kernschmelze führen kann.[16]

Sicherheitsüberprüfung

Es gibt gute Gründe gegen den Weiterbetrieb der AKW, allen voran das Risiko einer Atomkatastrophe. Die AKW weisen erhebliche Alterungsprobleme auf. Die periodische Sicherheitsüberprüfung, die vor drei Jahren hätte stattfinden müssen, wurde den Betreibern erlassen wegen der Beendigung des Betriebes spätestens Ende 2022.[17]

Ursula Schönberger,
Projektleiterin Atommüllreport

Erstveröffentlicht im Atommüllreport.



Die ungekürzte Fassung des Artikels sowie die Fußnoten finden sich in seiner Onlinefassung auf der Internetseite des grünen blatts.



Atomkraft im Krieg

fb "Atomkraftwerke sind Bomben, die zeitweise Strom erzeugen", stand auf einem Plakat, das 2002 bei Protesten gegen die Jahrestagung des Deutschen Atomforums in Stuttgart gezeigt wurde. Damit sollte vor allem auf die Unfallgefahr im "Normalbetrieb" hingewiesen werden. Dass jedes Atomkraftwerk (AKW) mit Reaktorkernladung Ziel oder Opfer eines Kollateralschadens in einer militärischen Auseinandersetzung sein kann, wurde andererseits seit dem ersten Tag von Putins Krieg gegen die Ukraine verdeutlicht: zunächst durch die Angriffe auf das AKW Tschernobyl in der Super-GAU-Sperrzone, wenige Tage später durch die Kämpfe um das AKW Saporischschja. Beide Anlagen erhielten Einschläge von Geschossen; es war Glück, dass kein kritischer Anlagenteil getroffen wurde. Seitdem schlitterte vor allem Saporischschja, das größte AKW in Europa, mehrfach knapp an einer Katastrophe vorbei. Berichte über Einschläge auf dem Gelände, die Zerstörung des Netzanschlusses und das Einsetzen der Notstromaggregate versetzten die Öffentlichkeit anfangs in Zittern, inzwischen, infolge ständiger Wiederholung, scheint eine Gewöhnung eingesetzt zu haben. Das Risiko hat sich dabei nicht verringert.

Dabei handelt es sich, weltweit betrachtet, in der Ukraine nicht um die ersten militärischen Schläge gegen Atomkraftwerke. Es gab bereits mindestens 13 solche Angriffe auf Reaktoren in Israel, Iran, Irak und Syrien - ausgeführt von Israel, Iran, Irak, Großbritannien bzw. USA. Allerdings war keine dieser Anlagen zum Zeitpunkt der Angriffe in Betrieb. Es existiert kein spezifisches internationales Regelwerk, das den Umgang mit Atomanlagen im Krieg behandelt, aber eine Reihe Vorgaben in unterschiedlichen Verträgen. Hervorzuheben ist Teil III des Zusatzprotokolls I der Genfer Konventionen, der deutlich gegen Attacken auf Elektrizitätswerke im Krieg spricht. Russland zog sich 2019 von einzelnen Verpflichtungen aus diesem Protokoll zurück, was aber nicht als umfassender Austritt aus dem Vertragswerk betrachtet wird[1]. Die USA, Indien, Iran, Israel, Pakistan und Türkei ratifizierten das Protokoll nie[2].[3]

Die AKW in der Ukraine befinden sich in einem schlechten Zustand: Jahrelang wurden nur die dringendsten Reparaturen vorgenommen, notwendige Sicherheitsnachrüstungen erfolgten kaum, trotzdem erlaubte die Atomaufsichtsbehörde immer weitere Laufzeitverlängerungen und Leistungserhöhungen der alternden Reaktoren. In den vergangenen zehn Jahren ereigneten sich mehrere schwerwiegende Unfälle und Sicherheitsprobleme, die teils zunächst vertuscht wurden. Die Reaktoren charakterisieren sich als höchst störanfällig. Problematisch ist außerdem der vor allem politisch motivierte Einsatz US-amerikanischer Brennelemente in ukrainischen Reaktoren, von denen keiner dafür ausgelegt ist. Daraus können sich zusätzliche Sicherheitsprobleme ergeben. Grundsätzlich ist die Atomindustrie der Ukraine von der Versorgung mit russischen Brennelementen abhängig.[8]

Kein Reaktor ist gegen militärische Attacken geschützt. Eine Atomkatastrophe mit massiver Freisetzung ist durch derartige Angriffe bei allen aktiven kommerziellen Atomkraftwerken möglich.[5] Dabei können Atomanlagen Ziele von direkten Attacken, Opfer von Kollateralschäden beispielsweise durch Geschosse, die ihr eigentliches Ziel verfehlen, oder auch Terrorziele werden[7]. Konkret kann es sich dabei insbesondere um den Einschlag von Explosivgeschossen in sicherheitskritische Anlagenteile oder Kernschmelze infolge der Trennung von Kühl- und Sicherheitssystemen von der Energieversorgung handeln. So können das Reaktor-Containment aufgeschlagen, abgebrannte Brennelemente durch Bombardierung beschädigt oder die Kühlwasserversorgung unterbrochen werden.[9]

Schon vor der russischen Invasion kam es zu terroristischen bzw. sabotagebedingten Vorfällen, die sich auf Sicherheitssysteme der ukrainischen AKW auswirkten. 2015 führte beispielsweise die Sprengung von Hochspannungsmasten in der Krim-Region durch Separatist*innen zur Notabschaltung eines Reaktors wegen Netzinstabilität.[6] Auch bedrohte 2015 in der Ostukraine die Explosion von Munition in der Nähe eines Lagers für Strahlungsquellen deren Sicherheit. Aufgrund der absehbaren Bedrohungslage fand 2017 mit Unterstützung der USA eine Übung zum Schutz der kritischen Infrastruktur des AKW Saporischschja statt, nachdem sich die Ukraine schon 2014 mit der Bitte um Hilfe bei der Sicherung von Atomanlagen an NATO, EU und die USA gewandt hatte. Auch gab es Berichte von aus Kohlekraftwerken verschwundenen Strahlenquellen, die von Separatist*innen verkauft worden sein sollen.[8]

Gleich am ersten Tag der Invasion in der Ukraine besetzten die russischen Truppen das Gelände des 1986 havarierten AKW Tschernobyl[10]. In den folgenden Tagen wurden Radioaktivitäts-Spikes von den Messsystemen zur Überwachung der Umweltradioaktivität in der Sperrzone festgestellt, die teils erheblich über den dort "normalen" Werten lagen. Dem russischen Anti-Atom-Experten Andrey Ozharovsky zufolge wurden diese vermut-



lich durch schwere Militärfahrzeuge, deren Manöver den verseuchten Boden aufgewirbelt hatten, verursacht[11]. Am 9. März wurden die Atomanlagen in Tschernobyl von der externen Stromversorgung abgeschnitten und liefen mit Notstrom. Erst am 14. März konnte die Stromversorgung wiederhergestellt werden. Bei Plünderungen wurden im März außerdem technische Ausrüstung und wichtige Instrumente eines Labors zur Untersuchung der radiologischen Situation in der Tschernobyl-Sperrzone sowie das Frühwarnsystem für Störfälle und weitere Strahlenmesseinrichtungen zerstört.[8] Wegen des Ausfalls der Überwachungssysteme und der Plünderungen wird eine Gefahr unkontrollierter Verbreitung von atomwaffenfähigem Material aus den Atomanlagen gesehen, da die vorgesehene Verfolgung solcher Materialien, z.B. durch die IAEA, und die Überwachung ihrer weiteren Verwendung kaum noch möglich ist[12]. Nach dem Rückzug der russischen Truppen aus Tschernobyl gab es eine Reihe von Berichten über russische Soldaten mit Strahlenschäden. Diese könnten sie sich beim Ausheben von Schützengräben in verseuchtem Boden und Aufenthalt in der kontaminierten Sperrzone zugezogen haben[8]. Erst am 21. März konnte nach ca. vier Wochen ein erster Schichtwechsel in Tschernobyl erfolgen. Die Besatzer*innen hatten die Rotation des Personals nicht erlaubt[8]. Fehlende Schichtwechsel in Atomanlagen im Krieg bedeuten ein erhöhtes Risiko menschlichen Versagens[9].

Aber auch andere Atomanlagen wurden bereits Opfer russischen Beschusses: Das Atomforschungsinstitut in Kiew wurde im März mehrfach Ziel russischer Angriffe: Am 6., 8. und 10./11. März schlugen Geschosse ein und verursachten erhebliche Schäden am Gebäude. Auch das Forschungszentrum in Charkiw wurde im März infolge von Bombardierung beschädigt und von der Stromversorgung abgeschnitten. Ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle wurde am 26. Februar in Charkiw getroffen und in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar war ein weiteres Lager in Kiew das Ziel von Granatenbeschuss.[8]

Besonders dramatisch ist die Lage am AKW Saporischschja. Anfang März erfolgte erstmals in der Geschichte ein Waffeneinsatz an einem in Betrieb befindlichen kommerziellen Reaktor[13]. Der bewaffnete Konflikt in einem Land mit massiv ausgebauter Atomindustrie stellt einen Präzedenzfall dar[9]. Ein Schulungsgebäude auf dem AKW-Gelände brannte ab. Im Anschluss bestand längere Zeit kein Zugang und nur eine beschränkte Fernüberwachung für IAEA-Kontrolleur*innen.[13] Ca. 500 russische Soldaten sollen die Atomanlage seit März als Stützpunkt nutzen sowie Waffen und Munition, u.a. Granatwerfer sowie Panzer- und Flugabwehrraketen, in den Gebäuden lagern[13,9]. Sofort nach der Besetzung brachte das russische Militär Panzer auf dem Gelände unter[9]. Der Standort soll auch als Abschussbasis für Raketen und Artillerie genutzt worden sein[3]. Eine Explosion von Munition in der Nähe des AKW ereignete sich am 14. März[8]. Seit August sollen Gebäude und Gelände mehrfach von Raketen getroffen worden sein[13]. Fotos aus dem Sommer zeigten, dass u.a ein Transformator beschädigt wurde - ein kritisches System, das die kontinuierliche Versorgung von Kühl- und Sicherheitssystemen mit Strom sicherstellt[3].

Nach und nach wurden wegen der Gefahrenlage immer mehr Reaktoren heruntergefahren. Inzwischen *(Stand: Oktober)* sind alle Reaktoren abgeschaltet. Trotzdem bleibt die Gefahr einer Kernschmelze infolge eines Unfalls akut, da das Reaktorinventar und das Lager für abgebrannte Brennelemente selbst nach dem Herunterfahren noch viele Jahre einer intensiven Kühlung bedürfen. Hierfür ist das AKW auf eine externe Stromversorgung und funktionierende Kühl- sowie Sicherheitssysteme angewiesen. Wenn die Stromversorgung über das Netz ausfällt, kommen Dieselgeneratoren zum Einsatz, die allerdings eine auf einige Tage begrenzte Reichweite haben und von Treibstoff-Nachlieferungen abhängig sind.[13]

Die Behörden der Ukraine, Polens, Rumäniens, Moldaus und Finnlands haben als Konsequenz aus der Sicherheitssituation am AKW Saporischschja für den Fall einer Atomkatastrophe Jodtabletten an die Bevölkerung verteilt[3]. Bei korrekter Dosierung und gutem Timing kann so zumindest das Schilddrüsenkrebsrisiko infolge eines Super-GAUs gesenkt werden.

In einem im US Army War College-Journal veröffentlichten Papier mit Anregungen an das Pentagon stellt der Akademiker Henry D. Sokolski fest: "*After what has unfolded at Zaporizhzhya, civilian nuclear plants must be viewed as prepositioned nuclear weapon*"[3]. Trotzdem setzt die Ukraine weiter auf Atomkraft. Im Juni 2022 wurde ein Abkommen über den Bau von vier neuen Reaktoren mit dem US-amerikanischen Atomkonzern Westinghouse getroffen.

So bleibt zum Abschluss nur festzuhalten, was eine Expert*innengruppe aus Atomindustrie, Forschung und Aufsichtsbehörden in einem wissenschaftlichen Journal zur Sicherheit von Atomkraftwerken in Kriegszeiten resümierte: "*As things stand, that the attacking power does not target nuclear facilities is perhaps all we can hope for*"[9]. AKW sind zu gefährlich, als dass sie noch gebaut, betrieben oder ihre Laufzeit verlängert werden sollte - nicht nur für aktive Kriegsparteien, sondern auch im Kontext sogenannter "hybrider Kriegsführung" – Sabotage durch Spezialeinheiten.



Die ungekürzte Fassung des Artikels mit Quellenangaben und Fußnoten findet sich auf der Internetseite des grünen blatts.



Atom(ausstiegs)poli

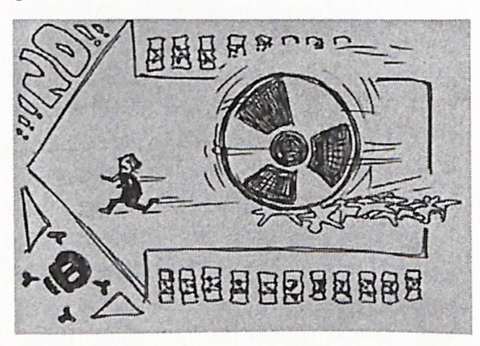
fb Zum Stichtag 1. Juli 2021 stellte die Europäische Union mit 106 in Betrieb befindlichen Reaktoren die weltgrößte Flotte installierter Atomkraftwerksleistung bereit, nur knapp gefolgt von den USA mit 93 Reaktoren. Auf der Ebene der Staaten standen die USA auf Rangplatz 1, gefolgt von Frankreich mit 56 Reaktoren und China mit 53 Reaktoren. Der Anteil von Atomenergie am Strommix machte in den USA 19,7 %, in der EU 24,8 % aus. 2020 wurde in der Europäischen Union von Regenerativen Energien (ohne Berücksichtigung der Wasserkraft) zum ersten Mal mehr Elektrizität erzeugt als durch Kernspaltung. Atomkraft ist offenbar sowohl in der EU als auch in den USA eine bedeutende Energiequelle.

Den entscheidenden Anteil am Primärenergieverbrauch (also nicht nur Strom) bilden jedoch in beiden Regionen fossile Energieträger. Diese dominierten den Bruttoinlandsenergieverbrauch mit 69,3 % in der EU (basierend auf Zahlen aus dem Jahr 2019), während sie in den USA (basierend auf Zahlen aus dem Jahr 2020) sogar 79 % ausmachten.

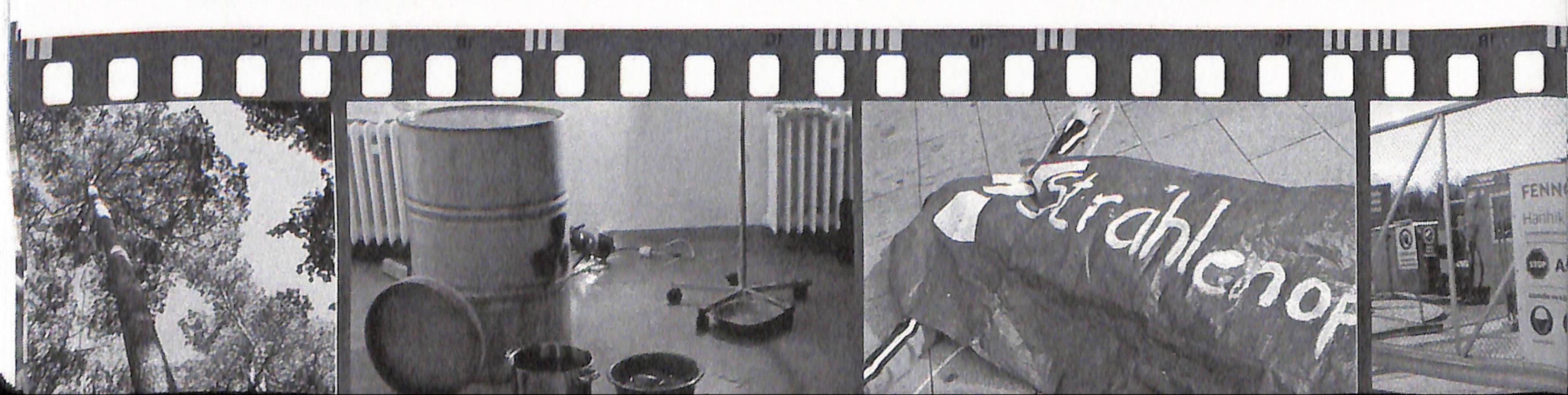
Status und Perspektiven der Atomkraftnutzung

In der Europäischen Union ist die Atomkraft hochgradig umstritten: 13 Mitgliedsstaaten betreiben Atomkraftwerke (AKW), von denen vier einen Atomausstieg beschlossen haben (Belgien, BRD, Spanien, Schweden); 14 Mitgliedsstaaten besitzen keine in Betrieb befindlichen Atomreaktoren, von denen einer (Polen) derzeit versucht, ein umfangreiches Atomprogramm umzusetzen. Drei Reaktoren wurden 2020 stillgelegt (Fessenheim-1+2, Ringhals-1), während sich vier solche im Bau befanden (Olkiluoto=3, Flamanville-3, Mochovce-3+4) – allerdings mit massiven Verspätungen von einem Jahrzehnt und länger sowie mit Kostenexplosionen bis zum 6fachen der ursprünglichen Kalkulationen. Viele EU-Staaten werden letztlich das Kapitel der Atomstromproduktion aufgrund der zunehmenden Alterung der Reaktorflotte (durchschnittlich 35,9 Jahre in der EU) und der wirtschaftlichen Unrentabilität neuer Atomkraftwerke in den nächsten Jahrzehnten schließen.

Unklar ist bei dieser Einschätzung, die auf der Situation vor Beginn der russischen Invasion in der Ukraine basiert, die Auswirkungen der aktuellen Energiekrise. Diese hat zwar verdeutlicht, wie katastrophal auch in Hinsicht auf die Energieversorgungssicherheit der immer noch hohe Anteil fossiler Energieträger bei der Stromerzeugung ist, allerdings auch Kurzschlussreaktionen und aggressiven pro-nuklearen Lobbyismus verursacht. Derzeit diskutieren verschiedene europäische Regierungen über Laufzeitverlängerungen für von Stilllegungen betroffene alte AKW (Belgien, BRD), die Aufgabe des Atomausstiegs oder den Neubau von Reaktoren (Bulgarien, Frankreich, Niederlande, Tschechien). Dabei ist die Abhängigkeit von russischen Energiequellen auch in der europäischen Atomindustrie groß: Russland ist der größte Uranexporteur in der EU und mindestens 18 Reaktoren in fünf Mitgliedsstaaten sind auf dessen Brennelemente angewiesen. Der Neubau von Atomanlagen ist weiterhin mit großen zeitlichen (Bauzeitüberziehungen) und finanziellen (Preissteigerungen) Problemen konfrontiert und daher unter rationalen Gesichtspunkten keine Option. Infolge der Invasion in der Ukraine ist im Mai nun auch das russische AKW-Neubauprojekt Hanhikivi im Norden Finnlands gescheitert, für das bereits Naturschutzgebiete verwüstet worden waren. Nur Atombombenstaaten haben aufgrund militärischer Interessen eine klare Motivation, die Atomindustrie weiter mit Milliardenbeträgen zu subventionieren. Auch der Weiterbetrieb alter AKW ist kaum eine Hilfe in der Energiekrise: In der BRD kann Atomstrom nur einen winzigen Anteil der einzusparenden Gaskraftwerkskapazitäten ersetzen. Ein wesentlicher Teil von deren Produktion ist Heizwärme, die von den AKW nicht verfügbar ist. Diese könnten auch kaum zur Kostensenkung bei der Stromerzeugung beitragen. Absurderweise wird nunmehr für den deutschen AKW-Betrieb mit der französischen Atommisere argumentiert, weil das hochgradig von AKW abhängige Land in diesem Jahr zeitweise mehr als die Hälfte seiner Anlagen wegen verschiedenster Probleme nicht nutzen konnte und fast jeden Tag auf Stromimporte aus der BRD in der Größenordnung der Kapazitäten vierer Großkraftwerke angewiesen war.



Die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Atomkraftnutzung in Europa spiegelten sich in den letzten Jahren in den Kämpfen um die Aufnahme der Atomkraft in die EU-Taxonomie wider. Verschiedene EU- und nationale Organisationen ebenso wie Expert*innengruppen veröffentlichten Analysen zu diesem Vorhaben. Die meisten kamen zu dem Schluss, dass es keinesfalls zulässig wäre, Atomkraft als nachhaltige Energiequelle zu behandeln. Trotzdem behauptete das *Joint Research Centre*, das an mehreren Atomprojekten beteiligt ist, Atomkraft sei nicht schädlicher als andere bereits als nachhaltig eingestufte Energieträger. Viele Länder übten Druck auf die Europäische Kommission sowohl für als auch gegen die Aufnahme der Atomenergie in die EU-Taxonomie aus. Nach mehrfachen Verzögerungen verkündete die Kommission im Februar 2022, Atomkraft solle zukünftig als nachhaltige Energiequelle





tiken in EU und USA

gelten. Im Juli stimmte auch das EU-Parlament knapp der Aufnahme der Atomkraft in die EU-Taxonomie zu. Inzwischen haben mehrere EU-Staaten und Organisationen Klagen vor dem EU-Gerichtshof dagegen eingereicht oder angekündigt.

Auch in den Vereinigten Staaten konnte ein Rückgang der Nutzung der Atomenergie in den vergangenen Jahren festgestellt werden. 2021 wurden zwei Reaktoren stillgelegt, einer in Iowa (Duane Arnold-1) und ein weiterer im Bundesstaat New York (Indian Point-2). Fast alle Atomreaktoren in den USA haben inzwischen ein Alter zwischen 31 und 40 Jahren (46 Reaktoren) oder 41 und 50 Jahren (41 Reaktoren) erreicht, während lediglich einer jünger als 10 Jahre ist. Die übliche erlaubte Betriebszeit eines Atomkraftwerks liegt bei Inbetriebnahme in den USA bei 40 Jahren. Diese wurde für 85 der derzeit betriebenen Anlagen bereits um 20 Jahre verlängert. Eine NRC-Richtlinie aus dem Jahr 2017 ermöglicht eine weitere Laufzeitverlängerung um zusätzliche 20 Jahre, so dass Reaktoren bis zu 80 Jahre in Betrieb bleiben könnten. Sechs Anlagen erhielten eine entsprechende Genehmigung bereits.

Die Biden-Regierung will die Treibhausgasemissionen der USA durch die Unterstützung der Atomkraft reduzieren, insbesondere mithilfe des *Zero-emission Nuclear Power Production Credit Act*, der dem Kongress im Juni 2021 vorgelegt wurde. Dies könnte zu einer Steuergutschrift in Höhe von 15 Dollar/MWh führen, die helfen könnte, abgewrackte Atomkraftwerke vor der Stilllegung zu bewahren. Zwei Reaktoren befinden sich in den Vereinigten Staaten immer noch im Bau und leiden unter mehr als vervierfachten Herstellungskosten: die Reaktoren 3 und 4 des AKW Vogtle im Bundesstaat Georgia. Zusammengefasst befindet sich die US-amerikanische Atomenergienutzung also in einem Prozess der Schrumpfung, weil Reaktoren stillgelegt werden mussten; andererseits versucht die Biden-Regierung, diesen zu stoppen, indem sie neue Maßnahmen und finanzielle Unterstützung bereitstellt.

Fazit

Es können eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen den Energiepolitiken der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika festgestellt werden: Beide wollen ihre Energiesysteme transformieren, um Treibhausgase in Richtung null zu reduzieren. Beide sind gegenwärtig stark von fossilen Energieträgern abhängig und beide betreiben die gewaltigsten atomaren Reaktorflotten der Welt, erfahren aber eine kontinuierliche Schrumpfung der Atomindustrie. Unterschiede können einerseits hinsichtlich der Konkretheit und Ambitionen in der Klimapolitik gesehen werden, in der die Europäische Union im Augenblick größere Ziele angehen will. Der Hauptunterschied zwischen den Herangehensweisen in der Atompolitik in der EU und den USA besteht darin, dass die Europäische Union große Uneinigkeit in Hinblick auf die Zukunft der Atomtechnologie aufweist, während in den Vereinigten Staaten für diese Industrie weit mehr möglich ist, da Atomausstiegspolitiken wie in einigen EU-Staaten fehlen. Dementsprechend werden Stilllegungen von Reaktoren in den USA normalerweise durch deren Unwirtschaftlichkeit verursacht, manchmal in Verbindung mit den Auswirkungen von Protesten. In der EU sind die Atompolitiken der Mitgliedsstaaten ziemlich entgegengesetzt, aber solange keine massive staatliche Subventionierung der Atomenergie bereitgestellt wird, wird ihre Verwendung insgesamt - gleichfalls aus wirtschaftlichen Gründen - zurückgehen. Dieser Prozess wird in einigen Ländern abgekürzt durch explizite Ausstiegspolitiken.



Referenzen und Quellenangaben zum Artikel finden sich in seiner Onlinefassung auf der Internetseite des grünen blatts.

Olkiluoto-3 macht weiter Probleme

fb Der Vorzeigereaktor der sogenannten "Renaissance der Atomenergie" Olkiluoto-3 wurde nach mehrjährigen Verspätungen im März dieses Jahr schließlich probeweise ans Stromnetz angeschlossen. Er war 2003 der erste westliche Reaktor, der seit 1988 nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl in Auftrag gegeben wurde. Gleichzeitig ist es der Prototyp der inzwischen schon nicht mehr neuen Reaktorlinie EPR des französischen Atomkonzerns Areva (heute EDF), und damit essentieller erhoffter weltweiter Verkaufsschlager. Einige Jahre später wurde im französischen Flamanville eine zweite EPR-Prototyp-Baustelle gestartet, die bis heute nicht zum Abschluss kam.

Als 2005 in Finnland mit dem Bau von Olkiluoto-3 begonnen wurde, war geplant, den Reaktor 2009 in Betrieb zu nehmen; für die Fertigstellung waren Kosten in Höhe von 3 Mrd. EUR vereinbart worden. Unzählige Konstruktions- und Baumängel führten zu erheblichen Kostensteigerungen und Verzögerungen, so dass der Preis inzwischen mit etwa 11 Mrd. EUR veranschlagt wird und sich die Bauzeit vervierfacht hat.

Nachdem das Schaumodell der modernen westlichen Atomindustrie wenige Monate nach der Probeinbetriebnahme im Sommer 2022 schon wieder repariert werden musste, erfolgte bereits im August der nächste Leistungsabfall aufgrund von Turbinenproblemen. Auch am Jahrestag der Atomkatastrophe ereignete sich ein "Vorfall", menschliches oder technisches Versagen, zu dem es in Hochrisikoanlagen nicht kommen darf: Beim Herunterfahren des Reaktors wurde am 26. April unbeabsichtigt die Borsäureeinspeisung gestartet, die eigentlich die Kettenreaktion reguliert und in Notfällen zu den letzten Mitteln zählt, um den Reaktor noch abzuschalten. Allen Ereignissen zum Trotz wird der Probebetrieb fortgesetzt. Es ist geplant, zum Jahreswechsel in die reguläre Stromerzeugung überzugehen.



Quellenangaben befinden sich auf der Internetseite des grünen blatts.



Positionspapier: Schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus der Nutzung der Atomtechnik

AMK Falsch deklarierte und rostende Fässer, vollgestopfte Zwischenlager ohne Platz für Inspektionen und völlig veraltete Sicherheitsanforderungen kennzeichnen die Probleme beim Umgang mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Die verantwortlichen Behörden, Institutionen und Firmen betonen gerne die angeblich geringe Gefahr, die von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen ausgehen würde, um gleichzeitig die Anforderungen an Sicherheit und Kontrolle niedrig zu halten.

Tatsächlich handelt es sich um Abfälle, die neben Gammastrahlern teilweise auch hohe Konzentrationen an Alpha- und Betastrahlern sowie chemo-toxische Stoffe umfassen, die bei Aufnahme mit der Atemluft oder Nahrung zu Erkrankungen, Genveränderungen und Mutationen mit eventuell schweren gesundheitlichen Folgen führen können.

Die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle lagern in über 20 Zwischenlagern und 13 Landessammelstellen, weitere 9 Zwischenlager sind beantragt, genehmigt oder im Bau. Damit die Abfälle zwischen- bzw. endlagerfähig sind, müssen sie behandelt=konditioniert *(z.B. zerkleinert, getrocknet, verpresst)* werden. Dies geschieht entweder an den Anlagen, an denen der Müll anfällt, mittels stationärer und mobiler Konditionierungsanlagen, oder bei zentralen Konditionierungseinrichtungen. Täglich rollen so Atomtransporte mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen über unsere Straßen, Schienen und Flüsse zur Konditionierung, zurück zum Atomkraftwerk oder in die Zwischenlager – ohne Kontrolle und ohne Unterrichtung des Katastrophenschutzes. Viele der Zwischenlager sind Jahrzehnte alt, die eingelagerten Fässer ebenso.

Am Ende der Lagerkette stehen derzeit zwei alte Salzbergwerke – ASSE II und Morsleben, in denen Atommüll in der Vergangenheit verbracht wurde. In beide Bergwerke dringt Wasser ein, sie könnten absaufen, sind einsturzgefährdet und sind nicht langzeitsicher. Nur wenige Kilometer entfernt befindet sich das alte Eisenerzbergwerk Schacht KONRAD, in das laut aktueller Planung schwach- und mittelradioaktive Abfälle ab 2027 eingelagert werden sollen.

Der öffentliche Fokus richtet sich v.a. auf die hochradioaktiven Abfälle. Damit wird jedoch nur ein Teil der Probleme erfasst. Folgendes Positionspapier ist in einem mehrjährigen Prozess von Initiativen und Verbänden, die sich seit vielen Jahren mit den konkreten Problemen an den einzelnen Standorten befassen, erarbeitet worden. Die Unterzeichner*innen richten damit die Aufmerksamkeit auf schwach- und mittelradioaktive Abfälle, die in Verbindung mit der Nutzung der Atomtechnik in Deutschland angefallen sind und anfallen werden. Wir wollen auf die unterschätzten und heruntergespielten Probleme und Missstände hinweisen und mit unseren Positionen und Forderungen einen Beitrag zur Vermeidung und zur „sicheren Verwahrung" der radioaktiven Abfälle leisten.

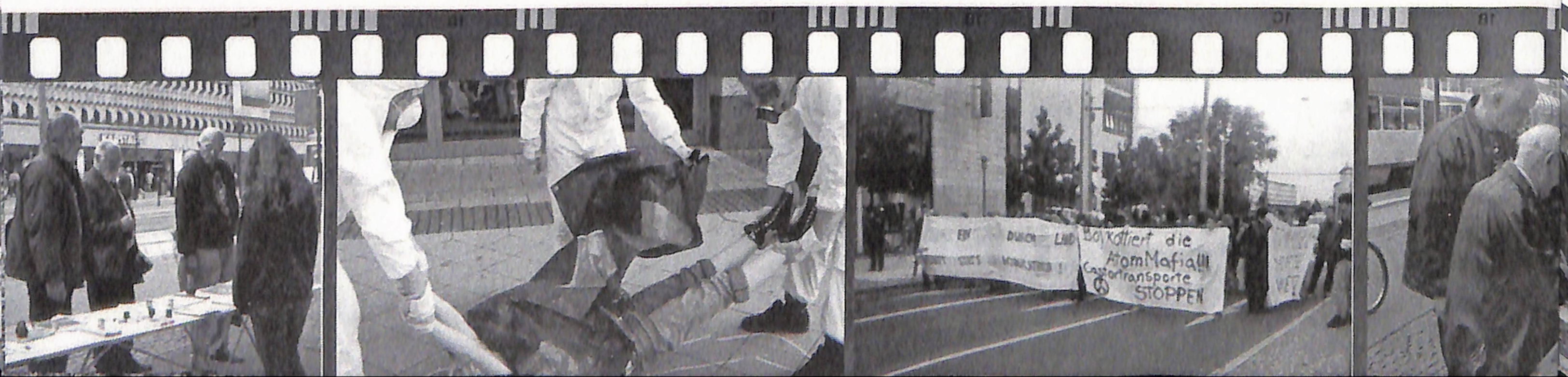
Müllproduktion stoppen

Mit Nachdruck fordern die Unterzeichner*innen das sofortige Ende der Strom- und damit der Atommüllproduktion durch Atomkraftwerke.

Auch die Anreicherung von Uran und Produktion von Brennelementen muss unmittelbar, vollständig und unwiderruflich beendet werden.

Die Forschung für neue Reaktorlinien sowie ihre Finanzierung über die Bundesregierung bzw. EURATOM ist sofort einzustellen. Atomenergie zerstört die Umwelt und muss sofort wieder aus der EU-Taxonomie gestrichen werden.

Die Bundesregierung muss sich für eine Kündigung des EURATOM-Vertrages sowie die sofortige Beendigung jeglicher Subventionierung der weiteren





Nutzung von Atomenergie über die Institutionen der Europäischen Union einsetzen.

Der Einsatz radioaktiver Stoffe in Medizin, Industrie und Forschung muss auf ein Minimum reduziert bzw. vermieden werden. Der Forschungsreaktor Garching wird illegal betrieben und muss abgeschaltet werden.

Definition von radioaktiven Abfällen

Bei jedem Umgang mit radioaktiven Stoffen entstehen radioaktive Abfälle, vom Uranabbau über die Herstellung des Brennstoffs, beim Betrieb der Atomkraftwerke und der Wiederaufarbeitung bis hin zum Rückbau von Atomkraftwerken. Aber auch bei der Bundeswehr, in Forschung, Medizin und Unterricht und sogar bei der konventionellen Rohstoffgewinnung und in der Konsumgüterindustrie fallen radioaktive Abfälle an.[1] Radioaktiver Abfall ist alles, was durch Kernspaltung direkt erzeugt, durch radioaktive Stoffe „verschmutzt" *(kontaminiert)* oder durch radioaktive Stoffe selbst zu einem radioaktiven Stoff (aktiviert) wurde, sowie nicht mehr verwendete radioaktive Ausgangsstoffe *(z.B. Strahlenquellen)*. Es handelt sich bei schwach- und mittelradioaktiven Abfällen deshalb um alle denkbaren Materialien *(Beton, Stahl, Erdreich, Filterkonzentrate, Harze, Flüssigkeiten, Gase etc.)*. In diesen Abfällen sind teilweise erhebliche Mengen verschiedener chemo-toxischer Stoffe enthalten, was insbesondere bezüglich der Grundwassergefährdung bei der tiefengeologischen Lagerung sehr relevant ist.

Die radiologische, radiotoxische und chemo-toxische Wirkung auf Mensch und Umwelt ist je nach Abfallart sehr unterschiedlich. Ebenso unterschiedlich sind die Klassifizierung und die Behandlung des Atommülls in den verschiedenen Staaten.

Behörden und Betreiber klassifizieren die radioaktiven Abfälle entweder nach ihrer Aktivität *(sehr gering-, schwach-, mittel- und hochradioaktiv)*, nach ihrer Halbwertszeit *(lang- oder kurzlebig)*, nach ihrer Wärmeentwicklung *(vernachlässigbar wärmeentwickelnd oder wärmeentwickelnd)*, nach ihrer Alphatoxizität *(Menge der Alphastrahler)*, nach ihrem Konditionierungsgrad *(konditioniert, vorkonditioniert oder unkonditioniert)*, nach ihrer Herkunft *(Art der Anlagen und geografische Herkunft)*, nach anderen Eigenschaften *(z.B. Oberflächendosisrate, Brennbarkeit, biologische Abbaubarkeit)* oder nach einem Mix aus mehreren Eigenschaften.

Die Bundesrepublik Deutschland führte Mitte der 1980er Jahre die Wärmeentwicklung als Leitkriterium für die Einteilung radioaktiver Abfälle ein. „Diese Einteilung resultiert aus dem Planfeststellungsverfahren Schacht KONRAD. Die Begrenzung der thermischen Beeinflussung des Wirtsgesteins auf 3 Kelvin am Stoß *(Seitenwand des Grubenbaues)* war eine der ersten Bedingungen, die für das Endlager KONRAD entwickelt wurde. Nach dieser Bedingung sind „nicht wärmeentwickelnde Abfälle" solche, die nur zu einer kleineren thermischen Belastung führen als in der Bedingung gefordert. „Wärmeentwickelnde Abfälle" sind dagegen solche, deren Wärmefreisetzung zu einer Nichteinhaltung dieser Bedingung führen würde."[2]

Im Standortauswahlgesetz oder den Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle unterscheidet die Bundesregierung inzwischen wieder in schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle.[3] Die Klassifizierungen sind aber nicht deckungsgleich, so gibt es mittelradioaktive Abfälle, die Wärme entwickeln. Der Wirrwarr an Klassifizierungen wird spätestens dann zum Problem, wenn dann Abfälle von den Sicherheitsanforderungen nicht erfasst werden.

Wir haben uns entschieden, im vorliegenden Positionspapier nicht die Wärme, sondern die Aktivität des Mülls zugrunde zu legen und von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen zu sprechen. Mit der Bezeichnung „schwachradioaktiv" wird von anderen Akteuren gerne der Eindruck erweckt, diese Abfälle seien ungefährlich. Das ist aber unrichtig, auch von ihnen gehen tödliche Gefahren aus.

Unsere Forderung ist: Die Bundesregierung muss sich entscheiden, wie sie die radioaktiven Abfälle in ihrem Geltungsbereich klassifizieren möchte und dies einheitlich in ihren Gesetzen, ihren Verordnungen und dem realen Handeln einhalten. Ansonsten fallen Abfallkategorien aus dem Raster von Sicherheitsanforderungen heraus.

Gefährlichkeit von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen

Die Gefährlichkeit der radioaktiven Abfälle resultiert aus unterschiedlichen Eigenschaften, die Aktivität ist nur eine davon. Die Aktivität der radioaktiven Abfälle beschreibt die Zahl der Atomkerne, die in einer Sekunde zerfallen. Die Maßeinheit dafür ist Becquerel: 1 Becquerel = 1 Zerfall pro Sekunde. Die Abgrenzung zwischen schwach- mittel- und hochradioaktiv ist nicht trennscharf. Man findet folgende Einteilung:

- hochradioaktive Abfälle: $>10^{14}$ Bq pro m^3
- mittelradioaktive Abfälle: 10^{10} bis 10^{15} Bq pro m^3
- schwachradioaktive Abfälle: $<10^{11}$ Bq pro m^3

Die Abfälle senden Alpha-, Beta- und Gammastrahlung aus. Während die Gammastrahlung direkt in den Körper eindringt und Zellen zerstört, sind Alpha- und Betastrahler radioaktive Teilchen. Diese werden über die Abluft und das Abwasser an die Umwelt abgegeben und vom Körper über die Atemluft und/ oder die Nahrung aufgenommen bzw. kontaminieren die Haut.

Gammastrahlung hat eine hohe Reichweite, sie durchdringt Materie und Or-



ganismen und schädigt dabei die Zellen. Sie kann nur durch schwere Materialien wie Blei oder dicke Betonwände weitgehend abgeschirmt werden. Beispiele für Gammastrahlungsquellen: Caesium-137, Cobalt-60, Iod-131.

Alphastrahler besitzen eine geringe Reichweite und können bereits durch ein Blatt Papier abgeschirmt werden. Beispiele für Alphastrahler: Uran-233, -234, -235, Plutonium-238, -239, Americium-241, Radium-226, Radon-222. Die äußere Einwirkung auf den Menschen ist zwar geringer, da sie nur auf obere Hautschichten einwirken. Wenn sie in den Körper aufgenommen werden, schädigen sie aber dort die lebenden Zellen und reichern sich in Organen an. Im Vergleich zu Beta- und Gammastrahlern wird bei Alphastrahlern offiziell von einer 20fach schädlicheren Wirkung auf den Körper ausgegangen *(Strahlenwichtungsfaktor)*.

Die Reichweite von Betastrahlern in der Luft liegt zwischen 10 cm und 11 m. Beispiele für Betastrahler: Strontium-90, radioaktiver Wasserstoff (Tritium), radioaktiver Kohlenstoff *(C-14)*. Bei äußerer Einwirkung auf den Menschen können Betastrahler zu Verbrennungen, Hautkrebs oder Augenlinsentrübung führen. Bei der Aufnahme von radioaktivem Wasserstoff *(Tritium)* und radioaktivem Kohlenstoff *(C-14)* in den Körper werden diese in die körpereigenen Molekülbausteine eingebaut und fast die gesamte Energie im Körper deponiert, was mit einer hohen Strahlenbelastung einhergeht.

Weitere Eigenschaften werden durch den Begriff Radiotoxizität erfasst. Damit wird die gesundheitsschädliche Wirkung von Radionukliden auf den Körper beschrieben. Sie hängt neben der Art und Höhe der Strahlung auch von der Aufnahme im Organismus und von der Verweildauer im Körper *(Biologische Halbwertszeit)* ab.

Als Beispiele seien hier aufgeführt:

- Plutonium-239 – Alphastrahler, der sich in Knochen, Lymphknoten und der Leber ablagert und eine biologische Halbwertszeit von 120 Jahren hat.
- Strontium-90 – Betastrahler, der aufgrund seiner Ähnlichkeit mit Calcium in die Knochen und das Knochenmark eingebaut wird und zu Knochentumoren und Leukämie führt. Strontium-90 hat eine biologische Halbwertszeit von 49 Jahren.
- Cobalt-60 – hochenergetischer Gamma-Strahler, der ohne nennenswerte Abschirmung in den Körper eintritt und dort zum Absterben lebenswichtiger Zellen führen kann. Die Folgen können Tumore sowie Schädigung des Erbguts sein. Die biologische Halbwertszeit von Cobalt-60 beträgt 9,5 Tage.

Neben der biologischen Halbwertszeit ist die physikalische Halbwertszeit von elementarer Bedeutung für die Gefährlichkeit der Radionuklide. Sie beschreibt die Zeit, in der jeweils die Hälfte der vorhandenen Radionuklide in einem physikalischen Prozess zerfällt. Nach einer Halbwertszeit beträgt die Radioaktivität die Hälfte, nach zwei Halbwertszeiten ein Viertel und nach zehn Halbwertszeiten ein Tausendstel usw. Wenn ein Radionuklid zerfällt, wandelt es sich in ein anderes Nuklid („Tochternuklid") um, welches wieder radioaktiv sein kann. Dieser Prozess setzt sich fort bis zu einem nicht-radioaktiven stabilen Endnuklid. Die Halbwertszeit eines Tochternuklids kann höher sein als die des Mutternuklids. Beispiel: Plutonium-239 mit einer Halbwertszeit von 24.110 Jahren zerfällt in Uran-235 mit einer Halbwertszeit von 703,8 Millionen Jahren. Die Zerfallsreihe kann zwischen Alpha-, Beta- und Gammazerfällen wechseln.

Nicht zu unterschätzen beim Umgang mit radioaktiven Abfällen, sowohl über- als auch unterirdisch, ist, dass es sich um Materialien handelt, die auch brennbar, flüssig, gasbildend, biologischen Prozessen unterworfen, wassergefährdend oder hochgiftig (ca. 800 kg Plutonium-239 bei Schacht KONRAD) sein können.

Die radioaktiven Abfallgebinde bestehen aus einer Vielzahl organischer und anorganischer Stoffe, die als Bestandteile der Abfallbehälter, der Fixierungsmittel und des eigentlichen radioaktiven Abfalls vorliegen. In diesen Gebinden sind auch häufig Stoffe enthalten, die chemo-toxisch wirken, beispielsweise Arsen (ca. 500 kg bei ASSE II), Quecksilber und Cyanide. Dies ist insbesondere bei der tiefengeologischen Lagerung von besonderer Bedeutung, da diese hochgiftigen Stoffe bei einer Lösung in das Grundwasser gelangen können. In der wasserrechtlichen Erlaubnis für das Atommülllager Schacht KONRAD sind >80 wassergefährdende Stoffe aufgelistet und ihre jeweilige Menge für die Einlagerung begrenzt.

Nach internationalem Stand des Strahlenschutzes gibt es keine Schwellendosis, ab der Radioaktivität erst schädlich ist. Nur die Wahrscheinlichkeit zu erkranken, steigt mit zunehmender Strahlenbelastung. Jedes Strahlenereignis kann zu Erkrankungen führen. Besonders empfindlich und betroffen sind Kleinkinder, Säuglinge und Föten.

Unsere Forderungen sind:

a) Bundesregierung, Behörden, Firmen und Abfallverursacher müssen endlich aufhören, die Gefahren, die von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen ausgehen, zu verharmlosen und eine angemessene Sicherheitskultur entwickeln.

b) Das Minimierungsgebot nach § 8 Strahlenschutzgesetz, nach dem auch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte die Strahlenexposition von Beschäftigten und Bevölkerung so gering wie möglich gehalten werden muss, ist anzuwenden.[4]

c) Für alle Orte, an denen radioaktive Stoffe gelagert werden, fordern wir ein dauerhaftes umfassendes Gesundheitsmonitoring inkl. Erfassung, Auswertung und Berücksichtigung der Daten des Krebsregisters und eine Umgebungsüberwachung. Der Kommune ist regelmäßig öffentlich zu berichten.



Mengen an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen

Über viele Jahre hinweg erklärte die Bundesregierung in Zusammenhang mit der geplanten Einlagerung der radioaktiven Abfälle in das alte Eisenerzbergwerk Schacht KONRAD, dass in Deutschland ca. 300.000 m³ radioaktive Abfälle mit geringer Wärmeentwicklung anfallen würden.[5] Allerdings hatte sie dazu keine eigene Bestandsaufnahme vorgenommen. Es war die Atommüllkonferenz, die 2013 mit dem Buch „Atommüll – eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland" die erste standortscharfe und umfassende Erhebung von Bestand und Anfall radioaktiver Abfälle in Deutschland durchgeführt hat. Wohl wissend, dass nicht alle Abfälle erfasst werden konnten, weil Daten fehlten, stellte die Atommüllkonferenz fest, dass die Annahmen der Bundesregierung viel zu niedrig waren.

Bei ihrer Mengenangabe unterschlagen hatte die Bundesregierung bis 2015 unter anderem folgende radioaktive Stoffe, die laut Genehmigung nicht in Schacht KONRAD eingelagert werden dürfen:

- Zwischen 150.000 – 275.000 m³ radioaktiver Abfälle aus der Schachtanlage ASSE II, die laut Gesetz zurückgeholt werden sollen,
- bis zu 100.000 m³ uranhaltige Abfälle aus der Urananreicherungsanlage Gronau, die bisher als Wertstoff deklariert und nach Russland verschoben werden,
- sowie weitere Chargen radioaktiver Abfälle mit geringer Wärmeentwicklung, deren Eigenschaften von der Genehmigung nicht abgedeckt sind .

Durch die Richtlinie 2011/70/EURATOM gezwungen, veröffentlichte die Bundesregierung im August 2014 ein erstes offizielles „Verzeichnis radioaktiver Abfälle – Bestand zum 31.12. 2013 und Prognose". In dieser Erhebung im Rahmen des Nationalen Entsorgungsprogramms gab die Bundesregierung erstmals offiziell zu, dass ca. 600.000 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Deutschland anfallen könnten.

In ihrer Abfallerhebung fehlen jedoch weiterhin die radioaktiven Abfälle, die die Bundesregierung juristisch zu nichtradioaktiven Abfällen umdefiniert hat:

- Gering kontaminierte radioaktive Abfälle, die unterhalb der Freigabewerte in der Strahlenschutzverordnung strahlen, werden „freigemessen" und anschließend „freigegeben". Durch die Freigabeentscheidung sind sie keine radioaktiven Stoffe im Sinne des Atomgesetzes mehr und werden je nach Kontamination uneingeschränkt weiter verwertet oder auf konventionelle Mülldeponien gebracht.
- Beim Rückbau von Atomanlagen werden kontaminierte Böden meist ebenfalls freigemessen, vor Ort belassen und je nach Behörden-Auflage mit unbelastetem Material abgedeckt. Hier besteht eine besondere Gefahr (Grundwasser, Nahrungsmittel, etc.), insbesondere, wenn Informationen über die Belastung im Laufe der Zeit verloren gehen.
- Bei der Sanierung der Altlasten des Uranbergbaus der DDR werden seit 1990 von der Wismut GmbH radioaktiv kontaminierter Schrott und Bauschutt in die Halden und Absetzbecken vor Ort eingelagert. Wohlgemerkt, radioaktive Abfälle, die oberhalb der Freigabewerte strahlen. So sind oberflächennahe Endlager entstanden, ohne Planfeststellungsverfahren, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und ohne Langzeitsicherheitsnachweis. Auf Nachfrage antwortet die Bundesregierung 2013: Da für die Sanierung der Wismut-Standorte das Strahlenschutzrecht der DDR weiter gelte „...handelt es sich bei dem eingelagerten Schrott nicht um radioaktive Abfälle im Sinne des Atomgesetzes."[6]

Unsere Forderungen sind:

a) In den Parlamentsberichten sind die radioaktiven Stoffe nach Menge, Art und Lagerung inklusive der sogenannten „radioaktiven Wertstoffe" und den freigemessenen radioaktiven Stoffen jährlich zu erfassen und zu veröffentlichen. Zusätzlich muss es eine gesetzlich verhängte Auskunftspflicht über radioaktive Stoffe in allen Atomanlagen geben, die von Bürger*innen kostenfrei in Anspruch genommen werden kann, und die auch sogenannte „radioaktive Wertstoffe" erfasst. Diese Informationen müssen transparent und öffentlich zugänglich sein.

b) Für die oberflächennahen Endlager an den Wismut-Standorten muss ein Langzeitsicherheitsnachweis erbracht werden. Sollte dieser nicht erbracht werden können, müssen diese Endlager aufgegeben und die radioaktiven Abfälle geborgen werden.

c) Es darf keine dauerhafte Lagerung radioaktiver Abfälle ohne Planfeststellungsverfahren, ohne Langzeitsicherheitsnachweis und ohne Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland geben.

d) Die Forderungen zur Freigabe werden in einem gesonderten Positionspapier der Atommüllkonferenz benannt.

... Auszug Ende

An dieser Stelle müssen wir aus Platzgründen diesen Auszug aus dem Positionspapier beenden - weitere Themenfelder, die von den Standortinitiativen bearbeitet wurden und zu denen Stellung bezogen wurde, sind die Herkunft der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle, Verantwortung für die radioaktiven Abfälle, Konditionierung radioaktiver Abfälle, Vermeidung von Atomtransporten, Zwischenlagerung und die Umsetzung juristischer Vorgaben.



Das vollständige Papier kann mit Fußnoten auf der Internetseite des grünen blatts und im Original auf der Website der Atommüllkonferenz gelesen werden. Dort gibt es auch eine Liste unterzeichnender Organisationen:

https://atommuellkonferenz.de



Glitzer im Kohlestaub

Vom Kampf um Klimagerechtigkeit und Autonomie

Die Klimagerechtigkeitsgruppe Zucker im Tank bietet seit 2017 vor allem Workshops an, die Aktivist:innen ermutigen und befähigen sollen, eigene Aktionen gegen die kapitalistische Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sowie rassistische und patriarchale Herrschaftsverhältnisse zu machen. Jetzt haben sie ein Buch über die Geschichte der Klimabewegung herausgegeben. „Glitzer im Kohlestaub – Vom Kampf um Klimagerechtigkeit und Autonomie" ist im Juni erschienen. Wir haben die Gruppe in einem E-Mail-Interview darum gebeten, etwas über das Buch zu erzählen.

G. Beck: Wie seid ihr auf die Idee gekommen, so ein Buch zu machen?
Zucker im Tank: Wir wären von uns aus wahrscheinlich nie auf die Idee gekommen ein Buch über Bewegungsgeschichte zu schreiben, aber 2020 fragte uns der Verlag Assoziation A an, ob wir uns das vorstellen könnten, ein Buch über die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland herauszubringen. Nach einem ersten Treffen dazu fingen wir an zu sammeln, welche Geschichten wir erzählen wollen würden und begannen in der Bewegung herumzufragen, wer Lust hätte, einen Text beizusteuern. Im Laufe des Prozesses hat es uns immer mehr Spaß gemacht.

Euer Buch setzt ja 2007 an. Das Problem des Klimawandels ist doch aber schon länger bekannt und die Umweltbewegung hat sich auch schon vorher zum Klima-Thema verhalten. Warum seht ihr gerade dort den Beginn der Bewegung?
Es war sehr schwierig festzulegen, wann das Buch historisch beginnen soll. Letzten Endes haben wir uns für die Zeit um das NoBorder-/Klimacamp in Hamburg 2008 und die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 entschieden, weil in dieser Zeit die Strategie von Aktionen an den Orten der Klimazerstörung statt vor Konferenzorten immer mehr Anhänger*innen fand. Trotzdem gibt es ja auch ein paar Artikel, die eine Zeit davor beschreiben: Vor allem die Texte im Kapitel „Wurzeln der Bewegung" aber auch der Text über die Besetzung von Lakoma in der Lausitz. Außerdem gab es seit Ende der 2000er Jahre linke Gruppen, die langfristiger an die Sache herangingen und nicht mehr nur um Events wie ein jährliches Klimacamp, sondern immer mehr an kontinuierlichen Themen arbeiteten wie Bewegungsaufbau, Strategieentwicklung, regionale Themen und Vernetzung.

2015 ist eines der Jahre, in dem sich in der deutschen Klimabewegung viel bewegt hat – festzumachen an der ersten Massenaktion von Ende Gelände am Tagebau Garzweiler. Wie blickt ihr auf dieses Jahr?
Im Buch findet sich ein persönlicher Erfahrungsbericht, der recht ausführlich die Ereignisse dieses Jahres im Widerstand gegen die rheinische Braunkohleindustrie erzählt – aus der Sicht eines der Menschen, die in diesem Jahr zur Bewegung dazugestoßen sind. Außerdem gibt es eine lange, fiktive Diskussion von vier Aktivist*innen mit sehr unterschiedlichen Sichtweisen auf Massenaktionen, in der wir versucht haben, ganz viele sehr gegensätzliche Positionen zu Ende Gelände – als größtem Akteur unseres (also des aktivistischen, antikapitalistischen) Teils der Bewegung – gegenüberzustellen.

Der 2018 von Greta Thunberg begonnene Schulstreik für das Klima war ein weiterer großer Anstoßpunkt für die Bewegung, die meiner Wahrnehmung nach zu diesem Zeitpunkt einen weiteren ihrer Höhepunkte erreicht hat. Es gab die Hambi-Räumung, die Kohlekommission, neue Organisationen wie Fridays for Future und Extinction Rebellion entstanden...
Ja, das sehen wir auch so und haben diesem Jahr auch einen ausführlichen Text und den beschriebenen Prozessen ein ganzes Kapitel gewidmet. Auf einmal war Klima kein linkes Nischenthema mehr, sondern eins, das Millionen Menschen bewegte und in den Massenmedien viel Raum einnahm. Auch wenn sich viele der Aktivist*innen z.B. bei Fridays for Future nicht mit dem Begriff „Klimagerechtigkeit" identifizieren und sich schon gar nicht als Antikapitalist*innen bezeichnen, glauben wir, dass sich seit 2018 immer mehr Menschen, denen es zunächst mal nur um Klimaschutz ging, radikalisieren und für weitere emanzipatorische Kämpfe öffnen. Das umso mehr, seit immer deutlicher wird, dass die Appelle an Politiker*innen und die Fokussierung auf Wahlen und „Realpolitik" nichts Substanzielles bringen.

Waldbesetzungen wie die im Hambacher Forst nehmen in eurem Buch – wie auch in der Bewegung – einen großen Platz ein. Vor und nach dem Hambi gab es auch noch mehr. Wie haben diese Besetzungen aneinander angeknüpft?
Die Waldbesetzung gegen den Frankfurter Flughafen in Kelsterbach 2008 war eine der Klima-Aktionen, die, statt zu den großen Klimakonferenzen zu fahren, den Protest direkt an einen Ort gebracht hat, an dem die Klimazerstörung vorangetrieben wird. Sie hat eine Brücke geschlagen zur Zeit der großen Hüttendörfer und Besetzungen in den 80ern. In Kelsterbach wiederum haben sich Menschen zusammengefunden, die den Hambi besetzt haben, um einen Kristallisationspunkt für die – damals noch in den Kinderschuhen steckende – Anti-Kohle-Bewegung zu schaffen. Und

vom Hambi wiederum ging es dann 2020 weiter in den Danni, um die Verkehrswende in Deutschland voranzutreiben. Einerseits sind so Erfahrungen von einer Besetzung zur nächsten weitergegeben worden. Andererseits sind im Laufe der Jahre auch viele Erfahrungen verloren gegangen, weil die meisten Menschen eben nur 1-2 Jahre auf Waldbesetzungen bleiben und es kaum langfristige Organisierung bei dieser Aktionsform gibt.

Ist diese Fluktuation auf den Besetzungen ein großer Schwachpunkt der Aktionsform?
Es ist auf jeden Fall etwas, was Besetzungen schwieriger macht. Weil mit jeder Person, die geht, halt auch Wissen verloren geht, was sich neue Generationen an Besetzer:innen dann erst mal erarbeiten müssen. Das ist z.B. eine der Schwachstellen, die wir versuchen mit unserem Buch etwas zu kitten. Für ein Interview haben wir verschiedene Generationen an Besetzer:innen an einen gemeinsamen Tisch geholt und über ihre Erfahrungen ins Gespräch kommen lassen.

In eurem Buch gibt es eine Reihe von Texten über Repression gegen die Klimabewegung in Form von juristischer Verfolgung und Polizeigewalt. Einerseits pflegt die Bewegung einen kreativen und solidarischen Umgang mit der Repression, aber auch am stärksten Aktivisten gehen Gewalt und Rückschläge nicht spurlos vorbei. Ist es möglich trotz Repression weiter in Aktion zu bleiben und wenn ja, wie?
Ja, es ist möglich. Antirepressionsarbeit muss schon vor der eigentlichen Aktion beginnen. Menschen müssen sich damit auseinandersetzen, wie sie mit Repression umgehen wollen und wie sie längerfristig in Kontakt bleiben können. Denn Gerichtsprozesse nach Aktionen können sich gut und gerne ein paar Jahre ziehen. Außerdem braucht es Leute, die langfristige Antirepressionsarbeit machen und die Strukturen, die sich die Bewegung geschaffen hat, am Laufen halten. Die große Kunst ist es, dass dieses Wissen nicht irgendwann verloren geht, sondern kontinuierlich an Menschen weitergegeben wird.

Was ist mit der persönlichen Seite der Repression: Ohnmachtsgefühle, bleibende Verletzungen, die Gefahr (wieder) im Knast zu landen, der nächste Prozess, der Energiereserven für die eigentliche politische Arbeit zieht... Wie können Individuen dem begegnen?
Hoffentlich nicht alleine. Klar, mensch kann auch für sich schauen, was einem bei sowas hilft: Mit Freund:innen reden, meditieren oder Scheiben einschmeißen. Aber wie heißt es so schön: Allein machen sie dich ein. Umgang mit Repression sollte immer in der Gruppe gedacht werden. Gerade bei emotionalen Themen sind Bezugsgruppen, also kleine Gruppen von Aktivist:innen, die gemeinsam in Aktion gehen und aufeinander achten, sehr wichtig.



Zucker im Tank (Hg.): Glitzer im Kohlestaub. Vom Kampf um Klimagerechtigkeit und Autonomie. Assoziation A, Berlin. 2022. 416 Seiten, Paperback.
ISBN 978-3-86241-487-1. 19,80 EUR.

Ein weiteres wichtiges Thema sind Ausschlüsse innerhalb der Bewegung, zum Beispiel aufgrund von Ableismus, Klassismus oder Rassismus. Gleichzeitig bemüht sich die Klimabewegung sehr, inklusiv und offen für alle zu sein. Wie verhandelt ihr das im Buch?
Uns war es wichtig, das Betroffene von Diskriminierungen in der Bewegung ihre Erfahrungen im Buch ausführlich schildern können. In der Hoffnung, dass viele sich von den Texten angesprochen fühlen, ihr Verhalten auf Camps etc. reflektieren und das gemeinsame Kämpfen leichter wird. Wir sind überzeugt, dass die Bewegung um so stärker wird, je vielfältiger sie ist.

War das auch eine Herausforderung in eurem Prozess?
Wir hatten beim Erstellen des Buches auch Momente des Zweifels: Einerseits finden wir es wichtig, dass Bewegungsgeschichte nicht in Vergessenheit gerät und von denen geschrieben wird, die sie selbst erlebt haben. Andererseits fühlte es sich auch nicht richtig an, ein Buch herauszubringen, dass sich fast ausschließlich den Aktionen der hauptsächlich weißen, mittelschichtigen und mitte-zwanzig-jährigen deutschen Klimabewegung widmet – gerade in dem Moment, wo die Bewegung endlich anfängt, sich auf ihre antikolonialen Wurzeln zu besinnen und die (Umwelt-)Kämpfe von BIPoC und Betroffenen weltweit in den Blick zu nehmen. So ist die Idee der Zeitleiste mit über 200 weltweiten Widerstandsereignissen von BIPoC und anderen direkt betroffenen Communities im globalen Süden entstanden, die sich durch das Buch zieht.

Was bringt uns denn die Beschäftigung mit Bewegungsgeschichte – jenseits von nostalgischen Erinnerungen an „damals"?
Das wird sehr schön im Kapitel über die Kelsterbacher Waldbesetzung auf den Punkt gebracht: „Während die Repressionsorgane taktisches Wissen von Aktion zu Aktion ansammeln, besteht in der Bewegung die Gefahr, dieselben Fehler immer wieder zu begehen. Aber das ist bei weitem nicht der einzige Grund, weshalb Geschichtsbewusstsein entscheidend für den Erfolg von sozialen Bewegungen ist. In dem Moment, in dem wir uns bewusst werden, dass die Generationen vor uns dieselben (oder sehr ähnliche) Kämpfe ausgefochten haben, passiert etwas durchaus Entscheidendes: Es entsteht eine Traditionslinie, die uns den Rücken stärkt, die unseren Kämpfen eine ganz andere Selbstverständlichkeit gibt und die die diskursive Marginalisierung durchbricht."

Danke für das Gespräch.

Kritische Theorie im Hier und Jetzt – ein universalistischer Ansatz von Hartmut Rosa

grillmöbel Gemeinsam mit vielen weiteren beteiligten Forscher_innen arbeitet der Soziologe Hartmut Rosa seit einigen Jahren an den ökonomischen und soziokulturellen Konturen einer „Postwachstumsgesellschaft". Sein konkreter Beitrag dazu ist das 2016 erschienene Buch „Resonanz – Eine Soziologie der Weltbeziehung", welches versucht, die Antriebsmotoren der spätmodernen Gesellschaft zu identifizieren sowie mit **Resonanz** ein Gegenkonzept zur entfremdeten Realität und einen Maßstab „des guten Lebens" zu entwickeln.[1]

Da ich der Meinung bin, dass viele Formen der Kritik deshalb verkürzt und weniger wirkmächtig sind, weil sie die fiktionale Trennung gesellschaftlicher Teilbereiche reproduzieren und darüber (bewusst oder unbewusst) größere Zusammenhänge bzw. die *Verwobenheit jeglicher sozialer Realität* verkennen oder verschleiern,[2] begrüße ich den im besten Sinne des Wortes ganzheitlichen Ansatz von Hartmut Rosa, den ich im Folgenden versuche, kurz zusammenzufassen.

I. Beschleunigung und Weltreichweitenvergrößerung

Nach Rosa sind moderne Gesellschaften diejenigen, die durch eine systemimmanente und alternativlos wirkende Steigerungslogik geprägt und gleichzeitig von diesen Steigerungsbewegungen abhängig sind, um institutionell, kulturell und sozial funktionsfähig zu bleiben. Rosa nennt diesen Zustand einen der **dynamischen Stabilisierung**, wenn eine Gesellschaft „systematisch auf Wachstum, Innovationsverdichtung und Beschleunigung angewiesen ist, um ihre Struktur zu erhalten und zu reproduzieren."[3] Wichtig dabei ist, dass sich besagte Logik nicht nur in der ökonomischen Struktur vollzieht, sondern gleichsam durch alle Ebenen des Menschseins dringt, somit total ist:[4] Sie führt nicht nur zu Katastrophen an der Oberfläche (wie z.B. der ökologischen Krise), sondern hat in tiefgreifender Art und Weise die Weltbeziehung der ihr untergeordneten Individuen verändert, indem durch „soziale Beschleunigung" deren Zeitstruktur, sowohl einzeln als auch im gesellschaftlichen Ganzen, transformiert wurde und wird:[5] Analog zum nur durch Steigerungslogik stabilen Gesellschaftsgebilde muss sich jedes Selbst permanent neu erfinden und die je eigene Weltposition jederzeit bereit sein, zu verändern („Flexibilität").[6]

In diesen „beschleunigten" Gesellschaften herrscht laut Rosa außerdem ein ungeschriebenes Gesetz der **Reichweitenvergrößerung**:[7] Danach handeln Individuen wie Gesellschaften in der Moderne stets mit dem Ziel, „mehr Welt in Reichweite zu bringen"[8], sei es im Kontext des Verkehrswesens (Weltaneignung durch Reisen), der Bildungspolitik (Wissen als Grundlage der Weltaneignung), der produzierten Waren (Smartphone als Welt in der Hosentasche), der Finanzmärkte (Reichweitenvergrößerung durch digitale Geldströme), globalisierter Massenmedien (Weltaneignung durch potenziell weltweite Informationsnetze) oder der Selbstoptimierung von Körper und Geist (mehr Funktionalität bedeutet mehr Möglichkeiten der Weltaneignung). Geld an sich nennt Rosa aufgrund seiner zahllosen Einsatzmöglichkeiten ein „Zaubermittel des Welterreichbar- und verfügbarmachens"[9], aber auch große soziokulturelle Prozesse wie die medizinische Forschung oder das Spannungsfeld Stadt-Land lassen sich auf diese Maxime bringen.[10]

II. Entfremdung durch Desynchronisation

Durch das schiere Tempo, in dem diese Prozesse heute ablaufen, kommt es nach Rosa zu **Desynchronisationseffekten**: Beziehungs- sowie Beschäftigungsverhältnisse sind im 21. Jahrhundert zu flexiblen Phänomenen geworden; die Stabilität sozialer Institutionen wie Familie oder Beruf, die über einen großen Teil des 20. Jahrhunderts noch spürbar war, ist heute ins Wanken geraten. Rosa stellt somit fest, dass Berufs- und Beziehungswechsel nicht mehr mit dem Generationenwechsel zusammenfallen, also „intragenerational" geworden sind.[11] Dieser Effekt ist ohne eine Theorie ökonomischer und sozialer Beschleunigung kaum zu erklären.

Neben diesem Auseinanderfallen (Lebensspanne vs. Soziale Verhältnisse) treten in der Spätmoderne weitere Formen von Desynchronisation auf, was z.B. daran liegt, dass manche Prozesse natürliche Beschleunigungsgrenzen haben, sei es aufgrund physikalischer Gesetzmäßigkeiten oder der Verarbeitungskapazitäten des Gehirns usw.[12] Wenn zwei oder mehr Prozesse in einer Beschleunigungsdynamik miteinander verzahnt sind, von denen einer durch eine natürliche Grenze oder einen unerwünschten Nebeneffekt entschleunigt ist, kommt es zu Desynchronisationseffekten.[13]

Unter Rosas Beispielen sind am wirkmächtigsten zu nennen: die Klimakatastrophe (Ressourcenverbrauch und Ausstoß von schädlichen Stoffen weit über die natürlichen Grenzen hinaus), psychische Krankheiten (Körper und Psyche werden durch „Normen der Zeitlichkeit" und „soziale Beschleunigungsprozesse überfordert")[14] sowie die Dysfunktionalität politischer Kommunikation (demokratische Entscheidungsfindung hinkt als zeitintensiver Prozess der beschleunigten sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklung hinterher).[15]

Es ist kaum zu bestreiten, dass diese Desynchronisationen im 21. Jahrhundert auch infolge der wachsenden Bedeutung der virtuellen Sphäre als Aushandlungsraum deutlich weiter fortgeschritten sind; es erscheint sinnvoll, mit Rosa die oben genannten Effekte als Krisen der beschleunigten Gesellschaften zu lesen. Entsprechende Beschreibungen sind omnipräsent, sei es innerhalb der Degrowth- oder der Achtsamkeitsbewegungen, sei es im politischen Diskurs, wo sich einerseits im Sekundentakt („beschleunigt") positioniert werden zu müssen scheint und andererseits mehr und

mehr über Phänomene des „Abgehängt-Seins“ gesprochen wird. Wie Rosa außerdem zeigt,[16] belastet die beschleunigte Zeitstruktur eine große Mehrheit der Menschen im Alltag, und doch werden große wirtschaftliche Anstrengungen unternommen, im Konsumbereich das Haben-Wollen-Jetzt zu bedienen, was als gleichzeitig vollendet beschleunigtes und entfremdetes Verhältnis zur konsumierten Ware gelesen werden kann und sollte.[17]

Was durch all diese Desynchronisationsphänomene entsteht, könnte man im Anschluss an die Vertreter_innen der Kritischen Theorie **Entfremdung infolge von Beschleunigung** nennen – das individuelle und gesamtgesellschaftliche Verhältnis zu Arbeit, Familie, Beziehungen, zu Bildung, zur natürlichen Welt sowie die demokratische Teilhabe drohen *beziehungslos* zu werden, weil sie einer ausschließlich auf Beschleunigung ausgelegten Zeitstruktur unterworfen werden, die an vielen Punkten an Grenzen stößt oder gar gegenteilige Effekte hervorruft.[18]

III. Die Dialektik der Reichweitenvergrößerung

Auch das Streben danach, mehr und mehr Welt in Reichweite zu bringen, hat nach Rosa eine Kehrseite: Das Gesuchte entzieht sich gerade dadurch, dass es so intensiv gesucht, beherrscht und verfügbar gemacht wird. Mehr Zugang zu allen möglichen Orten auf der Welt führt nicht unbedingt zu einem Gefühl von einem erfüllteren Leben, sondern kann sogar Überforderung angesichts der zahllosen Möglichkeiten und des benötigten Organisationsaufwandes bewirken. Schnellere Abläufe führen nicht automatisch zu mehr freier Zeit, und höhere Wachstumsraten nicht zu mehr Glück. Mehr technische Möglichkeiten bringen keineswegs mehr Kontrolle. Mehr Wälder zu roden, also mehr Ackerland verfügbar zu machen, um mehr Lebensmittel produzieren zu können, führt zu Erosion und dem Zusammenbruch ganzer Ökosysteme, der seinerseits sogar zu weniger Lebensmitteln führt.

Aus diesen wenigen Beispielen geht bereits klar hervor, dass Ziel und Ergebnis gesellschaftlichen Handelns in vielen Fällen auseinanderfallen: Die Hoffnung, die in all diese Versuche, sich Welt anzueignen, gesetzt wird, wird letztlich enttäuscht, weil ebendiese Versuche bereits aus einer entfremdeten Selbst-Welt-Beziehung resultieren.[19]

Rosa beschreibt demnach alle Probleme und Krisen[20] dieser spätmodernen kapitalistischen Gesellschaft als Symptome einer gestörten Weltbeziehung, warnt aber vor einer allzu verkürzten Modellierung von Ursache und Wirkung: „Die kapitalistische Steigerungsmoderne [ist] nicht einfach nur die Ursache, sondern zugleich auch die Folge und ein materiales Korrelat des spezifisch modernen Weltverhältnisses [...].“[21] Selbst nach Marx sei der Mensch nur auf „so eine dumme Idee wie die Privatverfügung über Produktionsmittel“ gekommen, weil er bereits zuvor „ein entfremdetes Weltverhältnis eingenommen hat.“[22] Durch dieses bereits entfremdete Weltverhältnis schafft sich die Gesellschaft also eine Welt, deren Strukturen darauf angelegt sind, nur noch stumme und erstarrte, damit entfremdete Beziehungen hervorzubringen:[23] Entfremdung ist die „Realität [der Moderne]“.[24]

IV. Entfremdung und Resonanzsensibilität

Rosa belässt es aber nicht dabei, von einer totalen und systemimmanenten Entfremdung zu sprechen, sondern füllt diese beiden Lücken mit Inhalt. Ausgehend von der Prämisse, dass „[...] menschliche Subjekte in ihren Handlungen und Entscheidungen stets von einer [...] Vorstellung des guten Lebens geleitet sind“,[25] analysiert er die impliziten und expliziten Aussagen der Moderne. Wonach suchen die Menschen, wenn sie ihre Reichweite vergrößern und mehr Welt beherrschen wollen? Welche Sehnsüchte drücken sich in der Art, wie Menschen in modernen Gesellschaften ihren Alltag bestreiten und ihre Zeitstrukturen umsetzen, aus? Mit welchen Versprechen begegnen die Massenindustrien jenen verborgenen oder offenen Bestrebungen?

Rosa führt hierzu zahllose Beispiele aus allen denkbaren Lebensbereichen sowohl des Ökonomischen als auch des Sozialen an und stellt fest, dass es eine „Grundangst der modernen Gesellschaft“ gibt, „die Welt könnte verstummen, erstarren, uns nur noch als beziehungslos oder feindlich gegenübertreten [...]“,[26] also letztlich eine Angst vor Entfremdung in all ihren Facetten. Rosa betont nun aber, dass jene Angst nicht als Erklärung für die Strategien von Steigerung, Reichweitenvergrößerung usw. ausreicht. Vielmehr wird diese Form von Weltaneignung offensichtlich von einer „Hoffnung auf **Weltanverwandlung**“[27] angetrieben, die Rosa in sogenannten *Resonanzerfahrungen* sieht. Die „kulturellen Alltagspraktiken ebenso wie die Selbstverständnisse und Handlungsentwürfe der Subjekte“[28] seien geprägt von dem „Fundamentalversprechen“ von **Resonanz**: „[E]ine spezifische Art des *Auf-die-Welt-Bezogenseins*, welche diese Welt beziehungsweise das entsprechende Weltsegment als responsiv erfährt [...]“.[29]

Mit der wachsenden Bedeutung von Konzepten wie Selbstverwirklichung, Ich-Findung, Naturerfahrung und Individualismus sei die Moderne, konstatiert Rosa, eine „Geschichte gesteigerter Resonanzsensibilität“,[30] was auf die wachsenden Möglichkeiten für eine wachsende Anzahl an Menschen zurückzuführen und von entsprechender Symbolik in Literatur und Philosophie flankiert worden sei.[31]

V. Resonanz als „das Andere“ der Entfremdung

Moderne und gerade spätmoderne Menschen suchen also in ihrer Angst vor Entfremdung laut Rosa bildlich gesprochen danach, berührt zu werden und zu berühren; zu sprechen und Antwort zu erhalten, einen „vibrierenden Draht“ zu Dingen, Menschen und sozialen Phänomenen aufzubauen.[32]

Sie sind „Resonanzwesen“[33] und daher *immer* potenziell dazu in der Lage, die (erlernte)[34] totale Entfremdung (s.o.) momenthaft aufzuheben.

In diesem (resonanten) „Modus der Weltbeziehung“ gelingt die „Anverwandlung von Welt“, die in der Unterwerfung der Welt durch die instru-

mentelle Vernunft[35] *scheitert* (was dazu führt, dass die Selbst-Welt-Beziehung verstummt, also entfremdet wird).[36] Dadurch eignet sich Resonanz als Maßstab für ein gutes Leben bzw., inwiefern gesellschaftliche Resonanzräume geschaffen werden, als Maßstab für eine gute Gesellschaftsordnung. Resonanz erfahren wir dort, „wo wir in Übereinstimmung mit unseren starken Wertungen handeln, wo unsere kognitiven und evaluativen Landkarten mit unserem Handeln und Sein konvergieren".[37] Durch diese groß angelegte Definition bleibt das Phänomen „inhaltlich offen" – es ist in einer Situation nicht von vorneherein klar, worin genau das Resonanzmoment besteht; es kann lediglich ein fruchtbarer Boden für die *Möglichkeit* der Resonanzentwicklung geschaffen werden.[38] Darüber hinaus enthält Resonanz per se ein „Unverfügbarkeitsmoment":[39] Da immer eine „sprechende" und eine „antwortende" Stimme für eine Resonanzerfahrung notwendig sind, ist nie garantiert, dass sich diese auch einstellt; es gibt immer eine Abhängigkeit.[40]

Selbst die entfremdete Massenkultur versteht Rosa als Ausdruck eines menschlichen Verlangens nach Resonanz, das an den von der Beschleunigungsgesellschaft (s.o.) gesetzten Grenzen scheitern und in Verstummung, Erstarrung, Entfremdung umschlagen muss. Dieses ist nicht nur Ausdruck, sondern auch Ursache jener Steigerungsdynamik, insofern als das Bedürfnis, mehr Resonanzerfahrungen zu machen, Grundlage für die (verkürzte) Strategie ist, mehr Welt in Reichweite zu bringen. **Die Suche nach Resonanz führt also zu mehr Entfremdung, weil sie offenbar mit den falschen Mitteln der Beherrschung, Verfügbarmachung und Steigerung betrieben wird.**

Rosas Resonanzbegriff hingegen wird durch Eigenschaften charakterisiert, die dem konträr zuwiderlaufen: Resonanz ist genau das, was *nicht* beherrscht, verfügbar gemacht oder gesteigert werden kann. Er deutet das gesamte Handeln sozialer Individuen und Gesellschaften als scheiternden Versuch ebendieser Unmöglichkeit, der zu einem „tiefentfremdeten Weltverhältnis"[41] führt.[42]

Rosa wählt als Umgang mit dieser Diagnose eine besondere Strategie: Es sei nicht notwendig, festzulegen, *wovon* Menschen entfremdet sind, wie es z.B. die frühen Kritischen Theoretiker tun,[43] sondern was „das Andere" der Entfremdung und damit der Maßstab für ein gutes und gelingendes Leben ist.[44] Resonanz und Entfremdung stehen sich also begrifflich entgegen, sind aber auch dialektisch miteinander verwoben: Resonanz ist nicht „reine Harmonie" oder „Abwesenheit von Entfremdung, sondern [...] das Aufblitzen der Hoffnung auf Anverwandlung und Antwort in einer schweigenden Welt".[45]

Es braucht also einerseits die Entfremdungserfahrung als Basis dafür, sie in einer Resonanzerfahrung zu transzendieren und andererseits ein „dispositionales Resonanzvertrauen",[46] das jene Hoffnung enthält, die Rosa der Moderne so umfassend zuschreibt (s.o.). Ist dieses nicht vorhanden, bleibt es bei der „stummen" *Aneignung* von Welt im Gegensatz zur „sprechenden" *Anverwandlung*; das Selbst-Welt-Verhältnis bleibt entfremdet.[47]

VI. Fazit

Wohl im Anschluss an, mindestens aber passend zu dem Selbstanspruch der Kritischen Theorie, wie er von ihren frühen Vertretern ursprünglich gefasst wurde,[48] entwickelt auch Rosa seine Theorien wissend um das existierende gesellschaftliche Unrecht[49] und unter der Prämisse, dass, was sich verändern soll, zuerst begriffen werden muss.[50] Er geht noch deutlich weiter, indem er seine Überlegungen in den Dienst einer **Soziologie des guten Lebens** stellt.

Rosa beschreibt Entfremdung als Gegenbegriff zu Resonanz, während beide dialektisch miteinander verwoben sind. Dadurch ist es möglich, die von ihm durchgeführte „Kritik der Resonanzverhältnisse" ebenso als „Kritik der Entfremdungsverhältnisse" zu lesen, während die Aussagen dieselben bleiben. Welche der Emphasen man setzt, ist beliebig; Rosas Wahl wahrscheinlich strategisch, um den Optimismus zu betonen, der sich durch das gesamte Werk zieht.[51]

Rosas Pointe, zunächst eine vollständig entfremdete Welt vorzufinden, um dann mithilfe dessen, was dieser Vollständigkeit eben widerspricht,[52] einen positiven Gegenbegriff zu jener Entfremdung zu erarbeiten und mit Inhalt zu füllen, der gleichzeitig universalistisch und in seiner Alltagsbezogenheit sehr anschlussfähig ist, mag manchen wie ein Kniff, ein begriffstheoretischer Trick erscheinen. Doch handelt es sich bei *Resonanz* eben nicht um eine begriffliche Hülle, deren einziges Charakteristikum darin besteht, das Andere der Entfremdung zu sein. Die Verortung von Resonanzphänomenen in der Gegenwart wird von Rosa auf Hunderten von Seiten belegt; der Begriff überschirmt (ähnlich wie der Entfremdungsbegriff) viele verschiedene Aspekte. Ob das ganze Programm der Aufklärung tatsächlich aufgrund von Resonanzsuche betrieben wird, wie Rosa mithin andeutet, bleibt durchaus fraglich; gerade die Rolle von Macht könnte innerhalb seines Theoriekonstrukts mehr berücksichtigt werden. Doch nimmt man Rosas sozioanalytische Grundlagen an, erklärt das Resonanzkonzept schlüssig und umfassend die meisten Phänomene der Moderne.

Ich möchte außerdem betonen, wie sehr Rosas Werk es versteht, einen angenehmen und hoffnungsvollen Eindruck bei der lesenden Person zu hinterlassen. Denn durch besagten „Kniff" reden wir plötzlich über Resonanzphänomene und das gute Leben, und zwar, ohne die Wirklichkeit, in der wir leben, ignorieren oder ausblenden zu müssen. Diese Verschiebung hin auch zu einer menschenfreundlichen Gesellschaftsanalyse ist m.E. eine, die für die Kritische Theorie großes Potenzial bietet, ohne hinter ihre frühen Erkenntnisse zurückzutreten, und die der Jetztzeit angemessen, wenn nicht gar geboten ist. Der Gewinn von Rosas Universalismus liegt also nicht zuletzt darin, Kritische Theorie aus ihrem düster-pessimistischen Käfig befreien zu können.



Das Literaturverzeichnis sowie die Fußnoten finden sich in der Onlinefassung dieses Artikels auf der Internetseite des grünen blatts.



Statement von Friedens-, Antiatom- und Umweltverbänden vom 04. März 2022:

Ukraine-Krieg: Kohle- und Atomenergie sind keine Alternativen zu russischem Gas - Energieunabhängigkeit jetzt!

Wir fordern von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum Atom- und Kohleausstieg. Die Atom- und Kohlegeschäfte mit Russland und weltweit müssen beendet werden. Erdgas aus anderen Ländern zu importieren ist keine Lösung. Stattdessen muss der Ausbau erneuerbarer Energien mit einem massiven Sofort-Notprogramm gefördert werden!

Der völkerrechtswidrige Angriff Putins auf die Ukraine stellt uns alle vor neue Herausforderungen – auch in der Energiepolitik. Dabei dürfen wir jedoch eines nicht aus den Augen lassen: die Klimakrise. Das haben uns der Weltklimarat und die UN am 28. Februar 2022 auf drastische Weise in ihrer Stellungnahme verdeutlicht. Alte Fehler jetzt zu wiederholen wäre eine katastrophale Fehlentscheidung.

Klimaschutz und Energiewende sind auch aus friedens- und sicherheitspolitischen Gründen notwendig. Nur durch die heimische Energieerzeugung aus dezentralen erneuerbaren Energien können wir Energiesouveränität erreichen. 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr schaden dem Klima und dem Frieden in Europa – dieses Geld könnten wir nachhaltig in unsere Energieunabhängigkeit investieren.



Eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken brauchen wir dafür nicht. Im Gegenteil: Wie in der Ukraine sehr deutlich wird, stellen Atomkraftwerke im Falle eines militärischen Angriffs eine erhebliche, zusätzliche Gefahr dar. Ein zweites Tschernobyl wäre das Gegenteil von Klimaschutz – diese Gefahr gilt es für eine nachhaltige Zukunft auszuschließen!

Im Zuge der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland müssen zudem die Verträge für hochangereichertes russisches Uran an den Forschungsreaktor Garching aufgekündigt werden. Urantransporte aus der Anreicherungsanlage in Gronau nach Russland müssen ebenfalls sofort gestoppt werden.

Deutschland darf die Gefahren der Atomenergie nicht länger exportieren. Ein zeitnaher Ausstieg aus der Brennelementefertigung in Lingen und der Urananreicherung in Gronau muss jetzt mit entsprechenden Gesetzen auf den Weg gebracht werden.

Laut Weltklimarat muss die massive Reduktion der Treibhausgase in diesem Jahrzehnt erfolgen. Mit einem späteren Kohleausstieg oder dem Import von Flüssiggas ist das nicht zu schaffen.

Wir fordern eine radikale Energiewende und die beschleunigte Durchsetzung der Klimaschutzmaßnahmen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits! Gegen das Rollback zu Kohle und Atom. Gegen Fracking- und Flüssiggas-Importe. Für eine beschleunigte Energiewende!

Wir rufen zur Teilnahme an den kommenden Aktionen der Friedensbewegung sowie an den Gedenk- und Protestveranstaltungen anlässlich des elften Fukushima-Jahrestages (11. März) an den AKW-Standorten Lingen und Neckarwestheim und in Berlin auf.

Unterstützende Organisationen:

.ausgestrahlt • AG Schacht Konrad • Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim • Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn • Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen • Anti Atom Berlin • Anti-Atom Bonn • AntiAtom-Bündnis Niederrhein • Arbeitsgemeinschaft AtomErbe Neckarwestheim • Arbeitskreis gegen Atomanlagen Frankfurt am Main • Arbeitskreis Umwelt Gronau • Bayern Allianz für Atomausstieg und Klimaschutz • BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg • BI WAA NAA BI gegen atomare Anlagen Weiden-Neustadt • BüfA Regensburg • Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. (BBMN) • BUND Regionalverband Heilbronn-Franken • Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) • Bündnis AgiEL – Atomkraftgegner-Innen im Emsland • Bürgerinitiative Anti-Atom Ludwigsburg • Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus" e.V. • Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm • Church and Peace e.V. – Europäisches Friedenskichliches Netzwerk • Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Münster • Elternverein Restrisiko Emsland • Ethecon – Stiftung Ethik & Ökonomie • Greenkids e.V. • Initiative 3 Rosen e.V., Aachen • IPPNW e.V. – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges • Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz – Bremen (MAUS e.V.) • NaturFreunde Deutschlands e.V. • Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) Salzburg, Österreich • RECH – Réaction en chaine humaine, France • Robin Wood • RWE-Tribunal • Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft • SOFA – Sofortiger Atomausstieg Münster • Waldschutzgruppe Münsterland • Wolfenbütteler Atom- und Kohleausstiegsgruppe

Anmerkung: Wir geben den Aufruf hier wieder, da er bis auf den Bezug auf die Demos im März weiter relevant ist.



Die Verschmelzung von Kapitalismus und Zeitgeist und ihre Grenzen – der Fall G.[1]

grillmöbel Der 2020 gegründete Lieferdienst G. wirbt damit, jede (Online-)Bestellung in 10 Minuten „zu dir" zu bringen, und das zu Supermarktpreisen. Das Zielpublikum von G.: junge hippe Leute in der Stadt, die es geil finden, sich alles bringen zu lassen oder zumindest selbstironisch zu einem solchen Lifestyle stehen. Während in der zweiten Welle (Anfang 2022) von Werbekampagnen dabei eher *diversity*-Aspekte (ebenfalls eher auf Lifestyle bezogen) mitschwingen, versuchte die erste große Kampagne mit ihren überall sichtbaren Plakaten, das Gefühl zu erzeugen, als würden wir schon alle G. nicht nur benutzen oder überhaupt kennen, sondern wären schon längst „obsessed" davon und wüssten nicht mehr, wie wir hatten ohne G. leben können (s. Beispielfoto). Mit (selbst-) ironischen Sprüchen, die ausschließlich innerhalb einer Lebenswelt Sinn ergeben, wo G. bereits genutzt wird, sorgte das Start Up dafür, dass es unmöglich war, sich nicht mit dem Thema G. in irgendeiner Weise auseinanderzusetzen (und sei es durch das bewusste Ignorieren) und erreichten so das Ziel dieser Massenpsychologie: Bekanntheit.

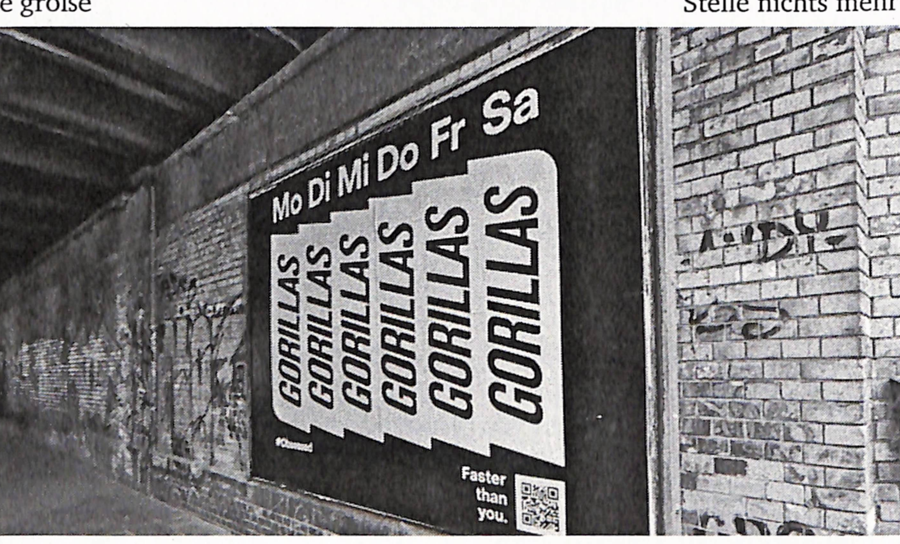


Foto: Supermarktblog

Das, was G. macht, ist in etwa so, als würde Elon Musk oder ein anderer der 2668 Milliardäre[2] (gendern mäßig notwendig) für den ehrbaren und würdevollen Charakter der Armut werben: Erst dafür sorgen, dass Leute arm werden und dann dafür, dass sie sich damit positiv identifizieren. Damit sie bloß nicht auf die Idee kommen, nicht arm oder gar *auch wohlhabend* sein zu wollen.

Genauso bei G.: Erst die neuesten reklamepsychologischen Erkenntnisse anwenden, um die Leute am Haben-Wollen-Jetzt zu packen, dann die passende Dienstleistung dafür aus dem Hut zaubern und das Ganze mit einer Melange aus technischem Schnickschnack, Greenwashing und sozialen Netzwerken abrunden. Dass vorgeblich ironisch-distanziertes Sprechen heute das Mittel der Wahl ist, kommt dem ganzen Vorhaben zugute: die Ironie verdeckt das Menschenfeindliche an der Tat, die performative Distanziertheit produziert einen Schein von Freiwilligkeit: Wer weiß, dass er:sie <obsessed> ist und darüber lacht, kann sich ja auch jederzeit dagegen entscheiden.

Nur: Wer sich gegen G. entscheidet, nutzt G. nüscht, was illustriert, dass die Distanz nur eine vorgeschobene sein kann: Ein Wind aus den Segeln nehmen, das übliche Sich-von-vorneherein-unangreif-barmachen, wie es gerade en vogue ist. Also sollen sich die Leute mit ihrer Gehirnwäsche identifizieren, über sie lachen und sie damit erlauben. Doch wozu das alles?

G. weiß, dass G. eigentlich unnötig ist wie ein Kropf, und deshalb muss G. die Realität selbst herstellen, innerhalb der G. überhaupt existieren kann. Wie? Durch endloses Affirmieren des Zeitgeistes, der ja keine Realität abbildet, sondern zu einer hinführen möchte, die ihm gemäß eingerichtet ist: Geil, wenn ich was will zahle ich dafür per App und wenige Minuten später habe ich es. Je weiter dieses Spiel getrieben wird, desto mehr muss sich jener Zeitgeist neu erfinden, bis irgendwann die Leute in den Wohlstandsgesellschaften das Zeug, das sie wollen, vor dem bewussten Gedanken daran ins System injiziert bekommen, umweltfreundlich und bedürfnisorientiert.

Aber was dann? Wohin flüchtet der Zeitgeist, in welche konzeptuellen Höhen wird er sich begeben? Hier wird nämlich klar, dass das Haben-Wollen-Jetzt *endlich* ist, endlich wie die klassischen Ressourcen oder der Kapitalismus. Wenn alles, was ich will, direkt da ist, gibt es an dieser Stelle nichts mehr zu holen.

Ein Umschwenken ist nicht unwahrscheinlich. Sind die Lieferketten bis aufs Letzte optimiert, werden die Menschen an der Reihe sein und spätestens da droht der Rückfall in die Barbarei, wobei man auch sagen könnte, dass das alles ohnehin gleichzeitig geschieht, Progression und Regression. Insofern Menschen Waren sind, ob sie wollen oder nicht, ist die optimierte Lieferkette ein Prototyp. Alle können sehen, wo es mit ihnen hingeht: Was abschließend optimiert wird, ist die seit Jahrhunderten stattfindende Entmenschlichung durch alternativlos scheinende Profitlogik.

Das alles trägt G. in sich wie alle anderen Produkte der Gegenwart auch, die keinen Nutzen haben, sondern Lücken füllen, damit systemisch alles bleiben kann, wie es ist. Die auf nichts antworten außer auf Fragen, die sie selbst erschaffen. G. ist ein Beispiel, das besonders platt und berechenbar agiert, weshalb es sich gut als solches eignet, um auf die These des Textes hinzuführen.

Es wird zunehmend wichtiger, auf den Kontext des Produzierten und Konzipierten zu schauen, was historisch auch schon geschehen ist: Erste kriti-

sche Ansätze brachten die Fragen auf den Tisch, wo und für wen die Waren produziert werden. Das ist weiterhin unerlässlich. Doch diese Ebene haben sich die neuen Waren längst zu eigen gemacht, unangreifbar, wie sie sich durch Siegel, Ökostrom oder auch nur Behauptungen inszenieren.

Eine andere Ebene wird wichtiger, wenn sie auch schon mehrere Gelegenheiten folgeschwer verpasst hat (Autos, Smartphones). Verpasst, an entscheidender Stelle zu fragen: Wohin führt dieses Produkt den Menschen/die Gesellschaft? In welche Richtung weist es? Wie wird unser Leben sein, wenn solche Produkte und Dienstleistungen *normal* werden?

Ich will damit nicht sagen, dass mit einer solchen Debatte die Massenproduktion von Produkten, die sich nun als gesellschafts- und demokratieschädigend bzw. menschenfeindlich erweisen, hätte verhindert werden können. Aber ohne diese Debatte gibt es nicht einmal ein kritisches Begleiten, alles wird zum bloßen Hinnehmen, was auch nur eine Form von Bejahen ist. G. ist sowohl Ausdruck eines unbeholfenen, um sich schlagenden, von Angst getriebenen Kapitalismus, der seine Endlichkeit verschleiern will,[3] als auch – in den Großstädten – drohende Tatsache.

Aus dieser Drohung eine Warnung machen, auch für sich selbst - das ist das, was jetzt ansteht und seit dem Siegeszug des so magischen wie verheerenden freien Marktes anstand. Nicht immer kritisches Denken gegen Bequemlichkeiten eintauschen, die man nie wollte, sondern errechnen, was diese Bequemlichkeiten kosten, und zwar nicht in analoger oder digitaler Währung. Dieser „Kaufpreis“ dient zur Verschleierung des Maßes an Entmenschlichung, die das Produkt mit sich bringt. Ein Ablasshandel für diejenigen, die es eigentlich besser wissen.

Deshalb: G. kann all die Vorteile bieten, die es bietet, und das alles umweltfreundlich und bedürfnisorientiert. Kriegt dennoch ein klares **Nein**, weil wir da nicht hinwollen, wo das, wovon G. ein Symptom ist, uns hinführen möchte.

Einer der Kämpfe dieser Zeit besteht tatsächlich darin, einfach mal zu sagen, *nee, lass stecken*. Und: warum.

Fußnoten

1 G. steht für den Online-Lieferdienst Gorillas. Ich verzichte in meinem Text darauf, den Namen in Gänze zu nennen, weil das Marketing-Modell der Firma (unter Anderem) darauf aufgebaut ist, dass der Name möglichst oft genannt wird. Der Text soll jedoch nicht zur besseren Vermarktung des Start-Ups beitragen, sondern die aktuellen Auswüchse des Kapitalismus an seinem Beispiel illustrieren. Die Kritik ist auf die meisten konkurrierenden Bringdienste anwendbar.

2 Korrekte Anzahl (leider), vgl. https://www.forbes.com/billionaires/

3 Die aktuelle Werbekampagne macht Hoffnung: G. zitiert hierbei eigene Kund:innenstatistiken, um ein Community-Feeling herzustellen („Ihr bestellt 3x öfter Ultrasoft Klopapier als andere Marken“ oder ähnlicher Unfug) und zu suggerieren, dass das Geschäft läuft, gleichzeitig sinken die Bestellzahlen. Wieder wird also versucht, geradezu röchelnd eine Realität zu schaffen, die es nicht gibt. Beobachten wir einen Todeskampf?

Russischer Anti-Atom-Aktivist soll für Zitieren eines IAEA-Berichts bestraft werden

fb Gegen den unabhängigen russischen Atomexperten und Anti-Atom-Campaigner Andrey Ozharovsky wurde im August 2022 ein Verfahren wegen Diskreditierung des staatlichen russischen Atomkonzerns Rosatom und des russischen Militärs eingeleitet. Da erwartet wird, dass das Gericht der Anklage folgen wird, steht zu befürchten, dass er mindestens eine Geldstrafe in Höhe von 30.000–50.000 Rubel (ca. 400–700 EUR) zahlen muss. Diese Strafe könnte jeweils für jede seiner vielzähligen Veröffentlichungen anfallen, in denen er offizielle Dokumente der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA zitierte, die in Russland offenbar als diskreditierend betrachtet werden. Gemeint sind wohl Aussagen in IAEA-Berichten, die das russische Vorgehen in der Ukraine in Bezug auf Atomanlagen als "gewaltsame Übernahme der Kontrolle über eine kerntechnische Einrichtung" beschreiben sowie von "gewalttätigen Handlungen", "erhöhtem Risiko eines nuklearen Unfalls oder Zwischenfalls" und "Aggression" sprechen. Nach drei oder mehr Geldstrafen kann daraus ein Strafverfahren werden, das mit einer Gefängnisstrafe enden könnte.



Andrey Ozharovsky (ganz links im Foto) als einer der Organisator*innen beim Internationalen Anti-Atom-Camp in Döbeln 2017.

Dem Aktivisten zufolge scheint es das erste Verfahren dieser Art in Russland zu sein, bei dem es um die Diskreditierung von Rosatom geht. Zwar wurden bereits viele Anti-Kriegs-Aktivist*innen wegen Diskreditierung des russischen Militärs angeklagt, aber von vergleichbaren Fällen von Kritiker*innen anderer staatlicher Einrichtungen war bislang nichts zu hören. Bisher gab es den Straftatbestand der Diskreditierung Rosatoms noch nicht, das ändert sich womöglich gerade.

Quellen

E-Mail des Betroffenen vom 16. Oktober 2022
Ukraine War Environmental Consequences Work Group: Russia prosecutes activist for citing IAEA report. 9. Oktober 2022. https://uwecworkgroup.info/russia-prosecutes-activist-for-citing-iaea-report - gesichtet 21. Oktober 2022

Die Fallstricke des „Carbon Farming“

Jan-Hendrik Cropp **„Carbon Farming“ ist agrarpolitisch und in der landwirtschaftlichen Praxis zur Zeit sehr angesagt. Ziel hierbei ist es, über landwirtschaftliche Maßnahmen Kohlenstoff aus der Atmosphäre langfristig im Boden zu binden und so den Klimawandel zu verlangsamen. Ob und in welchem Umfang dies möglich ist, wird wissenschaftlich kontrovers diskutiert. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob es politisch überhaupt sinnvoll ist, auf „Carbon Farming“ zu setzen.**

Mit der „4 Promille“-Initiative[1] der französischen Regierung, die bei den COP21-Klima-Verhandlungen 2015 in Paris vorgestellt wurde, hat „Carbon Farming“ die weltpolitische Bühne betreten. Darauf folgte die Gründung unzähliger Start-Ups, die diese landwirtschaftliche Kohlenstoffspeicherung sicher messbar machen und die daraus errechneten CO_2-Äquivalente als Verschmutzungsrechte bzw. Emissionszertifikate an Unternehmen gewinnbringend weiterverkaufen wollen. Hierdurch sollen sich zu guter Letzt die Bäuer*innen über einen Zusatzverdienst freuen können und endlich für ihre harte, unbezahlte Arbeit am Ökosystem entlohnt werden.

Man könnte meinen, es gäbe überall nur Gewinner*innen: Klima, Bäuer*innen, Unternehmen, Böden, Regenwürmer... Alle happy, oder? Die kritischen Leser*innen werden spätestens an dieser Stelle den Kopf schütteln. Lasst uns deshalb einen kritischen Blick auf den Themenkomplex wagen.

Politische Fallstricke

Zuerst einmal sei die grundlegende Frage erlaubt, warum Landwirtschaft eigentlich die Welt retten soll. Nichts gegen Anbausysteme, die die Bodenfruchtbarkeit steigern. Das ist auch mein Herzensanliegen. Ich habe darüber vor Kurzem ein ganzes Buch geschrieben: das „Praxishandbuch Bodenfruchtbarkeit“. Aber warum sollen diese Ansätze in kapitalistischer Logik monetarisiert werden und im Rahmen des zur Genüge kritisierten CO_2-Zertifikathandels dafür herhalten, dass die Verantwortlichen für die Klimakrise weiterhin „business as usual“ veranstalten dürfen?

Diskursiv lenkt „Carbon Farming“ den Blick von der Tatsache weg, dass unser Lebensstil radikal transformiert werden muss, wenn wir das Klimachaos auch nur ansatzweise erträglich machen wollen. Kurz gesagt: Wer die Autoindustrie nicht abwickeln will, dem kommen „Carbon Farming“-Zertifikate gerade recht.

Materiell bedeutet die Praxis eine weitere „in-Wert-setzung“ von Natur, in diesem Fall des Kohlenstoffs im Boden bzw. des Bodens selbst. Und rein praktisch bedeutet sie eine Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten von Bäuer*innen, die in Zeiten des sich abzeichnenden Klimachaos wahrscheinlich alle Register in Sachen Bewirtschaftungsformen ziehen müssen, um die Menschheit noch halbwegs ernähren zu können. Was meine ich damit?

Fachliche Fallstricke

Um die fachlichen Fallstricke zu erläutern, macht es Sinn, die Möglichkeiten der Kohlenstoffspeicherung in Böden noch einmal grob vereinfacht darzustellen. Wissenschaftlich ist man sich im Großen und Ganzen einig, dass die extrem stabilen Dauerhumus-Verbindungen im Boden durch die Bewirtschaftungsform kaum vermehrt werden können (außer gegebenenfalls durch Biokohle, was ein Kapitel für sich ist). Humusaufbau in der praktischen Landwirtschaft bedeutet also immer „nur“, den Auf- und Abbau von Nährhumus auf ein höheres Fließgleichgewicht zu heben. Je höher der Überschuss an Kohlenstoff, Stickstoff und anderen Elementen, die für Bildung von Nährhumus notwendig sind, desto höher das neue Fließgleichgewicht.

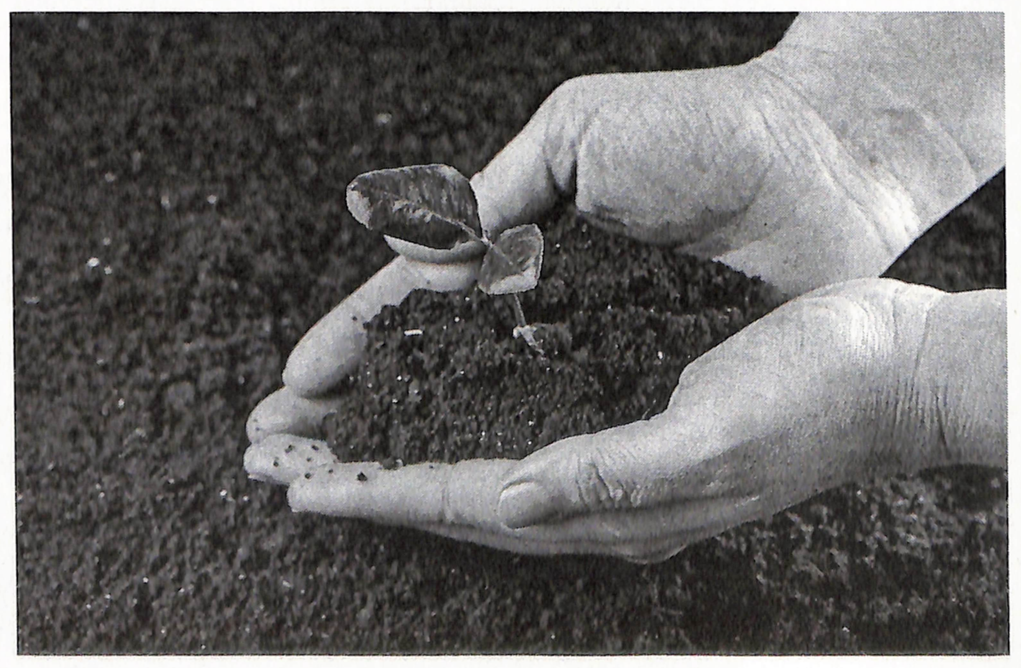


Foto: (cc by) Marco Verch

1: Diese will 0,4 % Kohlenstoffspeicherung pro Jahr in landwirtschaftlichen Böden erreichen; siehe https://www.4p1000.org/

Nährhumus allerdings ist deutlich instabiler und volatil. Er kann zwar relativ schnell auf-, aber dadurch ebenfalls auch schnell wieder abgebaut werden. Das heißt im Klartext: Selbst wenn mit den beworbenen, „regenerativen“ Methoden Nährhumus aufgebaut wird, so müssen diese Maßnahmen quasi „für immer“ beibehalten werden, damit der Kohlenstoff festgelegt und gebunden bleibt.

Nehmen wir den intensiven Zwischenfrucht- bzw. Begrünungsanbau als Beispiel und nehmen wir weiterhin an, dass dieser tatsächlich Nährhumus aufbaut (was wissenschaftlich keineswegs so eindeutig belegt ist). Um das sich daraus ergebende höhere Fließgleichgewicht an Nährhumus zu halten, muss jedes Jahr eine Menge X an Biomasse erzeugt und im Boden als Humus festgelegt werden.

Ändert sich das Klima nun insofern, als dass der Gesamtniederschlag in einer Region sich halbiert und/oder ungünstig verteilt ist, dann ist die Erzeugung entsprechender Begrünungen gegebenenfalls nicht mehr möglich. Das Wasser wird komplett für die Erzeugung von Lebensmitteln benötigt. Der Begrünungsanbau wird also zwangsläufig eingestellt und die entsprechenden Kohlenstoffmengen werden relativ kurzfristig wieder in die Atmosphäre abgegeben. Da wir als Gesellschaft allerdings noch Kohle verbrennen, deren Emissionen durch den Anbau von Begrünungen kompensiert werden sollten, fliegt uns die ganze Klimapolitik um die Ohren und das Klimachaos verschärft sich. Alternativ bekommen wir eine Ernährungskrise, wenn der Begrünungsanbau aus Klimaschutz-Gründen beibehalten wird und der Lebensmittelerzeugung anschließend das Wasser fehlt.

Ähnliches lässt sich für die Speicherung von Kohlenstoff in oberirdischer Biomasse sagen. Die Evidenz beispielsweise für das Bindungspotential von Agro-Forst liegt auf der Hand. Mehr Bäume in der Landschaft speichern mehr Kohlenstoff in ihrer holzigen Biomasse (und ihren Wurzeln). Auch diese Rechnung geht allerdings nur auf, wenn die Anzahl der Bäume dauerhaft auf dem angestrebten Niveau gehalten wird. Das heißt, dass Bäume konsequent nachgepflanzt werden oder aber das Holz alter Bäume nach der Fällung im in der Rechnung angesetzten Umfang als Bau- oder Möbelmaterial dauerhaft in Häusern oder Wohnzimmern „festgelegt“ wird. Führt die Klimakrise nun im schlimmsten Fall allerdings dazu, dass Nachpflanzungen auf Grund von Wassermangel nicht mehr gelingen und wegen Brennstoffknappheit im Winter wieder vermehrt Holz verheizt werden muss, fliegt uns auch diese Rechnung komplett um die Ohren. Vor allem dann, wenn dadurch die „Verschmutzung“ anderswo ermöglicht wird.

Anpassung und Resilienz statt Kohlenstoff-Bindung als Motivation!

Sollten wir also den Kopf in den Sand stecken? Keineswegs! Ganz im Gegenteil. Allerdings sollte die Motivation zur Änderung unserer Bewirtschaftung eine andere sein. Denn fest steht: Uns stehen unvorhersehbare und chaotische Zeiten bevor. Das Klima wird sich massiv ändern, Extremwetter wird sich häufen, Dürren und Überflutungen könnten sich die Hand reichen.

Um genau damit klarzukommen, brauchen wir humusreiche Böden und resiliente Anbausysteme, die vielfach mehr Bäume enthalten sollten, als es heute der Fall ist. Hohe Humusgehalte, eine perfekte Bodengare, Mulchauflagen, Begrünungen und Zwischenfrüchte, Untersaaten und Gemenge, eine angepasste Bodenbearbeitung sowie Bäume und Hecken, die die Verdunstung fördern, den Wind bremsen und Schatten spenden: All das brauchen wir, wenn komplett ausgetrocknete Böden möglichst viel Wasser aus dem Unwetter speichern sollen, das der Dürre folgt.

Und: Wir sollten mit all dem besser gestern als heute anfangen. So gute Bedingungen wie heute werden wir morgen nicht mehr haben. Noch können wir mit ausreichendem Niederschlag rechnen und wir haben noch zahlreiche Möglichkeiten, die Bodenfruchtbarkeit zu steigern. Wir können uns heute allerdings noch kaum vorstellen, zu welchen Bewirtschaftungsmethoden wir greifen müssen, um unsere Gesellschaft in Zukunft zu ernähren und versorgen. Nutzen wir die letzten „ruhigen“ Jahrzehnte, um den Boden für diese Zeiten vorzubereiten.

Es geht um Anpassung an ein sich wandelndes Klima und um die Stärkung der Resilienz unserer Betriebe für krisenhafte Wetterveränderungen. Darüber sollten wir sprechen. Und wenn wir damit gewissermaßen als Nebeneffekt noch ein bisschen Kohlenstoff speichern und damit die Klimakrise verlangsamen, dann nehmen wir das natürlich gerne zur Kenntnis. Dass diese Maßnahmen politisch und ökonomisch belohnt werden, dafür sollte man kämpfen. Zu einem Spielball kapitalistischer Klimapolitik sollten sich Bäuer*innen genau deshalb aber nicht degradieren lassen.

Die Kontrolle

Jean Trauerweide Ich bin schon oft kontrolliert worden. So hat man mich bis auf die Unterwäsche ausgezogen, um sicherzugehen, dass ich keine illegalen Dinge wie Wasser in die Uni-Bibliothek einschleuse, hat mich einem Alkoholtest vor der Disko unterzogen, um sicherzugehen, dass ich nicht schon vorher billigen Alkohol getrunken habe, und bei einer medizinischen Studie kontrolliert, ob ich ein Mensch bin – das Ergebnis war uneindeutig.

Da ich aber in den Augen von Polizist:innen nicht besonders auffällig aussehe, also genau die gleiche Haut- und Haarfarbe wie die Mehrheit der Polizist:innen habe, Kleidung ohne zusätzliche Löcher trage, einen Neuwagen fahre, biologisch männlich bin und mich so definiere und sogar eine Armbanduhr besitze, wurde ich noch nie unterwegs oder in meinem Auto kontrolliert. Da dies auf meiner Liste von hundert Dingen, die man im Leben nicht tun sollte, ich aber trotzdem machen werde, stand, fuhr ich auf ein großes Festival, auf dem Drogen durchaus zu bekommen waren, vor allem, wenn man sich nicht schnell genug dagegen wehrte, und wollte danach mit dem Auto zurück nach Hause fahren.

Um den Polizist:innen auch ein Erfolgserlebnis zu gönnen, trank ich mir auf dem Festival etwa 4 Promille an, nahm dann ein bisschen LSD, um nicht mitzubekommen, wie scheiße ich besoffen aussah, ein bisschen MDMA, um nicht so traurig zu sein, dass ich scheiße aussah, etwas Opium, um die Schmerzen von den anderen Drogen loszuwerden, etwas Haschisch, um wieder ruhig zu werden, und dann etwas Speed, um wach zu bleiben. Danach schluckte ich noch Crystal, schnupfte Kokain und spritze mir Heroin, warum, weiß ich allerdings nicht mehr. Dann setzte ich mich in mein Auto und wollte losfahren, was mir erst nicht gelang, weil ich aufgrund der vielen Drogen weder das Gaspedal traf, noch meinen MP3-Spieler angeschlossen bekam. Und ohne Musik kann ich nicht mal nüchtern fahren. Zum Glück erinnerte mich ein anderer Festivalbesucher mit den Worten „Geil, ein selbstfahrendes Auto“ daran, dass ich ja gar nicht fahren musste. Nach ein paar Versuchen traf ich die Taste für die Automatikfunktion und mein gelalltes „Willhause“ brachte das Auto zum Losfahren. Zwar wohnte ich nicht in Wilhelmshausen, aber immerhin würde mich das Auto bis in die nächste Polizeikontrolle bringen und die Beamten dann sicher an einen Ort, wo ich mich ausnüchtern konnte.

Wie erwartet, gab es keine 500 Meter vom Festivalgelände entfernt eine solche Kontrolle und ich konnte sehen, wie ein Auto nach dem anderen gestoppt wurde. Nur ich wurde gleich ohne Kontrolle durchgewunken. Ich war etwas verwirrt und befahl dem Auto, noch einmal durch die Kontrolle zu fahren, aber auch diesmal wurde ich nicht herausgewunken, sondern sollte unbehelligt weiterfahren. Erst im letzten Moment, bevor ich wieder an den Polizist:innen vorbei war, schaffte ich es, das Auto durch ein beherztes Ziehen der Handbremse zum Stehen zu bringen, und ich lallte den Polizisten an: „Was ist das hier für eine Scheißkontrolle, wenn ich nicht kontrolliert werde?“ Der Polizist antwortete mir ruhig: „Hier finden nur stichprobenartig zufällige Kontrollen statt. Und Sie passen vom Typ her nicht in das Muster unserer zufälligen Kontrollen.“

„Ich bin aber voll der Mustertyp“, versuchte ich zu argumentieren. Aber der Polizist antwortete: „Was Sie sind, definieren immer noch wir und nicht Sie.“ – „Ich bestehe auf mein Recht, auch zufällig kontrolliert zu werden und ich habe einen guten Anwalt“, brüllte ich voller Verzweiflung zurück. Und endlich funktionierte es. Der Polizist seufzte noch einmal tief, dachte dann über das Argument „Anwalt“ nach und kapitulierte. Leicht genervt winkte er mich endlich in die Kontrolle. Vor mir wurde gerade ein junges Paar bis auf die Unterwäsche ausgezogen, weil ein Polizist der Meinung war, einen leichten Haschischgeruch wahrgenommen zu haben. Aber ein anderer Polizist hatte noch Zeit für mich und fragte mich: „Was machen Sie denn hier?“ – „Ich wollllte auch mall gontrolierd wärden“, lallte ich ihn an. „Na gut“, meinte er, kam bis an mein Fenster geschlendert und fragte mich: „Haben Sie irgendwelche Drogen genommen?“ Ich schaute ihn mit glasigen Augen an, unterdrückte meinen Brechreiz und nuschelte dann: „Nein“. „Na dann noch eine gute Fahrt“, wünschte mir der Polizist und gab das Zeichen zum Weiterfahren. Ich brüllte noch schnell: „Ich habe nicht irgendwelche, ich hab alle Drogen genommen“, aber mein selbstfahrendes Auto hatte schon den Weg fortgesetzt und der Polizist war wohl zu sehr gewohnt, noch irgendwas hinterhergerufen zu bekommen, um den Inhalt zu verstehen.

Ich wollte schon aufgeben, die Drogen hatten mich echt müde gemacht, aber ich riss mich zusammen. Mühsam befahl ich meinen Auto: „Fahr wieder in die Kontrolle“. Da meine Aussprache des Wortes Kontrolle etwas undeutlich war, erledigte ich noch einen Abstecher nach Konrode (Thüringen), nach Rolle (Schweiz) und nach Kondrowo (Russland), bis ich endlich wieder vor der Kontrollstation eintraf. Nach einer weiteren Diskussion mit einem neuen Polizisten an der Straße, die immerhin dazu führte, dass dieser zu der Ansicht gelangte: „Sie müssen besoffen sein, so oft wie Sie kontrolliert werden wollen“, antwortete ich diesmal auf die entscheidende Frage, ob ich Drogen genommen habe: „Sag ich nicht.“ Das ließ den Polizisten stutzig werden. Wenn ich nichts zu verbergen hätte, würde ich doch nicht die Aussage verweigern. Schließlich hatte er immer gelernt: Wer die Aussage verweigert, ist schuldig, bis das Gegenteil bewiesen wurde.

„Steigen Sie bitte mal aus dem Wagen“, sagte er freundlich, aber energisch. Aber aufgrund meines Zustandes war ich dazu nicht in der Lage. Der Polizist war daraufhin wieder etwas verunsichert, weil er nun wieder daran denken musste, dass nur wichtige Menschen in einem Neuwagen saßen und selbst auf den Befehl eines Polizisten nicht so einfach ausstiegen. Vielleicht war ich ja doch zu wichtig, um kontrolliert zu werden. Bevor er mich aber wieder aus der Kontrolle rausschmeißen würde, half ich ihm mit dem Tipp: „Vielleicht habe ich ja einfach zu viele Drogen genommen, um noch aussteigen zu können.“

Er wägte das Für und Wider ab und entschied sich dann dafür, mich doch auf Drogen zu kontrollieren, aber vorsichtshalber nicht zu verlangen, dass ich ausstieg. Stattdessen reiche er mir das Drogenkontrollgerät in den Wagen und bat mich: „Wären sie so freundlich einmal hier reinzupusten!" Und ich tat ihm den Gefallen. Erst pustete ich „Deutschland muss sterben", dann „Poor Elise" (eine Abwandlung von „Für Elise") und zum Schluss, um ihn zu verwirren, die Nationalhymne. Die der Seychellen natürlich.

Das mit dem Verwirren klappte definitiv. Allerdings nicht nur bei dem Polizisten. Denn leider war das Gerät auch nicht so solide wie gedacht und unter meinem Getröte und der Drogenlast explodierte es in meiner Hand. Der Polizist war nun wieder sehr verunsichert. „Entschuldigen Sie, das sollte nicht passieren. Fahren Sie doch einfach..." Bevor er seinen Satz beenden konnte, unterbrach ich ihn und schlug schnell vor: „Sie können mir doch Blut abnehmen." Der Polizist zuckte, wollte noch was erwidern, bis er sah, dass ich mit meinem Mund das Wort „Anwalt" formte, zuckte dann mit den Schultern und rief den Polizeiarzt. Der entschuldigte sich vorsichtshalber, als er mich und den Neuwagen sah, auch erst einmal und fragte gleich „Wollen Sie das wirklich? Es könnte pieksen." Ich befahl nur „an die Arbeit, ich will mal sagen können, dass der Staat mir das Blut aus den Adern holt". Das verstand er und vorsichtig nahm er mir dann etwas Blut aus dem Arm, der eh aus dem Fenster heraushing. Da mein Blut auch nicht mehr in bester Form war, dauerte es noch mal einige Minuten, bis er die Blutung wieder gestoppt hatte. Aber ich denke, dass der nächste zufällig Kontrollierte sicher interessante Gedanken bekommen würde, wenn er die Blutlache an der Kontrollstelle sieht. So war es auf jeden Fall ein Erfolg für die Ästhetik der Kontrollstelle, aber leider nicht für meinen Drogentest. Mein Blut war so toxisch, dass es sich durch die Spritze geätzt hatte, bis ich verbunden war, und nur ein Loch im Asphalt hinterließ. Diesmal war auch ich etwas ratlos. Ich versuchte es noch mal mit „Anwalt?", aber diesmal wusste der Polizist nicht, wie er mir entgegenkommen sollte. „Vielleicht warten Sie erstmal, bis Sie wieder in einem Zustand sind, dass wir Sie kontrollieren können?", schlug er vor. Und ich gab auf. „OK. Auto: Warten", befahl ich, bis ich aufgrund der Blutarmut und Drogen einschlief.

Wie es dann ausging? Auf jeden Fall haben die Polizist:innen vorsichtshalber die Kontrollstelle fluchtartig verlassen, um weg zu sein, falls ich wiederkommen würde. Meine Kontrolle habe ich dann aber doch noch bekommen. Mein Wagen hatte mein gelalltes „Waten" interpretiert und war direkt in ein Watt gefahren. Dort wurde ich dann wegen Verstößen gegen Umweltauflagen kontrolliert und zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Da mein Auto nach ein paar hundert Metern im Watt nicht mehr neu aussah und meine blutbefleckte Kleidung mich in eine andere zufällige Kontrollkategorie gebracht hatte, hatten die Polizist:innen diesmal keine Scheu, mich dort zu kontrollieren. Ich versuchte noch auf Schuldunfähigkeit aufgrund meines Drogenkonsums zu plädieren, aber scheiterte daran, dass ich dreimal an dem Tag in eine Polizeikontrolle gekommen war, wie mein Auto als Kronzeuge versicherte, und trotzdem keinen Eintrag in meinem Führungszeugnis hatte, also wohl kaum Drogen genommen haben könnte.

Was soll's. Immerhin habe ich auf meiner Liste von Dingen, die man nicht tun sollte, ich aber trotzdem tun werde, einen Punkt abgehakt. Und als nächstes steht da: „Einen Kronzeugen zerlegen" und das ist mal ein Punkt, auf den ich mich nun wirklich freue.

*Der Autor hat eine Menge Kurzgeschichten und Bücher verfasst. Das meiste sind Originalausgaben, die bislang nur einem exklusiven Kreis von Freund*innen zugänglich sind. Im grünen blatt dürfen wir einzelne aus dem Politleben des Schreibers gegriffene und oft witzig überzogene Geschichten abdrucken, von denen er sagt: "Manche dieser Geschichten sind politisch korrekt. Oder überhaupt politisch. Dies ist keine ernsthafte Literatur." Und: "Sämtliche Rechtschreibfehler stammen aus Freilandhaltung und sind antiautoritär erzogen worden."*

Werdet Mitglied im Förderkreis und unterstützt das grüne blatt als unabhängiges Medium der Umweltbewegung! Wir suchen 25 Leute, die jährlich 25€ (oder mehr) spenden.

Zum Dank erhaltet ihr einen besonderen Platz in unserem ahornblattförmigen Herzen
Meldet euch unter mail@gruenes-blatt.de oder füllt den Aboschnippel auf der letzten Innenseite aus.

